## Der Friedensprozeß in Israel und Palästina

Seit der Unterzeichnung der »Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung« vom 13. September 1993 spricht die westliche Öffentlichkeit von einem »Friedensprozeß« im Nahen Osten. Wie bereits dargestellt, haben die Wirklichkeit vor Ort und das Image des Friedensprozesses nur bedingt etwas miteinander zu tun. Nachdem die erste Freude über das öffentliche Zeigen der palästinensischen Fahne verflogen war, zeigte sich schon bald, daß die realen Veränderungen eher kosmetischer Natur waren. Diese Entwicklung hat weniger mit Frieden als vielmehr mit Unterwerfung und Neuordnung von Herrschaft zu tun. Sie ist die Fortsetzung eines Unterdrückungsprozesses von seiten Israels, der paradoxerweise mit palästinensischer Selbstunterwerfung einhergeht. Die unterzeichneten Dokumente schreiben die politische, wirtschaftliche und soziale Unterwerfung der Palästinenser fest. Die völkerrechtswidrige Besetzung wurde neu angeordnet und »legalisiert«. Insbesondere in den USA und Europa neigen Politiker und Medien dazu, sich an alles zu klammern, was ein Ende dieses Konfliktes verspricht, mag es auch noch so unrealistisch sein. Deshalb übersieht man auch geflissentlich, daß sich de facto nichts an der Unterdrückung der Palästinenser geändert hat. Ferner will man nicht wahrhaben, daß Arafat gegenüber seinem Volk jetzt die gleiche Rolle innehat, die die israelischen Besatzungstruppen vor dem Friedensprozeß ausübten und in Teilen weiter spielen. Nach der Lektüre dieser Abkommen fällt es schwer, etwas Positives in diesen zu finden

 Die »Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung« vom 13. September 1993

Führende Politiker Israels machten aus ihrer Einschätzung der PLO kein Hehl. So erklärte Shimon Peres am 1. September 1993 in der Fernsehsendung Moked: »Es gab bei ihnen eine Veränderung, nicht bei uns. Wir verhandeln nicht mit der PLO, sondern nur noch mit einem Schatten ihrer selbst. «Am gleichen Tag sagte im israelischen

Militärrundfunk General Uri Or: »Zum ersten Mal wurde eine Situation geschaffen, in der jemand anderer die israelischen Sicherheitsinteressen teilt.« Und Yitzhak Rabin am 3. September 1993 in der Tageszeitung » Yediot Aharonot«: »Ich hoffe, daß wir einen Partner finden, der die Verantwortung über die internen Probleme in Gaza übernimmt, ohne Probleme durch das Oberste Gericht, B'Tselem und alle »blutenden Herzen« zu machen.« Auch die Äußerungen des ehemaligen Generalstabschefs Ehud Barak in einem Fernschinterview zum jüdischen Neujahrsfest 1993 bestätigten diese Haltung: »Außer der bevorstehenden Umgruppierung der Truppen im Gaza-Streifen und Jericho wird sich nichts, noch muß sich etwas ändern. Während die Verhandlungen weitergehen, werden wir Land enteignen und Leute verhaften.«

Bevor die »Prinzipienerklärung« in Kraft treten konnte, mußten beide Seiten Briefe austauschen, in denen sie sich gegenseitig anerkannten. Sie enthalten, was die Palästinenser betrifft, zahlreiche Zwei- bzw. Mehrdeutigkeiten, während die Aussagen in bezug auf Israel ganz klar sind. Der zentrale Satz in Arafats Brief an Yitzhak Rabin lautet: »Die PLO erkennt das Recht des Staates Israel auf Existenz in Frieden und Sicherheit an.«1 Mit dieser Formulierung hat die PLO den Staat Israel anerkannt und ihm eine Legitimität gegeben, dagegen hat Rabin nur »die PLO als die Vertretung des palästinensischen Volkes« anerkannt und sich bereit erklärt, mit dieser Verhandlungen zu beginnen. Die hier zitierten Sätze machen die Asymmetrie zwischen den beiden Kontrahenten deutlich. Die PLO erkennt Israel als Staat und damit seine Souveränität an, Israel jedoch nur eine Organisation und keine palästinensische Souveränität. Eine vergleichbare Ebene wäre erreicht, wenn Arafat die Arbeitspartei anerkannt hätte. Zu Unrecht behauptet deshalb Uri Avnery, daß »sich beide Völker, Israelis und Palästinenser, anerkannt haben «2, als die beiden Briefe ausgetauscht wurden. Das Recht Israels auf Frieden und Sicherheit erhielt offiziell Vorrang vor dem Recht der Palästinenser, für ihre Rechte zu kämpfen. Die PLO erkannte ein Israel an, dessen Grenzen völlig im Nebulösen liegen. War ihr nicht bewußt, daß sie auf diese Weise die Souveränität des Landes jenseits der Grenzen von 1967 akzeptiert hat? Aufgrund einer geschickten Gesetzgebung kann Israel auch Souveränität über die Westbank und den Gaza-Streifen beanspruchen.

In Arafats Brief werden Terrorismus und Gewalt als Mittel der Politik abgelehnt. Verstöße dagegen sollen mit »disziplinarischen Maßnahmen« geahndet werden. Die Zusicherung, alle Artikel in der Palästinensischen Nationalcharta, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen, zu streichen, setzt die Aufgabe eines generellen Widerstands der Palästinenser gegen die israelische Besetzung voraus. Arafat hat die israelische Sprachregelung in bezug auf »Terrorismus« übernommen und damit implizit jeglichen palästinensischen Widerstand als bloßen »Terrorismus« deklariert, auch die Intifada. Für die Nachkommen von palästinensischen Gefallenen ein Schlag ins Gesicht. Diese Diktion kommt in Arafats Brief an den norwegischen Außenminster Johan Joergen Holst noch klarer zum Ausdruck. Darin wiederholt der PLO-Führer den Aufruf an die Palästinenser in der Westbank und im Gaza-Streifen, »auf Terror und Gewalt zu verzichten« und sich aktiv an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen. Er äußert die »feste Überzeugnung«, daß mit der Unterzeichnung der »Prinzipienerklärung« eine »neue Ära in der Geschichte des Nahen Ostens« beginnt. Yitzhak Rabin hingegen konnte sich auf die schriftlichen »PLO-Verpflichtungen« verlassen. Die einzige Konzession, die seine Regierung gemacht hat, war die Anerkennung der PLO, wie der ehemalige amerikanische Außenminister James Baker Anfang September 1993 in einem Fernsehinterview feststellte. Kein Wort über das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Es ging ausschließlich um die Sicherheit Israels. Dies betonte er Anfang November 1993 vor der National Association of Arab-Americans (NAAA) und fügte hinzu: »Falls die Autonomie nicht die Sicherheit Israels erhöht, wird es keine palästinensische Autonomie geben.«

Von Beginn an war das Abkommen selbst innerhalb Arafats Fatah-Bewegung umstritten. Zu den Kritikern zählten Farouq Qaddumi, Hani al-Hasan und Abbas Zaki. Auf einer Sitzung des PLOZentralkomitees im Oktober 1993 konnte Arafat eine Mehrheit von 68 zu 8 Stimmen für die »Prinzipienerklärung« erreichen. 25 Mitglieder, die hauptsächlich zur DFLP und PFLP zählten, boykottierten das Treffen. Für sie war es eine »Vereinbarung der Schande«. Aus Protest trat der palästinensische Nationaldichter Mahmoud Darwish aus dem PLO-Zentralkomitee aus. Zu den Kritikern der ersten Stunde zählte auch Edward Said. Er bewertete das Abkommen als eine »palästinensische Kapitulation, ein palästinensisches Versailles«3. Und am 9. September 1993 schrieb er in der Zeitung »The Guardian«, daß »die PLO sich selbst von einer Befreiungsbewegung in eine Art Kleinstadt-Regierung verwandelt« habe. Sie

hätte bereits mehr als ein Jahrzehnt eine bessere Vereinbarung mit Israel bekommen können als diesen modifizierten Allon-Plan. 1977 habe Arafat die von Anwar al-Sadat angebotene Gaza-Jericho-Option zurückgewiesen. »Das Endergebnis führte zur schlimmsten politischen Spaltung der PLO in ihrer 30 jährigen Geschichte. «<sup>4</sup> Für Avi Shlaim war die »Prinzipienerklärung« im »wesentlichen eine Agenda für Verhandlungen, bestimmt durch einen engen Zeitplan, als ein umfassendes Abkommen«<sup>5</sup>. Diese Einschätzung ist nur zum Teil korrekt. Neben dem detaillierten Zeitplan enthält diese Erklärung durchaus elementare Konzessionen von palästinensischer Seite, die völkerrechtlichen Charakter haben und hinter die die Palästinenser nicht mehr zurückkönnen. So erhielten zum Beispiel die illegitimen Siedlungen eine Legitimität, die sie vorher nie hatten.

Der Briefwechsel zwischen Rabin und Arafat ist vom rechtlichen Standpunkt wichtiger als die »Prinzipienerklärung«, weil er den Weg für die Unterzeichnung dieses Dokuments erst ebnete. Burhan Dajani vertritt die These, daß in der »Prinzipienerklärung« direkter über die Rechte der Palästinenser gesprochen werde und ein Bezug zum Land bestehe. 6 Während Rabin keinerlei Verbindung zwischen den Briefen und der »Prinzipienerklärung« herstellt, versucht Arafat ständig, darauf Bezug zu nehmen.

Die »Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung« besteht aus 17 Artikeln, vier Anhängen, in denen Ausführungsbestimmungen über Art und Bedingungen von Wahlen, über den Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen und der Stadt Jericho, über Fragen der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet und über die Kooperation in regionalen Entwicklungsprogrammen niedergelegt sind, sowie einer Niederschrift über die »Prinzipienerklärung«, die von den Vertragsparteien ebenfalls in Washington unterzeichnet worden ist.

Die israelische Regierung betrachtet sich selbst als die »einzig legitime« Autorität. Dies bedeutet, daß Israel gegenüber einer Organisation, die keinen Staat repräsentiert, die Souveränität ausübt. Diese Ungleichgewichtigkeit prägt nicht nur dieses Dokument, sondern alle.

In der Präambel zur »Prinzipienerklärung« wird zwar von der gegenseitigen Anerkennung ihrer »legitimen und politischen Rechte« gesprochen. Und Artikel III Abs. 3 handelt nochmals von der »Verwirklichung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und seiner gerechtfertigten Bedürfnisse«. Was diese »legitimen Rechte« beinhalten, wird jedoch nicht exakt definiert. Sind sie identisch mit den politischen Rechten Israels? Aus einem Besatzungsregime können doch wohl keinerlei völkerrechtliche Ansprüche abgeleitet werden. Oder sind die »religiösen Ansprüche« gemeint, die von der Arbeitspartei zwar nie öffentlich vertreten, aber dennoch permanent durch politische Fakten untermauert wurden, indem sie die Siedlungspolitik vorantrieb?

Ziel dieser Vereinbarung ist laut Artikel 1, für das palästinensische Volk eine Palästinensische Interimsbehörde (Rat) für eine Zeit von fünf Jahren einzurichten und auf der Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 zu einer dauerhaften Übereinkunft zu kommen. Des weiteren wurde ein Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen und Jericho vereinbart (Artikel XIV). In Artikel XIII Abs. 2 ist jedoch von einer Verlegung der israelischen Streitkräfte aus bewohnten Gebieten die Rede. Die israelischen Truppen bleiben in Gaza. Sie zogen sich zwar aus den Städten zurück, wurden aber an deren Rändern bzw. in der Nähe der Siedlungen neu stationiert.

Die Interimsbehörde (Rat) wird von den Palästinensern aus der Westbank und dem Gaza-Streifen gewählt, muß aber von Israel bestätigt werden. Die Teilnahme der Bewohner Ost-Jerusalems an den Wahlen wurde in einer gesonderten Vereinbarung geregelt. Der Rat erhält Befugnisse in folgenden Bereichen (Artikel VI Abs. 2): Bildungswesen und Kultur, Gesundheitswesen, Sozialfürsorge, direkte Besteuerung und Tourismus. Die Übertragung weiterer Rechte ist Verhandlungssache.

Um Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, muß der Rat eine »starke Polizei-Truppe« aufstellen (Artikel VIII), während Israel für die äußere Sicherheit sowie die »allumfassende Sicherheit« zuständig bleibt. In einem gesonderten Abkommen (Artikel VII Abs. 1) soll die Struktur des Rates, die Zahl seiner Mitglieder sowie die Übertragung von exekutiven und legislativen Befugnissen und Zuständigkeiten festgelegt werden. Somit ist das Grundgesetz des Rates wieder Sache von Verhandlungen und keine freie Entscheidung der Palästinenser. Israelische Militärverordnungen bleiben in Kraft. Entscheidungen des palästinensischen Rates bedürfen der Zustimmung Israels. Mögliche Streitigkeiten werden in einem israelisch-palästinensischen Verbindungsausschuß geregelt. Kann man

sich dort nicht einigen, beginnt ein Schiedsverfahren in einem Schlichtungsausschuß (Artikel XV Abs. 2 und 3). Zur Förderung des Wirtschaftswachstums sollen folgende Institutionen eingerichtet werden: eine palästinensische Elektrizitätsbehörde, eine Gaza-Hafenbehörde, eine Entwicklungsbank, eine Export-Förderungs-Behörde, eine Umweltbehörde, eine Landbehörde und eine Behörde für Wasserbewirtschaftung.

Der Rat ist tatsächlich eine rein »zeremonielle Einrichtung«<sup>7</sup>, denn die eigentliche Macht üben vier Ausschüsse aus, die paritätisch besetzt sind: der Gemeinsame Israelisch-Palästinensische Verbindungsausschuß, der Ständige Israelisch-Palästinensische Ausschuß für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, ein Ständiger Ausschuß, hier sind Jordanien und Ägypten zur Teilnahme aufgefordert, sowie ein Palästinensisch-Israelischer Ausschuß für Koordination und Zusammenarbeit im Bereich beiderseitiger Sicherheitsfragen. Die »Prinzipienerklärung« legt zwei Phasen fest: eine Interims- und eine Permanente Statusphase. Die Interimsphase soll fünf Jahre dauern, obwohl die Statusendverhandlungen spätestens nach zwei Jahren beginnen sollen.

Die Palästinenser haben im wesentlichen bisher nicht mehr erreicht als die Verwaltung ihrer persönlichen Angelegenheiten und den Aufbau eines neuen Repressionsapparates in Form einer starken Polizeitruppe, von zwölf Geheimdiensten sowie einer bürokratischen Klasse, die sich auf Kosten der eigenen Bevölkerung in schamloser Weise bereichert. Nach der Unterzeichnung der »Prinzipienerklärung« hatte sich im Gaza-Streifen nichts geändert. Alle Siedlungen blieben erhalten. Sie sind exterritorial und unterliegen israelischer Jurisdiktion. Die israelischen Soldaten wurden - wie vereinbart innerhalb von zwei Monaten umgruppiert. Alle Militärverordungen sind in Kraft, neue sind hinzugekommen, und die Arafat-Behörde muß sie umsetzen. Über 40 Prozent des Gaza-Streifens haben die Palästinenser keine Verfügungsgewalt. Sie sind für Siedler und Armee reserviert. Auf dem Rest leben zirka eine Million Palästinenser. Israel behält sich das alleinige Recht vor, über Außenpolitik, Wirtschaft und alle Belange der nationalen Sicherheit zu bestimmen.8 Die Palästinenser haben Israel vom Status des Okkupanten befreit, ohne daß es dafür einen adäquaten Preis gezahlt hat. Durch die Verlegung der Truppen im Gaza-Streifen und Jericho gab Israel zwar erstmals nach mehr als 27 Jahren ideologische und praktische Positionen teilweise auf, die bisher immer als irreversibel galten. Aber den Palästinensern wurde lediglich »Teilsouveränität« unter Oberaufsicht der Israelis zugestanden. Abgesehen von den fünf Sachgebieten, die ihnen laut Artikel VI der Erklärung übertragen wurden, bleibt alles weiteren Verhandlungen vorbehalten. Von den 5 000 Gefangenen wurde knapp die Hälfte freigelassen. Israel konnte dennoch die Früchte des Friedensprozesses sofort ernten. Da stellt sich die Frage: Welche Konzessionen können die Palästinenser noch machen?

Ohne die Ausklammerung zentraler Streitfragen wäre die »Prinzipienerklärung« nicht zustande gekommen. Der Status von Jerusalem, die Siedlungen, das Selbstbestimmungsrecht, das Rückkehrrecht der Flüchtlinge von 1967, Wasser- oder Entschädigungsfragen, Außenbeziehungen sowie »andere Fragen von gemeinsamem Interesse« wurden auf die Statusendverhandlungen vertagt. Wie israelische Kommentatoren den Vertrag bewerteten, zeigen folgende Zitate: Aharon Barnea in »Yediot Aharonot« am 10. September 1993: »Durch die Unterzeichnung der ›Prinzipienerklärung < haben die Palästinenser die Niederlage ihrer Prinzipien, die sie in ein kämpfendes Volk verwandelt hatten, akzeptiert; das Recht auf Rückkehr, das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf Unabhängigkeit. Indem die Palästinenser Israel anerkannten, haben sie ihrer Enteignung zugestimmt.« Gideon Eshet in derselben Zeitung vom 14. September 1993: »Nicht nur werden sie keinen Staat haben, sie werden noch nicht einmal eine Bananenrepublik sein.« Daß diese Bewertungen korrekt waren und es sich um einen »israelischen Frieden« gehandelt hat, macht Rabins Interview vom 29. September 1993 in der Zeitung »Davar« deutlich: »Ich bin gegen die Entstehung eines unabhängigen Staates zwischen uns und Jordanien. Ich bin gegen das > Recht auf Rückkehr < der Flüchtlinge und Vertriebenen. Und deshalb findet sich zu diesen Fragen keine einzige Silbe in der Grundsatzerklärung. Das war kein Zufall; wir haben es so geplant, Was Jerusalem betrifft, haben wir erreicht, daß die Stadt während der gesamten Verhandlungsperiode ungeteilt unserer Souveränität und Kontrolle untersteht. Die palästinensische Seite hat während der Interimsphase nicht den geringsten Einfluß in Jerusalem. Auch die Verantwortung für die Sicherheit der israelischen Siedler in den Gebieten bleibt uns überlassen. Die Siedlungen selbst werden niemals angetastet werden.« Etwas später sagte er im gleichen Interview: »Die endgültige Lösung für den Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis besteht nicht in einem palästinensischen Staat, sondern in einem palästinensischen Gebilde ohne nationalen Status ... Als Hauptstadt für ihr Gebilde können sich die Palästinenser Jericho oder Nablus aussuchen, wenn sie wollen. Das ist ihr Problem, nicht meines « Dieser Prozeß, so schrieb am 7. April 1997 Tanya Reinhardt in »Yediot Aharonot«, verwandelte einen »nationalen Führer in einen rührenden Herrscher eines Protektorates«. Für die israelische Regierung war das Hauptziel dieses und aller weiteren Abkommen die Unterdrückung des Terrorismus. Am 2. September 1993 verkündete die Schlagzeile in »Yediot Aharonot«: »Der Shabak (der israelische Inlandsgeheimdienst-L. W.) und die PLO wollen in Sicherheitsfragen in Gaza kooperieren. «

Beide vertragsunterzeichnenden Parteien sollten gemeinsam die Opposition gegen diesen Friedensprozeß bekämpfen. Während die Palästinenser über einen totalen Rückzug redeten, bereiteten die Israelis die Umgruppierung vor. So konnte der vorgesehene Unterzeichnungstermin am 13. Dezember 1993 nicht eingehalten werden, weil es zu viele Sicherheitsaspekte zu regeln galt, und so wurde schließlich erst am 4. Mai 1994 in Kairo paraphiert. Weitere israelische Verhaltensmuster, die einem Friedensprozeß widersprechen, sind die Anwendung permanenter Gewalt, die Landenteignungen sowie die Zerstörung von Häusern. Letztere wird in großem Umfang fortgeführt, entweder weil die Häuser »illegal« gebaut worden sind oder als Form der Kollektivbestrafung für Anschläge und andere rechtswidrige Taten, die von Extremisten begangen werden.

Nur wenige Israelis ließen sich nicht von der allgemeinen Euphorie anstecken und wiesen auf all die Nachteile des Abkommens hin, die die Vorteile bei weitem übertrafen. So schrieb der Journalist Haim Baram in »Kol Ha'ir« am 3. September 1993: »Shimon Peres beruhigte diese Woche den Likud mit intelligenten und rationalen Argumenten. Er betonte, daß sein Autonomieplan, einschließlich des ersten Schrittes in Gaza und Jericho, weitaus moderater sei als Menachem Begins Angebot im Camp-David-Abkommen. Diese Autonomie ist personal und nicht territorial, die Besatzungsmacht wird überall sein, die Siedlungen und die Zufahrtsstraßen bleiben in israelischer Hand. Tatsächlich deutete Peres an, daß wir erfolgreich waren und aus Arafats enormer Schwäche einen Vorteil zogen, indem wir seinen Sturz als PLO-Vorsitzender abgefedert und dafür dieses Kapitulationsabkommen billig bekommen haben. Die do-

mestizierte PLO wird Hamas für uns unterdrücken. Wir haben ihnen keinen Palästinenserstaat versprochen, und über das vereinigte Jerusalem wird noch nicht einmal diskutiert.« Meron Benvenisti schrieb in »Ha'aretz« vom 9. September 1993, daß die Vereinbarung ein mutiger Schritt, aber seine symbolische Bedeutung noch größer sei, weil es »das zionistische Projekt legitimierte, das für die Palästinenser ein Desaster bedeutete«. Oder Yacov Ben Efrat: »Zum zweiten Mal hat der zionistische Kolonialismus einen Moment der Schwäche genutzt. Er hat (den Palästinensern-L.W) ein Abkommen aufgezwungen, das einen Handel mit der Führung. aber keinen Frieden mit dem Volk schließt. Eine genuine Lösung ist in weitere Ferne gerückt als jemals zuvor. Jetzt ist ein Wendepunkt erreicht, wenn die PLO selbst in eine Rolle schlüpft, in der sie eine inakzeptable Lösung ihrem eigenen Volk aufzwängen muß. Es ist ein Wendepunkt, der nur im Chaos und der Vergessenheit enden kann.«9 Die PLO hat Israel nicht nur die Tür zur arabischen Welt aufgestoßen, sondern das Land aus der Isolation in der Region geführt, was sich in einer Welle diplomatischer Anerkennungen niederschlug. Ministerpräsident Benjamin Netanyahu ist auf dem besten Weg, das Land wieder zu isolieren.

Benvenisti belegt in einem Kommentar für »Ha'aretz« vom 29. September 1993, daß sich die Rhetorik der Besatzer gewandelt hat: »Bis jetzt wurde die israelische Ausbeutung, Diskriminierung und Beherrschung der besetzten Gebiete aus Sicherheitsgründen, nationalistisch-politischen oder altruistischen Gründen gerechtfertigt. Jetzt wird ein neues Wörterbuch zusammengestellt, um die gleiche Politik zu rechtfertigen, aber mit den umgekehrten Argumenten: jetzt tun wir es zum Nutzen der Palästinenser, für den Erfolg des Friedensprozesses, es ist so, daß die Palästinenser es schließlich begriffen haben, was ihre Vorfahren sich haben geweigert zu verstehen, daß nämlich das zionistische Unternehmen hier ist, um sie aus ihrer Misere und Rückständigkeit zu befreien und sie uns dafür ewig dankbar sein müssen.«

Die Diskrepanz zwischen der realen Entwicklung und öffentlicher Perzeption kann nicht deutlicher zutage treten als in den Schlagzeilen der »taz« vom 21. Oktober 1993: »Autonomie zwischen Stacheldraht«, und »Feinde nennen sich Freunde« in der »FAZ«. In ersterem Beitrag berichtet Amos Wollin über die geplante Errichtung eines 61 Kilometer langen Zaunes um den 352 Quadratkilometer großen Gaza-Streifen sowie darüber, daß die Arafat-Behörde keiner-

lei Befugnisse über die Kontrolle der Außengrenzen haben werde. Die militärischen Verbindungsstraßen sollen durch Wachtürme und Beobachtungsposten gesichert sein, was dann Realität wurde. Jörg Bremer dagegen schrieb, daß die alten Begriffe nicht mehr gelten und aus ehemaligen Feinden Freunde geworden seien. »Israel erkennt das Recht auf Familienzusammenführung an und läßt großzügig Araber in die besetzten Gebiete zurück. Flüchtlinge aus dem Unabhängigkeitskrieg 1948 werden mit Reparationen rechnen können ... statt verschlossener Tore nun weite Perspektiven«, so der FAZ-Journalist. Leider trafen beide Behauptungen nicht zu. Israel hat in den Verträgen ein solches Rückkehrrecht niemals anerkannt, ebensowenig Entschädigungszahlungen an die Flüchtlinge von 1948. Diese wurden in den Abkommen gar nicht erwähnt, sie gingen »nicht die Autonomiebehörde, sondern einzig die UNRWA etwas an«, so Nabil Shaath. Auch hat sich Israel nie »offen als Besatzer auf fremdem Land dargestellt«, wie Bremer behauptet. Mit keinem Wort wird zugestanden, daß es sich um besetztes Gebiet oder um fremdes Land handelt. Die Vision vom »jüdischen Boden« und dem »heiligen Land Israel« ist nicht hohl, wie Bremer behauptet, vielmehr hatte die Opposition bereits zu diesem Zeitpunkt von »Verrat an Eretz Israel« gesprochen.

Der in der »Prinzipienerklärung« vorgesehene Terminplan konnte nicht eingehalten werden. Das »Gaza-Jericho-Abkommen« sollte bereits am 13. Dezember 1993 unterzeichnet werden. Die Wahlen zum palästinensischen Rat fanden erst am 20. Januar 1995 statt, laut Abkommen sollten sie bis zum 13. Juli 1994 abgehalten werden. Daß die »Prinzipienerklärung« ein Sicherheitsabkommen darstellt, wird um so klarer, wenn man das »Gaza-Jericho-Abkommen« analysiert, das die Modalitäten der Übergabe der Autorität an die Palästinenser regelt. Die Verzögerungen hatte Rabin mit dem Ausspruch gerechtfertigt: »Es gibt keine heiligen Daten.«

Ministerpräsident Rabin konnte die »Prinzipienerklärung« mit 61 Ja-Stimmen gegen 50 Nein-Stimmen bei acht Enthaltungen sowie einem Abwesenden durch das israelische Parlament bringen. Der eindeutige Verlierer zur damaligen Zeit war der Likud-Block. Seine ablehnende Haltung fand zunächst keinen Widerhall in der israelischen Öffentlichkeit. Sie unterstützte den Friedensprozeß, solange sich Fortschritte abzeichneten. Die Linke war mit ganzem Herzen für diesen Prozeß, die Rechte zerstritten. Wie weit diese

Unterstützung ging, zeigt ein Bericht in »Ha'aretz« vom 8. Oktober 1993, in dem eine Gruppe Intellektueller, zu denen auch die Schriftsteller Amos Oz und Abraham B. Yehoshua gehörten, sich für die »Sicherheit und das Wohlergehen der Israelis« aussprachen, die in »Judäa, Samaria und Gaza« leben. Die Präsenz der Siedler sei »wichtig für den Frieden«. Laut einem Artikel vom 4. Oktober 1993 in »Hadashot«, versicherte Yehohsua den Siedlern in einem »leidenschaftlichen Telefonanruf«: »... falls ihnen auch nur ein Haar gekrümmt wird, unterstütze ich ihr (der Palästinenser L. W.) Bombardement«. Obwohl heftigst kritisiert, hat Yehohsua diese Worte nicht zurückgenommen. Er meinte, die Siedler würden Israel veranlassen, die »palästinensische Demokratie zu beaufsichtigen«. Hat nicht die israelische Besatzungspolitik über 30 Jahre die Menschenrechte der Palästinenser mit Füßen getreten? Die Siedler drangen in den Lebensraum der Palästinenser ein, ihre Präsenz unterstützt die Terrorisierung und Enteignung der einheimischen Bevölkerung. Yehoshua war derjenige »Linke« in Israel, der permanent gefordert hatte, die »Palästinenser sollten aus seinem Blickfeld verschwinden«. In einer berühmten Debatte zwischen Anton Shamas und Yehoshua 1990 schlug letzterer vor, Shamas sollte »doch in einen Palästinenserstaat gehen«, falls er sich in Israel nicht wohl fühle. Weder Oz noch Yehoshua verurteilten die Unterdrückung der Palästinenser durch die israelische Regierung.

Je näher der ursprünglich anvisierte Unterzeichnungstermin, der 13. Dezember, gerückt war, desto mehr nahmen die Übergriffe extremistischer Siedler gegenüber der palästinensischen Bevölkerung und die Gewalt der Armee in den besetzten Gebieten zu. In den letzten beiden Novemberwochen machten Siedler und Armee regelrecht Jagd auf »gesuchte Personen«, insbesondere auf radikale Hamas- und PFLP-Mitglieder. Einer der meistgesuchten Terroristen, Imad Agel, der den Iz-a-Din-al-Qassem-Brigaden angehörte, wurde von israelischen Sicherheitskräften in Gaza-Stadt erschossen. Sein Tod führte zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften. Als Ahmad Abu Rish erschossen wurde, nachdem sich Mitglieder der Fatah-Falken freiwillig den Israelis gestellt hatten, war der Gaza-Streifen in Aufruhr. Flugblätter tauchten auf, in denen Fatah-Aktivisten für eine Eskalation der Intifada eintraten. Mitglieder der zukünftigen Arafat-Bürokratie nahmen jedoch Einfluß auf diese Gruppen und konnten so eine mögliche Eskalation verhindern. Am 30. November 1993 traf sich Mohammad al-Desouki, Generalsekretär der Fatah, in Khan Yunis mit General Matan Vilnai, dem israelischen Kommandeur im Gaza-Streifen. Der Palästinenser versprach, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Der Siedlungsbau und die Landenteignungen gingen weiter. Erste Berichte über den Bau eines separaten Straßensystem für 700 Millionen US-Dollar für die Siedler wurden publik.

Am 20. Januar 1994 berieten US-Präsident Bill Clinton und der syrische Präsident Hafez al-Assad in Genf über Modalitäten eines israelischen Rückzugs vom Golan und eventuelle syrische Konzessionen. Der Syrer würde sich nicht mit weniger zufriedengeben als Anwar al-Sadat. Dies befürchtete auch Rabin. Umgehend wurde ein Referendum als Bedingung genannt, bevor über eine Rückgabe des Golan entschieden werden könnte. Ein solches Referendum würde auch nicht viel weiterhelfen, da es darüber in Israel keinen Konsens gibt. Weder die Rechte noch die Linke will ein solches. Abgesehen von der politischen Opposition, widerspräche ein Referendum dem Völkerrecht. Die Annexion des Golan wurde in der Resolution 497 vom 17. Dezember 1981 vom UN-Sicherheitsrat als »null und nichtig und ohne völkerrechtliche Wirkung« beurteilt. Das Gebiet gehört damit weiterhin zu Syrien. Durch eine Volksabstimmung könnte Israel keinen Erwerbstitel erlangen, da die ursprüngliche Bevölkerung befragt werden müßte, die Israel vertrieben hat. Die Siedler auf dem Golan sind nicht stimmberechtigt. Eine rein innerstaatliche Abstimmung aus politischen Gründen ist völkerrechtlich irrelevant. Sollte solch ein Referendum negativ ausgehen, könnte es sich keine israelische Regierung mehr leisten. den Golan im Zuge eines Friedensvertrages an Syrien zurückzugeben. Damit hätte eine solche Volksabstimmung rechtswidrige Folgen, und zwar die Aufrechterhaltung der Besetzung fremden Territoriums, die mit dem Wegfall der Bedrohung ihren Grund verlöre, schreibt Ulrich Fastenrath in der »FAZ« vom 22. Januar 1994.

Die israelischen Siedler nahmen das Gesetz des Handelns in ihre Hand. Wie in einigen Fernsehberichten zu sehen war, haben sie Palästinenser beschimpft, geschlagen und mit Steinen beworfen, ihr Eigentum zerstört und den Gemüsemarkt in Hebron verwüstet. Fotografen durften sie sogar bei ihren Schießübungen auf dem zentralen Gemüsemarkt fotografieren. Dies alles geschah mit Billi-

gung der Armee, der die Siedler ihre Bedingungen aufzwangen. Die Soldaten mußten sie bei ihren freitäglichen Ausflügen zu jüdischen historischen Stätten begleiten, die Einhaltung der Gebetsanordnungen in der Machpela-Höhle überwachen und Palästinenser aus ihren Häusern und Geschäften vertreiben. Zwischen September und Dezember 1993 kamen zehn Palästinenser zu Tode. Am 26. Januar 1994 gründete eine neue radikale Siedlergruppe »Zu Arzeno« (Das ist unser Land) in Hebron eine neue Siedlung mit Namen »Givat Lapid«, genannt nach Mordechai und Shalom Lapid, die von Palästinensern umgebracht worden waren.

Der Leiter des islamischen Wagf und des »Höheren Islamischen Rates« in Jerusalem hatten am 16. Oktober 1993 an Ministerpräsident Rabin folgenden Brief geschrieben: »Eine Anzahl jüdischer Siedler hatte am Freitag, dem 8. Oktober 1993, sechs palästinensische Wachen und einen Gläubigen angegriffen. Als der Ruf zum Abendgebet erschallte, griff Baruch Goldstein den Muezzin an, der daraufhin den Ruf plötzlich unterbrach. Am Dienstagabend, dem 14. Oktober 1993, schüttete er brennbare Flüssigkeit auf den Teppich der Moschee. Nur der Aufmerksamkeit der Wachen und der Gläubigen ist es zu verdanken, daß nichts Schreckliches passiert ist. Diese täglichen Schändungen der Ibrahimi-Moschee können nicht ignoriert werden. Leider haben die israelischen Behörden nie etwas gegen dieses feindselige Verhalten der Siedler unternommen... Wir hoffen, daß die Behörden gegen diese aufstachelnden und feindseligen Aktionen, die sich gegen die Religionsfreiheit der Muslime und ihr Recht auf die umfassende Nutzung ihrer Moschee richten, was unternehmen werden.«10 Niemand konnte deshalb überrascht sein, als Baruch Goldstein am 25. Februar 1994 in der Ibrahimi-Moschee in Hebron 29 betende Muslime erschoß. Einige palästinensische Quellen behaupten, daß auch herbeigeeilte Soldaten und Siedler wahllos in die Moschee feuerten.

Goldstein stammte aus den USA. Er lebte und arbeitete als Arzt in der Extremistensiedlung Kiryat Arba vor den Toren Hebrons. Am frühen Morgen legte er seine Reservistenuniform an, hängte sich sein Galil-Gewehr um und begab sich in die Machpela-Höhle, den zentralen heiligen Ort für Juden und Muslime. Dort sind die Gräber der auch von den Muslimen verehrten Erzväter Abraham, Isaak und Jakob sowie der Erzmütter Sarah, Rebekka und Lea. Es ist üblich, daß die Siedler auch beim Gebet ihre Waffen tragen. Goldstein verschoß mehrere Magazine, bevor er vermutlich von dort weilenden

Palästinensern umgebracht wurde. Goldstein war für seinen Haß auf die Araber bekannt. Schon als Arzt in der Armee weigerte er sich, drusische Soldaten zu behandeln. Einige Monate vor dem Attentat sprach er gegenüber einem amerikanischen Fernsehteam von einer Zeit des Tötens und einer Zeit des Heilens. Für ihn waren die Araber »Nazis« und die »Feinde der Juden«, mit denen es kein Zusammenleben geben könne. »Sie haben uns krank gemacht, die Araber sind wie eine Epidemie. Sie sind Bazillen, die uns infizieren.«

Die israelische Regierung war sofort um Schadensbegrenzung bemüht. Einhellig wurde das Massaker als die Tat eines »hirnverbrannten Psychopathen« verurteilt, so Rabin. Selbst Vertreter einiger Siedlerorganisationen distanzierten sich von dem Attentäter. Felicia Langer charkterisierte in ihrer umfangreichen Studie zum Goldstein-Massaker das Verhalten der Regierung: »Israels positives Bild im Ausland zu wahren war nur eine Komponente der Reaktion der Regierung. Die andere war darauf ausgerichtet, die symbiotische Beziehung zwischen Armee und Siedlern in den besetzten Gebieten zu verschleiern.«11 Nach Langer begann die Regierung sofort nach dem Massaker, Spuren zu vertuschen und Desinformationen zu verbreiten. Das Verbrechen sei von der Frage der Siedlungen getrennt worden, da für letztere die Regierung die Verantwortung trage. Die israelische Regierung verbot nach dem Attentat die rechtsextremistischen Siedlergruppen Kach und Kahane-Chai, zu denen Goldstein gehörte.

Paradoxerweise riegelte die israelische Armee nach dem Massaker die gesamte Westbank und den Gaza-Streifen völlig ab, was der
palästinensischen Wirtschaft beträchtlichen Schaden zufügte. Über
Hebron wurden eine sechswöchige Ausgangssperre verhängt, um
die 450 Siedler zu schützen. Die Opfer des Massakers und ihre Angehörigen wurden obendrein noch bestraft. Die Vorgänge in Hebron sowie die sich anschließenden Repressionen demonstrierten
den Palästinensern, daß die Abkommen weder die Existenz der Siedlungen noch die Anwesenheit der israelischen Besatzungsarmee in
Frage stellten, die die Siedlungen weiter schützen mußte.

Am 8. April 1994 erläuterte Israel Shahak in der Zeitung »Davar« die religiöse Motivation der Tat. Die orthodoxe Richtung des Judentums, die sich auf den Rambam (Maimonides - jüdischer Philosoph aus Cordoba) bezieht, verbietet einem jüdischen Arzt, Nicht-

juden zu heilen. Dies sei nur erlaubt, wenn für einen Juden selber Gefahr drohe oder eine solche abgewendet werden könne. Eine solche Haltung nehmen alle Orthodoxen und die meisten Nationalreligiösen ein. Diese Gesetze beeinflußten alle Religiösen, aber auch die Säkularen, die sich nicht gänzlich von der Religion befreit hätten, speziell in ihrem Verhältnis zu den Nichtjuden, so Shahak. Am 1. März 1994 zitierte die Zeitung »Yediot Aharonot« folgende Passage aus einem Gespräch Goldsteins mit dem Miltärrabbiner Gad Navon: »Ich bin als Arzt nicht bereit, jemanden zu behandeln, der kein Jude ist. Ich kenne nur den Rambam und Kahane an.« »Man hat mir gesagt, Sie seien nicht bereit, die drusischen Soldaten in unserer Armee zu behandeln«, fragte General Navon. »Stimmt«, erwiderte Goldstein. Navon erwiderte: »Sie sind verpflichtet, jeden Menschen zu behandeln - auch wenn er ein Araber ist, ein Kriegsgefangener oder sogar ein Terrorist. Das ist mein halachisches Urteil, dem Sie verpflichtet sind. Übrigens - Sie haben einen ärztlichen Eid abgelegt, und Sie sind ihm verpflichtet.« Da Goldstein sich weiterhin weigerte, war er in eine Panzereinheit überstellt worden.

Die Bestattung des Massenmörders geriet zu einer eindrucksvollen Demonstration des jüdischen Extremismus. Die Menge rief immer wieder: »Welch ein Held«, »Welch ein Gerechter!«, »Er hat es für uns alle getan.« Seine Grabinschrift in Kyriat Arba lautet: »Hier ruht der Heilige, der Arzt Baruch Kapel Goldstein. Möge der Gerechte gesegnet sein. Möge Gott sein Blut rächen. Ohne Fehl und mit reinem Herzen opferte er sich für sein Volk, die Thora und das Land Israel. Möge seine Seele in Frieden ruhen.« Im israelischen Parlament ist kürzlich ein Gesetz eingebracht worden, das die Auflösung dieses Grabmals und die Umbettung Goldsteins ermöglichen soll. Der Friedensblock und das Hebroner Solidaritätskomitee forderten von der Regierung Rabin am 25. Februar 1994, die Siedler zu entwaffnen und zu evakuieren, eine Kommission einzusetzen, die das Verhalten der Streitkräfte untersuchen soll, sowie eine internationale Schutztruppe für die besetzten Gebiete zuzulassen. Die beiden letzten Punkte wurden von der Regierung akzeptiert. brachten aber keine befriedigenden Ergebnisse.

Der Bericht der Shamgar-Kommission, genannt nach dem ehemaligen Präsidenten des Obersten Gerichts, Meir Shamgar, konnte keinerlei Fehlverhalten bei den Militärbehörden und der Regierung feststellen. Man sprach von einem »verrückten Fanatiker« bzw. vom

Einzeltäter, der »verzerrten religiösen und ideologischen Ideen« angehangen habe. Zu diesem Zeitpunkt war in Israel längst bekannt, daß Teile der Rabbinerschaft jüdischen Terroristen ihren Segen gegeben hatten. Die Okkupationsmacht und auch die Siedler hätten sich korrekt verhalten. Die Hoffnungen der Palästinenser auf Gerechtigkeit wurden erneut enttäuscht. Eigentlich logisch, wenn ein Besatzungsregime seine eigenen Taten und Versäumnisse untersuchen muß. Allerdings kam im Verlauf der Untersuchung zur Sprache, daß das Militär nicht auf Siedler schießen darf, selbst wenn das eigene Leben in Gefahr ist. Der Militärkommandant für Judäa und Samaria erklärte der Kommission: »Sie müssen die grundlegende Situation verstehen. Ein Jude hat eine Waffe, um sich zu verteidigen. Ein Araber, der eine Waffe trägt, ist ein Terrorist. Ein Jude mit einer Waffe verteidigt sich selbst und hat die Erlaubnis zu schießen. Wir verboten den Soldaten der Armee, auf sie zu schießen.« Straftaten der Palästinenser werden vor israelischen Militärgerichten verhandelt, die der Siedler vor Zivilgerichten im israelischen Kernland. Über diese Ungleichbehandlung wird im Bericht kein Wort verloren. »Das »System« hat ja längst beschlossen, den Siedlern alles zu ersparen, und deshalb akzeptiert die Kommission diese Situation der Apartheid de facto und de jure, ohne ein Wort darüber zu verlieren.«12 Auch die PLO setzte eine Untersuchungskommission ein, die aber ihren Bericht nicht veröffentlichte, um den Friedensprozeß nicht zu stören.

Der orthodoxe Jude Yeshayahu Leibowitz gehörte zu den schärfsten Kritikern der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern. In »Yediot Aharonot« vom 2. März 1994 ließ er keinen Zweifel daran, wer seiner Meinung nach die Verantwortung für Baruch Goldsteins Tat trägt. »Jedem sollte klar sein: Jeder, der sich nicht weigert, in den besetzten Gebieten Dienst zu tun, ist ein Freund Goldsteins und ein Partner in diesem Mord. In diesem Akt repräsentiert er das Volk. Er ist ein Repräsentant des Volkes und der Regierung, und der Schuldige ist Yitzhak Rabin. « In einem Streitgespräch mit Shimon Peres, das in »Ma'ariy« vom 25, März 1994 erschien, sagte der Philosoph: »Das moderne Israel wird vom politischen, religiösen und nationalen Blickwinkel authentisch durch Baruch Goldstein repräsentiert. Er ist die authentische Verkörperung der augenblicklichen Kultur und des Regimes. Dies heißt natürlich nicht, daß die über vier Millionen Juden die gleiche Mentalität haben. Im Gegenteil: Es gibt viele, die dieses Regime, diese Kultur

und diese Mentalität ablehnen. Ihre Zahl hat kürzlich stark zugenommen. Wenn wir jedoch über ein ›Kollektiv‹sprechen, dann wird unser ›Kollektiv‹durch diese Kreatur, Baruch Goldstein, repräsentiert.« Natürlich sei das Massaker nicht das Werk eines »Wirrkopfs« gewesen, sondern »das Ergebnis einer ideologischen Strömung des radikalen Zionismus, wie er aus Nordamerika herüberkommt, durchdrungen zugleich vom Messianismus der Nachfahren der Pilgrim Fathers und vom Klima der Gewalt in der ›gettoisierten‹ Gesellschaft der großen nordamerikanischen Städte von heute«, schrieb Juan Goytisolo in der »Frankfurter Rundschau« vom 27. Februar 1995.

Obwohl eine große Mehrheit der Israelis die Evakuierung der Siedler befürwortete, lehnte Rabin dies mit der Begründung ab, sie »widerspreche der > Prinzipienerklärung < «, so in » Ha' aretz « vom 18. März 1994. Er ließ sich damals vermutlich von Sicherheitsbedenken leiten, denn die Siedler hatten mit Bürgerkrieg gedroht. Die Hälfte der Bewohner der Siedlung Tapuah gehört zur Kahane-Chai-Gruppe und ist bewaffnet. Sie glauben das Recht zu haben, Palästinenser zu erschießen. »Das ist ein Krieg zwischen Arabern und Juden um das Land«, erklärte der 21jährige Yeshiva-Student. Die folgenden Zitate, einem Artikel von Armin Wertz in der »Frankfurter Rundschau« vom 5. März 1993 entnommen, zeigen die Gesinnung der Bewohner dieser Siedlung. Das Blutbad Goldsteins sei eine »gerechte Tat« gewesen und Rabin ein »Verräter«, der »gegen die Juden und für die PLO arbeitet«. Die meisten Bewohner dieser Siedlung kommen aus den USA und seien deshalb »nicht der Gehirnwäsche der Regierung ausgesetzt« gewesen. »Die Araber müssen rausgeschmissen werden. Nur wenn sie bereit sind, unter jüdischer Herrschaft und ohne politische Rechte zu leben, dürfen sie hierbleiben.« Kahane-Chai-Specher David Axelrod sieht die Siedlerbewegung »einer wahren Hexenjagd« ausgesetzt. »Wir finden viel Unterstützung in der Armee und noch mehr in der Grenzpolizei«, sagte er. Für ihn waren die Toten in der Ibrahimi-Moschee »die radikalsten Mitglieder der islamisch-fundamentalistischen Hamas«. Nicht ein einziger Araber sei unschuldig. »Und wir stehen im Krieg mit ihnen.« Es gebe viele Baruch Goldsteins in den Siedlungen. Das Attentat auf Rabin war die konsequente Folge dieser Gesinnung. Auf das rechtsextremistisch-fundamentalistische Lager in Israel wird im vorletzten Kapitel eingegangen. Die Hamas-Bewegung übte mit Terroranschlägen am 6. April 1994 in Afula, bei dem neun Israelis getötet und 45 verwundet wurden, und am 13. April in Hadera, wo sechs Menschen getötet und 25 verwundet wurden, »Vergeltung« für das Massaker in Hebron.

Die PLO hatte die Verhandlungen mit den Israelis abgebrochen. Als Rabin die beiden extremistischen Gruppen Kach und Kahane-Chai verbot, wollte er den USA und den Ägyptern ein Zeichen geben, Druck auf die Palästinenser auszuüben, damit sie an den Verhandlungstisch in Taba zurückkehren. Sein Versuch, die Tsomet-Partei von Raphael Eitan in seine Regierung zu holen, scheiterte am Einspruch der linksliberalen Meretz-Partei. Welche Konsequenzen zogen die Palästinenser aus diesem Massaker? Arafat, der die Illusion genährt hatte, der nationale Befreiungskampf habe sich auf die politisch-diplomatische Ebene verlagert, mußte einsehen, daß er keinen einzigen Artikel des Vertrages verändern konnte und daß es nur um die Sicherheit Israels ging. Er konnte keine Trennung von palästinensischen und Siedlerinteressen durchsetzen und mußte die eigene Opposition gegen die Besetzung unterdrücken. Die Frage, ob der Kampf und die Intifada weitergeführt werden sollten, spaltete die Palästinenser in den besetzten und »autonomen« Gebieten und in der Diaspora. Schließlich mußte Arafat an den Verhandlungstisch nach Taba zurückkehren, ohne auch nur eine seiner Forderungen durchgesetzt zu haben.

Noch im November 1993 hatten er und Nabil Shaath die Vorstellungen Israels in Taba als Fortsetzung der Okkupation bezeichnet und deshalb abgelehnt, Im Mai 1994 unterzeichnete der PLO-Vorsitzende das »Gaza-Jericho-Abkommen« dennoch. Rabin konnte also seine Idee der fortdauernden Okkupation mit Arafats Zustimmung umgesetzen. »Dies sollte als eine Leistung von jedem angesehen werden, der an der Fortsetzung der Besetzung interessiert ist«, schreibt Tanya Reinhardt am 6. April 1994 in »Yediot Aharonot«, Selbst Ariel Sharon hätte dies nicht besser machen können. Warum griff er Rabin danach so heftig an? Der Journalist Yoel Marcus glaubt, daß der Ministerpräsident Sharon animierte, einen Protest gegen eine Räumung von Siedlungen anzuzetteln. Dies mag auf den ersten Blick merkwürdig anmuten, aber eine solche Strategie ist durchaus erfolgversprechend. Den einen machte Sharons Aufregung klar, daß das Erreichte das Beste sei und es keine Alternative zur Strategie Rabins gebe. Viele Israelis akzeptierten wohl Rabins Ziele, damit nicht Sharon im Gegenzug zur Macht kommt,

Andere könnten vermutet haben, daß sich etwas Positives entwickelt, weil Sharon sich so empört. Tatsächlich war die Hysterie der Rechtskräfte in Israel überflüssig, denn Rabin hat ihre Agenda umgesetzt.

 Das »Gaza-Jericho-Abkommen« vom 4. Mai 1994 und das Protokoll über die Wirtschaftsbeziehungen vom 29. April 1994

Dieses Abkommen wurde in Kairo vor über tausend geladenen Gästen unterzeichnet. Die Verhandlungen gestalteten sich bis zum Schluß als äußerst schwierig. Der Druck auf die Palästinenser war so groß, daß einige israelische Politiker davor warnten, Arafats Position nicht von vornherein völlig zu untergraben. Eine total besiegte PLO sei ebenso gefährlich wie eine siegreiche. Die Zeremonie selbst nahm groteske Züge an. Ein sichtlich entnervter PLO-Chef war zunächst nicht bereit, die Dokumente zu paraphieren. Daraufhin verweigerte auch der israelische Ministerpräsident seine Unterschrift. Erst nach intensiven Gesprächen hinter den Kulissen kam es schließlich doch zur Unterzeichnung. Arafat rechtfertigte sich später: Er habe diese Szene machen müssen, weil er Rabins Zusagen über den Status von Jerusalem nicht traute. »Ich wollte nicht nur von Rabin dieses Versprechen. Nein, ich wollte dieses Versprechen von den Kosponsoren, Christopher und Kozyrev, und als Zeugen Präsident Mubarak.« Den israelischen Verhandlungsführern war klar, daß sie Arafat ein »Kapitulationsabkommen« aufgezwungen hatten.

Das Abkommen besteht aus einer Präambel und 23 Artikeln sowie vier Anhängen: dem Protokoll über den Abzug der israelischen Armee und Sicherheitsvereinbarungen; dem Protokoll über zivile Angelegenheiten; dem Protokoll über rechtliche Angelegenheiten; dem Protokoll über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Staat Israel und der PLO, das am 29. April 1994 in Paris unterzeichnet und dem »Gaza-Jericho-Abkommen« als Anhang beigefügt worden ist. Es enthält viele Kreuz-, Rück- und Querverweise, die bereits zugestandene Konzessionen wieder zurücknehmen bzw. relativieren. Die Modalitäten der Truppenverlegung und die Pflichten der palästinensischen Behörde in Fragen der Sicherheit sind detailliert beschrieben. Es handelt sich um ein reines Sicherheitsabkom-

men. Konkret heißt das: 1. Die Israelis behalten die Kontrolle über die Außengrenzen und legen die Größe und den Status von Jericho fest, 2. die Siedlungen im Gaza-Streifen bleiben israelische Enklaven. Ihre Zusammenfassung in Blocks verdoppelte nochmals das bereits von Israel enteignete Land.

Für den damaligen Generalstabschef Ehud Barak stand während der langwierigen Verhandlungen fest: »Wir bereiten uns auf die Umgruppierung der Truppen aus Jericho und dem Gaza-Streifen vor. Für die übrigen Gebiete haben sich unsere Aufgaben nicht geändert, dort bleibt alles beim alten.« Arafat hatte immer wieder versucht, neue Forderungen zu stellen, nachdem sich die Delegationen bereits geeinigt hatten. In Taba zeigte sich, wie weitreichend und verhängnisvoll die Konzessionen waren, die in der »Prinzipienerklärung« gemacht wurden. Rabin erklärte auf einer Kabinettssitzung am Jahreswechsel 1993/94: »Wenn die Palästinenser dauernd die Vereinbarungen ändern, dann können wir das auch. Man kann offenbar mündlichen Absprachen nicht trauen. Wir sind nicht in Eile. Laßt sie ein wenig schwitzen.« Schon damals hätten die Palästinenser begreifen müssen, daß sie nie über einen souveränen Staat verfügen würden. Im Februar 1994 sagte Joel Singer: »Das neue palästinensische Gebilde wird in seiner Natur weder unabhängig noch souverän sein, es wird weitestgehend der Autorität der Militärregierung untergeordnet sein.« Israel kann jederzeit eine gemachte Zusage oder Konzession wieder zurücknehmen, ohne daß die palästinensische Behörde irgend etwas dagegen tun könnte.

Der Gaza-Streifen ist von einem Netz israelischer und palästinensischer Kontrollposten überzogen, wobei letztere nur als Staffage dienen. Macht und Verantwortlichkeiten (Artikel III Abs. 4) der israelischen Militärregierung bleiben unangetastet. Sie behält die Jurisdiktion über die Siedlungen, die militärischen Einrichtungen, die Außenbeziehungen, die interne Sicherheit, die öffentliche Ordnung in den Siedlungen, die äußere Sicherheit (Artikel V Abs. 1 a und b) sowie die Luftraumüberwachung Israels (Artikel V Abs. 3 b). Außenpolitisch hat die palästinensische Behörde keinerlei Rechte. Sie darf keine Botschaften, Konsulate oder andere Vertretungen unterhalten. Auswärtige Staaten dürfen keinerlei Vertretungen im Gaza-Streifen oder Jericho errichten (Artikel VI Abs. 2 a).

Die palästinensische Behörde hat nur eine sehr eingeschränkte Gesetzgebungsbefugnis. Alle Militärverordnungen bleiben in Kraft. Jede Verordnung und jedes Gesetz bedarf der Zustimmung durch



Karte 1

Israel. Die Bearbeitungsfrist beträgt 30 Tage. Ein wichtiger Punkt des Abkommens ist die Gründung einer starken Polizeitruppe. Die palästinensische Behörde wird zur Kooperation in allen Sicherheitsfragen verpflichtet. Sie muß versuchen, alle feindseligen Akte gegen Israel oder die Siedlungen zu unterbinden (Artikel XVIII). Zum ersten Mal in der Geschichte muß ein unterdrücktes Volk für die Sicherheit seiner Besetzer aufkommen. Der um den Gaza-Streifen errichtete Sicherheitszaun bleibt erhalten. 13 Damit ähnelt Gaza mehr einem riesigen Gefängnis, zu dem Israel allein die Schlüssel besitzt, als einem werdenden »Staat«. Die Palästinenser besitzen nur völlig überbevölkerte Gebiete ohne eine Entwicklungsperspektive. Das noch landwirtschaftlich nutzbare Land bleibt unter israelischer Kontrolle. Je mehr Konzessionen die PLO machte, desto mehr forderte Israel.

Wie geschickt die Israelis verhandelten, zeigt sich darin, daß ihr Land für die während seiner Besatzungsherrschaft verursachten Schäden nicht verantwortlich und haftbar gemacht werden kann. So heißt es in Artikel 22, der auch im »Interimsabkommen« als Artikel 20 wieder auftaucht: »Die Übergabe von Befugnissen und Verpflichtungen von der israelischen Militärregierung und ihrer Zivilverwaltung auf den Rat – wie in Anhang III ausgeführt – schließt alle verwandten Rechte, Haftungen und Verpflichtungen ein, die sich in bezug auf Akte und Unterlassungen ergeben, die vor der Übertragung passiert sind. Israel wird aufhören, irgendwelche finanziellen Verpflichtungen zu tragen, die solche Akte und Unterlassungen betreffen, und der Rat wird alle finanziellen Verpflichtungen dafür und für sein eigenes Funktionieren übernehmen.« In diesen Fragen darf die palästinensische Behörde nach eigenem Ermessen entscheiden und handeln.

Das Protokoll, das die wirtschaftlichen Beziehungen regeln soll, wurde am 29. April 1994 in Paris vom israelischen Finanzminister Avraham Shohat und Ahmad Qurei alis Abu Ala unterzeichnet. Es ist ebenso asymmetrisch wie die bereits unterzeichneten Abkommen. Das Protokoll besteht aus 21 Artikeln. Sie basieren auf Empfehlungen, die während eines Workshops erarbeitet wurden, den der amerikanische Ökonom Stanley Fischer an der Harvard-Universität mit israelischen, palästinensischen, jordanischen und amerikanischen Ökonomen abgehalten hatte. Die meisten der israelischen und palästinensischen Teilnehmer gehörten auch der Verhandlungs-

delegation in Paris an. Der Vertrag regelt die Wirtschaft in den autonomen Gebieten sowie die ökonomischen Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern bzw. zu Drittstaaten. Die Umsetzung und Kontrolle obliegt einem palästinensisch-israelischen Wirtschaftsausschuß, der noch Unterausschüsse einsetzen kann. Alle Ausschüsse müssen ihre Entscheidungen einvernehmlich treffen. Damit hat sich die israelische Regierung ein Mitsprache- und Vetorecht in allen wirtschaftlichen Fragen gesichert. Sie erhält damit indirekt die absolute Kontrolle über die Wirtschaft der Autonomiegebiete und Entscheidungen, die die autonomen Enklaven betreffen, ohne das Einverständnis der Palästinenser einholen zu müssen.

Nach Unterzeichnung dieses Wirtschaftsabkommens fragten sich israelische Journalisten, wie Arafat solch einen Vertrag billigen konnte, der Israel alles und den Palästinensern nichts zugestand. Jeder Import muß den israelischen Zoll passieren, jeder Export über israelische Vertragspartner laufen. Tanya Reinhardt verweist am 7. April 1997 in »Yediot Aharonot« auf einen Artikel in »Ha'aretz«. Dem Bericht dieser Zeitung zufolge ist Arafat mit Geld gekauft worden. Mohammed Rashid, kurdischer Millionär und Arafats Wirtschaftsberater, soll sich mit dem ehemaligen Sicherheitschef Yossi Ginossar geeinigt haben, daß ein Teil der einbehaltenen Benzinsteuer nicht auf das Konto der Autonomiebehörde, sondern auf ein Konto bei der Bank Leumi in Tel Aviv fließen würde, über das nur Arafat und Rashid verfügen konnten. Das Geld sei für den Fall bestimmt, daß es in den Gebieten zu Aufständen kommen würde und Arafat und sein engster Führungszirkel fliehen müßten. Bei dem enormen Vermögen, das die PLO bis heute noch im Ausland hortet, eine überflüssige Vorsichtsmaßnahme. Die Vermarktung des Benzinmonopols wurde der Firma Dor übertragen. Josef Antwerg und Mohammed Rashid unterschrieben diese Vereinbarung, Antwerg ist ein Manager der Israelischen Landbehörde (ILA), die für die Enteignung von palästinensischem Land zuständig ist. »Die Reichen der Besetzung helfen denjenigen in der Autonomiebehörde, die ebenfalls durch die gleiche Besetzung reich werden«, so Reinhardt.

Die politische und die wirtschaftliche Unabhängigkeit bedingen einander. Der Aufbau einer unabhängigen palästinensischen Wirtschaft ist aber nach diesem Protokoll nicht vorgesehen. Die Autonomiegebiete und die neue »Partnerschaft« dienen Israel als Arbeitskräftereservoir und als Sprungbrett zu den arabischen Märkten. Die

neue palästinensische politisch-ökonomische Klasse wird zum Juniorpartner Israels. Sie profitiert von den Diensten, die sie ihren israelischen »Partnern« leistet. Israelische Produkte mit dem Gütezeichen »Made in Israel« waren in den arabischen Staaten schwer absetzbar, »Made in Palestine« verkauft sich besser. Die palästinensischen Subunternehmer fertigen die mit israelischem Know how vorgefertigten Waren zudem wesentlich billiger als israelische Firmen. Diese neue Klasse hat sich eine Monopolstellung beim Import gewisser Waren gesichert. Dies betrifft u. a. Baustoffe, vor allem Kies und Zement, Benzin und Flüssiggas sowie Elektronik. Diese Palästinenser leben gut, sie haben kein Interesse an völliger Unabhängigkeit. Eine enorme Bürokratie ist entstanden, die den Aufbau der Wirtschaft eher behindert als fördert. Ein Großteil der ausländischen Hilfsgelder versickert in korrupten Kanälen oder wird für Lohnzahlungen verwendet. »Das Protokoll reflektiert die historische Realität, die fortdauernde Okkupation in der Interimsphase sowie Israels Bestreben, seine eigenen Unternehmer zu schützen und seinen dominanten Anteil am palästinensischen Markt zu behaupten.«14 Wie bereits gesagt, konzentriert sich die Macht dieser neuen Klasse auf drei Bereiche: Politik und Diplomatie, Wirtschaft und Sicherheit, speziell die Terrorismusbekämpfung. An der Spitze dieser Machtpyramide steht Yassir Arafat. Seine Untergebenen sind allein ihm verantwortlich. Eine Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit oder dem Parlament besteht nicht. So einflußreich und dominant diese Bereiche auch im täglichen Leben für die Palästinenser sind, so ist ihr Einfluß auf Länder, die den Palästinensern Entwicklungshilfe gewähren, begrenzt. Vor allem die USA mahnen immer wieder die öffentliche Transparenz und Verantwortlichkeit an. Hatten die USA jemals nach der »Transparenz« gefragt, als sie jahrzehntelang korrupte, diktatorische Regimes überall auf der Welt unterstützten?

Die ökonomischen Probleme im Gaza-Streifen liegen nicht so sehr in der ökonomischen Rückständigkeit der örtlichen Ökonomie, sondern resultieren aus den besonderen ideologischen und nationalen Vorgaben, die die israelische Politik bestimmen, schreibt die US-Ökonomin Sara Roy.<sup>15</sup> Das »Gaza-Jericho-Abkommen« und das Pariser Wirtschaftsprotokoll werden die Entwicklung des Gaza-Streifens nicht fördern, weil sich die Autonomie in den engen politischen und ideologischen Grenzen entwickeln muß, die Israel fest-

geschrieben hat. Bisher wurde fast ausschließlich im Bausektor investiert. In die marode Infrastruktur flossen kaum Gelder. So wurden in Gaza-Stadt einige Hochhäuser und Hotels gebaut, deren Mieten und Preise kein Normalbürger bezahlen kann, aber im Flüchtlingslager Jabaliya existiert der berühmte »Abwassersee« auch im fünften Jahr der Autonomie immer noch. Die einzige »Infrastrukturmaßnahme« im Lager war die Planierung eines 250 Meter breiten Streifens einer »Straße«. Doch bevor es zur Asphaltierung kam, wurde das Projekt eingestellt. Der angebliche Wirtschaftsaufschwung in Gaza, von dem einige Ökonomen reden, ist nichts weiter als das Errichten von Luftschlössern und ein riesiger Schwindel. Welcher private Investor lenkt sein Kapital in Gebiete, die über Wochen abgeriegelt sind? Wirtschaftswachstum wird in der Tat primär durch politische Hindernisse verhindert.

Israel kann weiterhin die Autonomiegebiete mit seinen Produkten überschwemmen, wohingegen der Export palästinensischer Waren erheblichen Beschränkungen unterliegt. Die »offenen Grenzen« sind oft geschlossen, dann werden keine Warentransporte aus dem Gaza-Streifen oder der Westbank abgefertigt. Palästinensische Produkte sind auf arabischen Märkten auch wegen der niedrigeren Mehrwertsteuer nicht wettbewerbsfähig. Israel erhebt 17 Prozent Mehrwertsteuer, die Palästinenser müssen sich auf 15 und 16 Prozent festlegen. Der englische Journalist Graham Usher hat nüchtern bilanziert: »Israels strategisches Ziel ist es gewesen, eine höhere ökonomische Integration in der arabischen Welt und einen besseren Zugang zum arabischen Markt zu erreichen sowie den 46jährigen Wirtschaftsboykott gegenüber Israel zu brechen.«16

Das Prinzip »Land vor Menschen« bestimmt weiterhin die Politik des Landes. Israels Kontrolle der palästinensischen Wirtschaft hat in der Tat wenig mit der Förderung von selbsttragendem Wachstum zu tun, sondern dient in erster Linie dem Schutz des eigenen wirtschaftlichen Einflusses und der Normalisierung seiner Wirtschaftsbeziehungen zu den arabischen Staaten. So ist Israel verantwortlich für alle internationalen Wirtschaftsabkommen der Palästinenser. Sie müssen den Zugang zu den internationalen Märkten mit den Israelis aushandeln. Solange Israel die Mitbestimmung über wichtige Sektoren der palästinensischen Wirtschaft hat, wird es keinen Fortschritt geben. Die Folgen der andauernden Stagnation werden bisher lediglich gemildert. Die Palästinenser brauchen nicht nur größere Handlungsfreiheit, es müssen die ideologisch beding-

ten Zwänge fallen. »Das ›Gaza-Jericho-Abkommen ‹ beseitigt nicht diese Zwänge, sondern gestaltet sie nur um. «<sup>17</sup>

Der Ansicht einiger Wissenschaftler, durch die genannten Vereinbarungen hätte sich im Status der besetzten Gebiete nichts verändert, 18 muß widersprochen werden. Die unterzeichneten Dokumente haben die Besetzung, die Siedlungen und Enteignungen erstmals legitimiert. Eine dem Völkerrecht widersprechende Politik wurde von den Besetzten sanktioniert. Was kann sich eine Besatzungsmacht Besseres wünschen? Der Inhalt der Dokumente sowie die Richtung, in der sich die Verhandlungen und die Politik Israels seither bewegen, lassen vermuten, daß es dem Land gelingen wird, die UN-Resolutionen 242 und 338 zu umgehen. Ziel Israels ist es nicht, auf deren Grundlage eine Einigung zu erreichen, sondern auf bilateralem Wege, wo Macht mehr zählt als Recht.

Laut Artikel VII Abs. 9 haben die Gesetze und Militärverordnungen, die vor der Unterzeichnung des »Gaza-Jericho-Abkommens« in Kraft waren, Gültigkeit behalten. Ob die palästinensische Führung die Tragweite dieses Artikels begriffen hat, darf bezweifelt werden. Damit bleibt das Besatzungsrecht bestehen, bis es durch eine Vereinbarung außer Kraft gesetzt wird. Seither haben die Israelis Militärverordnungen erlassen, einige davon wurden veröffentlicht, andere bleiben geheim. Sie dürften noch für etliche Überraschungen unter den Palästinensern sorgen.

Vor der Unterzeichnung des Abkommens hatten die lokalen palästinensischen Zivilgerichte in den besetzten Gebieten Jurisdiktionsgewalt. Sie verhandelten Zivilangelegenheiten, die sowohl Siedler als auch Nichtsiedler betrafen. Alle Vorfälle, die in die Kompetenz der israelischen Militärregierung fielen, wurden jedoch vor israelischen Militärgerichten verhandelt. Trotz alledem blieb die rechtliche Jurisdiktion unverändert. Bis zum 4. Mai 1994 konnten Entscheidungen der lokalen Gerichte in Israel ohne Einschränkungen durchgesetzt werden. Erst durch Artikel IV der »Prinzipienerklärung« und die detaillierten Bestimmungen des »Gaza-Jericho-Abkommens« wurde dies geändert.

Die Trennung der israelischen Siedlungen von palästinensischer Gerichtsbarkeit wurde in Artikel 1 und 2 des Anhangs des »Gaza-Jericho-Abkommens« über die rechtlichen Angelegenheiten festgelegt. »Israel hat die alleinige Rechtsgewalt über ... Verstöße, die von Israelis in den Gebieten begangen werden.« Die Zivilangele-

genheiten betreffend, heißt es in Artikel III Abs. 2: »Israelis, die sich zu Geschäftszwecken in den Gebieten aufhalten, unterliegen dem Zivilrecht in dem Gebiet, das sich auf ihre Aktivität bezieht. Nichtsdestotrotz, jede Vollstreckung einer rechtlichen oder administrativen Entscheidung, die gegen einen Israeli oder dessen Eigentum ergeht, wird in Israel in Kraft treten. « Aber in Abs. 3 heißt es, daß die palästinensischen Gerichte und juristischen Autoritäten keine Jurisdiktion über zivile Angelegenheiten haben, in die Israelis verwickelt sind. Für den Anwalt Raja Shehadeh ist es deshalb klar, daß das »Gaza-Jericho-Abkommen« sowohl die »israelischen Siedlungen als auch die Palästinenser aus Ost-Jerusalem der Jurisdiktion der palästinensischen Gerichte« 19 entzogen hat. Paradoxerweise geschah dies mit Zustimmung der Palästinenser als Vertragspartei.

Das »Gaza-Jericho-Abkommen« überträgt der palästinensischen Behörde formal die Zuständigkeit für die Registrierung von Land in Grundbüchern (Artikel II B Abs. 22) und die Verfügungsgewalt über Wasser (Artikel II B Abs. 31.a). Letzteres wird in Abs. 31.b wieder zurückgenommen, weil die Wasserbewirtschaftung der israelischen Firma Mekoroth Water Co. vorbehalten bleibt, Der Partner der Palästinenser hätte die Israelische Nationale Wasserbehörde sein müssen und nicht Mekoroth, die als Subunternehmen profitorientiert arbeitet. So erhöhte sie den Preis pro Kubikmeter von 0,70 auf 1,8 Shekel. In den Verhandlungen wurden weder die Quellen, die Israel überall im Gaza-Streifen angezapft hat, noch die Quellen in den Siedlungen berücksichtigt. Damit hat man den Siedlungen implizit ein eigenes Recht auf Wasser zugestanden und sie ein weiteres Mal legitimiert. In diesem Punkt zeigt sich wieder, welche Vorteile die Israelis durch das Hinzuziehen von Spezialisten bei den Verhandlungen erringen konnten.

Auch in der Landfrage wird nur der Status quo erhalten. Den Siedlungen wurde noch so viel Land zugeteilt, daß sie von der palästinensischen Behörde nicht betroffen sind. Zur Rückversicherung wurde in Artikel II Abs. B 32.b in Anhang II darauf hingewiesen, daß sich an der Praxis vor Unterzeichnung des Abkommens nichts geändert hat. Die Palästinenser können beschließen, was sie wollen, da Israel über ein Vetorecht verfügt. Die Vernachlässigung des legalen Aspektes durch seine Landsleute ist für Shehadeh um so erstaunlicher, da Israel das »legalistischste Land der Welt ist, das eine lange und entwickelte Tradition hat, Recht als Instrument der effektiven Kontrolle und Ausbeutung«<sup>20</sup> einzusetzen.

Arafat wollte mit dem Erlaß vom 20. Mai 1994 den Rechtszustand aus der Zeit vor dem Sechstagekrieg wieder in Kraft setzen. In Artikel VII Abs. 9 des »Gaza-Jericho-Abkommens« ist jedoch fixiert, daß die Gesetze und die Militärverordnungen vor Unterzeichnung des Abkommens weiter gültig sind. Arafat verglich am 10. Mai 1994 in seiner Rede in Johannesburg die Abkommen zwischen Israel und der PLO mit der Vereinbarung zwischen dem Propheten Mohammad und dem Stamm der Quraish im Jahre 627, die der Prophet nach zwei Jahren gebrochen hatte. Daß Arafat so lax mit dem Recht umgeht, ist schwer zu begreifen, weil die Palästinenser als der schwächere Teil in diesem Machtkampf sich nur auf die Macht des Rechtes stützen können. Sie haben bereits so viele Rechtsansprüche preisgegeben, daß ein Rekurs auf die noch verbliebenen das Blatt nicht zu ihren Gunsten wenden könnte. Ich schrieb, das »Interims«- und das »Gaza-Jericho-Abkommen« hätten »nichts an der Fortdauer der Okkupation geändert. Welche Autorität hat eine Behörde, die noch nicht einmal bestimmen kann, wer ein- und ausreisen darf? Diese Art der Autonomie ist nur eine neue Variante der Besetzung. Auch die südafrikanischen >Homelands< hatten Symbole der Autorität wie Fahne, Briefmarke, Pässe und eine starke Polizei, waren aber Marionettenregime. Auch das verzweifelt angestrebte Interimsabkommen wird an der Besetzung und der Lage der Palästinenser nichts ändern. Die Palästinenser-Behörde ist zu einer innerisraelischen Pressuregroup wie die nationalreligiöse Shas-Partei geworden, die mit der Regierung um Zugeständnisse feilschen muß. «21 Das Abkommen fiel ganz im Sinne der Rechtskräfte in Israel aus, dennoch äußerten sie lauthals ihre Empörung, sie fühlten sich provoziert durch die prächtigen Uniformen der palästinensischen Polizei, die Fahne, die Briefmarken und das Wort »Paß« auf den Reisedokumenten. Alle diese Attribute der »Souveränität« hatten die Bantustans in Sijdafrika auch

Große Teile des Gaza-Streifens, die für Landwirtschaft und zur Bebauung geeignet sind, unterstehen der alleinigen Kontrolle Israels, immerhin 40 Prozent des gesamtenTerritoriums. Im Sicherheitsteil des Abkommens ist festgelegt, daß die Palästinenser in diesen nicht bauen dürfen. Der Gush-Katif-Block wurde buchstäblich vom Gaza-Streifen abgetrennt, und um die dort errichteten Siedlungen wurden elektronisch kontrollierte Zäune errichtet. Das »Gaza-Jericho-Abkommen« hat – gemäß der klassischen kolonialen Formel »teile und herrsche« – den Gaza-Streifen und die

Westbank weiter separiert. Es läßt nur die Verbindung zwischen Gaza und Jericho zu, die aber bis heute nicht gebaut worden ist. Die israelische Regierung annullierte nach Unterzeichnung des Abkommens umgehend für 1 300 Studenten aus Gaza die Genehmigungen zum Studium an den Universitäten in der Westbank. Die Betroffenen können bis heute dort nicht wieder studieren. Eine Eingabe an das Oberste Gericht in Israel wurde mit dem Argument zurückgewiesen, daß sich ab sofort das palästinensische Regime mit diesen Problemen befassen wird. Wie die israelische Regierung über das Abkommen dachte, zeigt der Ausspruch von Yossi Sarid in »Ha'aretz« vom 24. Mai 1994: »Wir wollten Gaza abgeben. Dies ist kein großer Verlust. Falls wir nicht zu einem Abkommen über den Rückzug aus Gaza gekommen wären, hätte sich die Regierung eigenmächtig dazu entschlossen. Diese Angelegenheit wurde in der Vergangenheit mehrere Male besprochen. Man braucht über Jericho in puncto Land gar nicht zu reden. Es ist weniger als ein Prozent des gesamten Gebietes von Judäa und Samaria.«

Um eine Angleichung der Kompetenz über die Sachbereiche, die der palästinensischen Behörde im Gaza-Streifen und der Enklave Jericho übertragen worden ist und die auch auf die Westbank ausgedehnt werden soll, wurde am 29. August 1994 das Abkommen über die Übertragung von Macht und Verantwortlichkeiten an die Palästinenser unterzeichnet. Dieses aus zwölf Artikeln sowie sechs Anhängen bestehende Abkommen unterscheidet sich in seinem Duktus nicht von den früheren. Darin wird festgelegt, daß ein Joint Civil Affairs Coordination and Cooperation Committee Erziehung und Kultur, Gesundheit, Sozialwesen, Tourismus regelt und direkte Steuern sowie Mehrwertsteuer auf lokale Produkte erhebt. Die palästinensische Behörde kann Verordnungen und Gesetze erlassen, die aber von der israelischen Regierung in einer Frist von 30 Tagen bestätigt werden müssen. Eine Ablehnung bedarf der Begründung. In diesem Abkommen werden die Ausnahmeregelungen, die bereits im »Gaza-Jericho-Abkommen« enthalten sind, nochmals für die Westbank bestätigt.22

Arafat traf erst zwei Monate nach Unterzeichnung des »Gaza-Jericho-Abkommens« in Gaza ein. Sein langes Zögern hatte den Anschein, als übernehme er nur widerwillig die ihm zugedachte Rolle. Er verweigerte sich wohl auch, weil die Gefangenen nicht wie vertraglich vereinbart, freigelassen wurden. Da nur Arafats Kommen dem Abkommen die endgültigen Weihen verleihen konnte, übten

die Israelis Druck auf den PLO-Führer aus. Die Reaktionen der israelischen Bevölkerung offenbarten, daß sich ihre Einstellung zu den Palästinensern und Arabern nicht geändert hatte. Das nun »benachbarte Volk« wurde sowohl von der Rechten als auch der Linken mit Arroganz behandelt. Die Nationalisten betrieben eine Einschüchterungskampagne, zu der die Öffentlichkeit schwieg. Neben den von Israel errichteten Hindernissen in den Abkommen blokkierte auch Arafats Vetternwirtschaft den Aufbau der Autonomiegebiete. Er umgab sich nicht mit Fachleuten aus den besetzten Gebieten, sondern mit den »Salon-Aktivisten« und der »Tunis-Mafia«, wie die Palästinenser Arafats Ankömmlinge bezeichnen.

Die Autonomiebehörde übernahm formell die Bereiche Gesundheit, Soziales, Erziehung und Kultur sowie Tourismus, Israel machte von Beginn an klar, daß die Terrorismusbekämpfung Priorität haben mußte. »Konzessionen«, d. h. vertraglich gemachte Zusagen, würden nur noch gewährt, wenn die Sicherheit der Israelis besser gewährleistet sei. Arafat mußte daher die Opposition mit allen Mitteln unterdrücken. Gefährlichster Gegenspieler war seit Beginn der Autonomie die Hamas, Ibrahim el-Jasuri erklärte in einem Interview mit dem »Spiegel« vom 5. September 1994, daß Israel »mit Blut und Terror errichtet« wurde und die Autonomie ein Selbstbetrug sei. »Das von Gott gewollte Ziel ist die Befreiung ganz Palästinas.« Zentraler Streitpunkt zwischen Israelis und Palästinensern ist nach wie vor Jerusalem. Die für Juden, Christen und Muslime heilige Stadt war 1949 geteilt worden. West-Jerusalem gehörte zum jungen Staat Israel, Ost-Jerusalem mit den heiligen Stätten fiel unter jordanische Verwaltung. Im Sechstagekrieg eroberten die Israelis den Ostteil und schlossen ihn West-Jerusalem an. Im Juli 1980 wurde der Ostteil gegen das Völkerrecht Israel eingegliedert.

Peres überzeugte Ministerpräsident Rabin, Arafat neben Teilen des Gaza-Streifens auch Jericho anzubieten. Arafat akzeptierte den Deal nur, weil sowohl die israelische Regierung als auch seine »Ratgeber« von der israelischen Linken, die sich im »Friedenslager« und in der Meretz-Partei konzentriert, Druck auf ihn ausübten. Diese Ratgeber spielen eine verhängnisvolle Rolle für die Palästinenser, weil sie in Wahrheit israelische Interessen vertreten. Die Friedensbewegung erpreßt Arafat um des Friedensprozesses willen. Es ist hart für die israelische Linke, sich einzugestehen, daß Arafat vor Israel kapituliert hat, weil er für sie jahrelang das Symbol des palästinensischen Befreiungskampfes darstellte.

Als sich in der Jerusalem-Frage nichts mehr bewegte und Ehud Olmert, der zum Likud-Block gehörende Oberbürgermeister, die palästinensischen Institutionen in Ost-Jerusalem zurückdrängen wollte, zitierte Arafat in seiner Rede in Johannesburg – zur Überraschung aller – aus einem Brief von Peres an den norwegischen Außenminister Johan Joergen Holst vom 11. Oktober 1993: »Ich möchte bestätigen, daß die palästinensischen Einrichtungen in Ost-Jerusalem und die Interessen und das Wohlergehen der Palästinenser von Ost-Jerusalem von großer Bedeutung sind und erhalten werden. Deshalb erfüllen alle palästinensischen Institutionen in Ost-Jerusalem - einschließlich der ökonomischen, sozialen, bildungspolitischen und kulturellen - sowie die christlichen und muslimischen Heiligtümer eine wichtige Aufgabe für die palästinensische Bevölkerung. Selbstverständlich werden wir deren Aktivitäten nicht behindern; im Gegenteil, die Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe muß gefördert werden.«

Diese öffentliche Bekanntmachung führte zu einem einhelligen Aufschrei in Israel. Insbesondere die linksliberale Presse griff Arafat heftig an. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß nicht Arafat, sondern Rabin und Peres die Lügner waren, mußte die Presse zurückrudern. Besonders aufschlußreich ist der Artikel von Yoel Marcus in »Ha'aretz« vom 10. Juni 1994: »An dem Tag, als ich mich entschied, der Regierung zu glauben, fand ich mich in der unangenehmen Lage, mich bei dem chronischen Lügner Yassir Arafat zu entschuldigen, der dabei ertappt wurde, die Wahrheit zu sagen ... Es ist eine Tatsache, daß der >nichtexistente < Brief den palästinensischen Besitz Ost-Jerusalems anerkennt.« Die Rechte in Israel war entsetzt. Benjamin Begin schrieb am 8. Juni 1994 in »Yediot Aharonot«: »Gnade Gott dem Ministerpräsidenten von Israel, wenn es wahr sein sollte, daß er es mit den Details nicht so genau genommen hat, während der Terrorist Yassir Arafat korrekt war. Gnade Gott der israelischen Regierung, wenn herauskommt, daß sie das in die Hände der Terrororganisation gegeben hat, was sie Ost-Jerusalem nennt. Und Gott erbarme sich Israels, wenn dies seine Regierung ist.« Shimon Peres erklärte später vor dem Auswärtigen und Verteidigungsausschuß der Knesset: »Die Erklärung Arafats, Jerusalem betreffend, ist für mich so viel wert wie eine Knoblauchschale ... die PLO will eine zusätzliche Hauptstadt. Wir lehnen dies total ab. Nicht nur wird Jerusalem nicht geteilt, sondern es wird auch keine zwei Hauptstädte geben.«

Umgehend brachte die Regierung ein Gesetz ein, das die politischen Aktivitäten der PLO und der palästinensischen Institutionen in Ost-Jerusalem verbot. Es wurde Ende Dezember 1994 mit großer Mehrheit in der Knesset verabschiedet. Der palästinensischen Behörde mit Feisal Husseini an der Spitze wurde darin jegliche politische Aktivität in der Stadt untersagt. Sie dürfen weder Konferenzen organisieren, Petitionen verabschieden noch Versammlungen oder Protestmärsche unter ihrer Führung innerhalb der Stadtgrenzen abhalten. Bei Zuwiderhandlung droht eine einjährige Gefängnisstrafe oder eine Geldstrafe von 33 000 US-Dollar.

Die Abkommen mit der PLO schufen auch die Basis für den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Israel und dem Königreich Jordanien am 26. Oktober 1994 in Ein Avrona. 23 Der Vertrag hatte immer ganz oben auf der Agenda der Arbeitspartei gestanden. Da es keinerlei fundamentale Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Staaten gibt, konnte die israelische Regierung Jordanien gegen die PLO in bezug auf Jerusalem ausspielen. So heißt es in Artikel 9, Abs. 2, in dem es um die historischen und religiösen Stätten geht: »In diesem Zusammenhang achtet Israel in Übereinstimmung mit der Washingtoner Erklärung die derzeitige Rolle des Haschemitischen Königreichs Jordanien in bezug auf die moslemischen Heiligen Stätten in Jerusalem. Wenn Verhandlungen über den dauerhaften Status stattfinden, wird Israel der historischen Rolle Jordaniens in bezug auf diese Stätten hohe Priorität einräumen.« In den Worten von Shimon Peres heißt dies, Jerusalem bleibt »politisch geschlossen, aber religiös offen«. Israel kann es gleichgültig sein, wer über das himmlische Jerusalem verfügt, solange ihm keiner den Alleinvertretungsanspruch über das irdische streitig macht. Ariel Sharon lehnte selbst diese Art der »Souveränität« ab, obwohl der Vertrag für Israel ausschließlich Vorteile bietet. Nur das jüdische Volk könne über den Tempelberg Souveränität ausüben, so der General am 29. Juli 1994 in » Yediot Aharonot«.

Arafat, Mubarak und Assad kritisierten den Friedensvertrag. Nach einem Treffen mit dem ägyptischen Präsidenten in Kairo im Oktober 1994 geißelte Assad die Tatsache, daß Jordanien zwei kleine, landwirtschaftlich genutzte Gebietsstreifen für 25 Jahre an Israel verpachtet hat, als »die Art der Ungläubigen, wenn irgendein Land davon spricht, seinen Boden an andere Gemeinwesen zu verpachten«. So heftig hatte noch nie ein alawitischer General und Politiker

bäuerlicher Herkunft den Nachfolger Mohammads kritisiert. Keiner könne von Syrien erwarten, daß es Boden an Israel verpachte. Dies war die syrische Antwort auf die 13 000 israelischen Siedler auf dem Golan. Hosni Mubarak wählte dezentere Worte. Arafat erhob gegen den Vertrag Einwände wegen des jordanischen Mitspracherechtes bei den religiösen Stätten. Der häufig zwischen allen Fronten lavierende oder auch vermittelnde König Hussein nahm weder Rücksicht auf den syrischen Präsidenten Assad noch auf die PLO, zumal die USA Jordanien Schulden von 700 Millionen US-Dollar erlassen wollten. Israel und die USA winkten mit einer wirtschaftlichen Friedensdividende, die nicht eingetreten ist. Der »warme Frieden«, den König Hussein den Israelis versprach, wurde von ihnen nicht erwidert. In Jordanien macht sich daher nicht erst seit Netanyahu allenthalben Unmut über Israel breit.

In der Euphorie des Jahres 1994 wurde mehrfach die Idee einer Konföderation zwischen Israel, Jordanien und Palästina diskutiert. Eine Konföderation ist nur zwischen souveränen Staaten möglich. Rabin konnte sich eine Konföderation zwischen Israel und Jordanien vorstellen, wenn die Palästinenser mit einbezogen würden, dann nicht auf der Basis eines eigenen souveränen Staates. Trotz dieser klaren Aussage Rabins verbreiteten Arafats Funktionäre bei all ihren Auslandsreisen die Illusion, ein eigener Staat sei quasi zum Greifen nahe. Der PLO-Vorsitzende selbst erfand das Programm einer Partnerschaft mit Israel und prognostizierte »blühende Landschaften« in einem eigenständigen palästinensischen Gemeinwesen.

Der Leiter der PLO-Vertretung in Bonn, Abdallah Frangi, suggerierte im Oktober 1993 in einem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, das »Gaza-Jericho-Abkommen« sei ein gerader, wenn auch schwieriger Weg zu einem Palästinenserstaat, und zwar innerhalb von fünf Jahren. Auch die Opposition, zu der u. a. der Iran gehöre, werde verstummen. Wie illusionär solche Vorstellungen sind, wurde bereits offenbar, als sich Israel und die Palästinenser bis zur Unterzeichnung des »Gaza-Jericho-Abkommens« nicht über die Größe Jerichos einigen konnten. »Jericho ist für die Israelis 25 Quadratkilometer groß, für uns jedoch 375, wie zu Zeiten der Osmanen und der Engländer«, so Frangi. Die Israelis überließen ihnen nur 54 Quadratkilometer. So wie Frangi dachten und redeten viele der Palästinenser um Arafat. Ihr Zweckoptimismus entpuppte sich als Zynismus, doch er trug wesentlich zu der unrealistischen Haltung im Westen bei.

Zu den ungeklärten Fragen gehörte die nach dem Charakter des palästinensischen Gebildes. Wird es eine Diktatur oder eine Demokratie sein? William B. Quandt erklärte, die israelische Führung habe wenig Interesse an dieser zentralen Frage gezeigt, weil es ihr primär um Sicherheit ging und sie immer einen gewissen Vorteil darin gesehen habe, mit arabischen Diktatoren zu verhandeln, die vor keiner Öffentlichkeit rechenschaftspflichtig seien. 24 Weder die PLO und Arafat noch Israel und die westlichen Staaten sind an einem demokratischen Palästina interessiert. Die USA sollten einerseits Arafat stärker auf eine demokratische Entwicklung drängen, da ein demokratisches Palästina mehr Sicherheit für Israel und Jordanien bedeuten würde als ein diktatorisches. Andererseits kann der PLO-Chef die ihm zugedachte Rolle nur in dieser Herrschaftskonstellation spielen, und Israel würde seine exklusive Rolle als weinzige Demokratie des Nahen Ostens« verlieren.

Welche Demokratie Israel sich vorstellte, demonstrierten die Äußerungen von General Dani Rothschild in einem Interview in »Ha'aretz« vom 5. Oktober 1994: »Die palästinensische Öffentlichkeit hat den Wert der Demokratie in den letzten 27 Jahren unseres Zusammenlebens gelernt. Deshalb ist es sehr wichtig, ein System von >cheques and balances< aufzubauen, ein System, das weniger korrupt ist als ein totalitäres Regime mit Ernennungen ... Tatsächlich haben wir ihnen in den letzten 27 Jahren erklärt, was Demokratie ist, nicht nur ietzt in dem Abkommen. Sie lebten mit uns und sahen, was Demokratie ist, was das Oberste Gericht in Israel ist.« Shimon Peres betrachtete die Okkupation als die beste Schule der Demokratie für die Palästinenser. In »Ha'aretz« vom 26. Oktober 1995 äußerte er: »Es gibt heute eine junge Generation, 125 000 junge Araber, die die Gefängnisse Israels durchlaufen haben. Sie haben Hebräisch gelernt und wissen, was Demokratie ist, und in dieser Hinsicht dienten die Gefängnisse als große Universität.« Zu Recht fragte Felicia Langer: »Wer der palästinensischen Amtsgewalt applaudierte, als sie ein Sondergericht etablierte, das noch viel schlimmer als unsere zur Genüge schrecklichen Militärgerichte ist, wird der ihnen vielleicht Demokratie ermöglichen? Wer der palästinensischen Verwaltung auferlegte, die Opposition gnadenlos zu unterdrücken, als Bedingung für einen Fortschritt in den Verhandlungen, wird der ihnen Demokratie ermöglichen?«25

Immer wieder versuchten Radikale der Hamas und des Islamischen Jihad, den Friedensprozeß zu torpedieren. Am 19. Oktober 1994 riß ein Selbstmordattentäter in Tel Aviv 22 Israelis mit in den Tod, 48 wurden verwundet. Einige Tage vorher wurde der israelische Soldat Nachshon Wachsman von radikalen Hamas-Anhängern entführt. Bei der Befreiungsaktion kamen nicht nur die Terroristen, sondern auch der Soldat ums Leben. Am 2. November starb der Journalist Hani el-Abed, ein Funktionär des Islamischen Jihad, im Gaza-Streifen durch eine Autobombe. Selbst Arafat schrieb diesen Anschlag den Israelis zu. Bei einer Vergeltungsaktion sprengte sich am 11. November bei der jüdischen Siedlung Netzarim ein Mitglied des Islamischen Jihad auf dem Fahrrad in die Luft und tötete drei Soldaten. Gesundheitsminister Ephraim Sneh, ein enger Vertrauter Rabins, sagte in »Newsweek« vom 14. November 1994: »Keiner sollte erwarten, daß wir untätig bleiben. Der Krieg gegen den Terror kennt keine Beschränkungen, keine Grenzen und keine Regeln.« Alle diese Aktionen verstärkten den Druck auf Arafat. Am 18. November 1994 kam es zu einem Zusammenstoß zwischen seinen Sicherheitsdiensten mit Demonstranten vor der großen Falastin-Moschee in Gaza. Dabei wurden 14 Palästinenser erschossen und mehr als 200 verletzt. Ohne ersichtlichen Grund feuerten die Soldaten in die Menge, die sich zum Freitagsgebet versammelt hatten. In diesem Machtkampf war Arafat der Sieger. Die Islamisten verleumdeten ihn in einem Flugblatt als »Agenten des Zionismus«. Als Rabin davon erfuhr, sagte er, »daß es jetzt unmöglich ist, zu behaupten, Arafat hält sich nicht an die Vereinbarungen«.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes in Gaza warf die Opposition Arafat vor, er sei ein Verräter und mache die »Dreckarbeit« für Israel. Hamas-Sprecher Ibrahim Ghoshe verlangte, Arafat müsse »Gaza verlassen«, weil sein von Israel eingepflanztes Regime sich auf die Besatzer stütze. Arafats hartes Durchgreifen wurde von seinem Justizminister Freih Abu Middein damit begründet, daß die Regierung Arafats kein zweites Machtzentrum in Gaza dulden könne. Arafats Haltung resultierte in erster Linie nicht aus den Verträgen, sondern aus der politischen und wirtschaftlichen Schwäche seiner Regierung. Da die Israelis die Kontrolle über Gaza ausüben, haben sie Arafat in der Hand. Die ständigen Abriegelungen fördern natürlich die Frustration der Palästinenser zusätzlich. Deren Hoffnungslosigkeit – gepaart mit der ökonomisch schwierigen Lage – hat sich immer wieder in Terroranschlägen entladen.

An der ersten nahöstlichen Wirtschaftskonferenz, die vom 30. Oktober bis 1. November 1994 im marokkanischen Casablanca stattfand, nahm Israel als gleichberechtigter Staat teil. Die Vertreter der palästinensischen Autonomiebehörde saßen noch am Katzentisch. Auf der Konferenz beriet man nicht nur über einen möglichen Rückfluß von Petrodollars für Investitionen in den autonomen Gebieten. Die USA nutzten auch ihren Einfluß auf ihre autokratischen Freunde in den arabischen Staaten, mehr finanzielle Mittel für die Schaffung von Arbeitsplätzen bereitzustellen. Die vom Internationalen Währungsfonds angebotenen Liberalisierungsmodelle genie-Ben in den arabischen Ländern wenig Sympathien, weil sie die auf Subsidien ruhende Herrschaft leicht zum Einsturz bringen könnten. Mit dem Hinweis auf die ärmere Bevölkerung wurden radikale Änderungen im System abgelehnt. Der Terror in vielen islamischen Staaten wurde nur auf die wirtschaftliche Not zurückgeführt, kulturelle Deutungsmuster verboten sich aus Rücksicht auf den Gastgeber.

Israel hat sich in den letzten Jahren von einem Agrar- und Militärstaat zu einem High-Tech-Staat entwickelt, der zu 90 Prozent Handel mit Europa, den USA und den Staaten des Fernen Ostens treibt. Gemeinschaftsprojekte zwischen Israel, Jordanien und Ägypten zerschlugen sich. Allein Israel hat von der Friedensdividende profitiert, da viele internationale Konzerne dort investieren. Während sich über Arafats Autonomieenklaven zwar eine Flut von Hilfsversprechen ergoß, gab es aber kaum Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen.

Peres sondierte während dieser Wirtschaftskonferenz, wie weit Israel die Hegemonie über die arabischen Staaten ausdehnen könne. Er bot den Golfstaaten den »atomaren Schirm« Israels gegen die iranische Gefahr an. Die Ägypter protestierten: Wenn die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds die wirtschaftliche Entwicklung in den arabischen Staaten fördern wollen, warum benötigen sie dazu die Vermittlung Israels, fragte Israel Shahak. <sup>26</sup>

Der Friedensprozeß stockte zusehends, weil sich an der israelischen Politik nichts Wesentliches änderte: Weiterhin wurde Land in großem Umfang für den Straßenbau enteignet, Siedlungen in den besetzten Gebieten und Ost-Jerusalem wurden ausgebaut, Palästinenser durch tägliche Diskriminierungen gedemütigt, gefoltert und verhaftet, die Gebiete abgeriegelt. Die radikalen Hamas- und Jihad-Akti-

visten verübten weitere Terroranschläge, so am 21. Januar in Beit Lid, wo 22 Israelis getötet wurden. Durch Anschläge des israelischen Geheimdienstes Shin Bet und der »Verdeckten Einheiten« wurden unliebsame Palästinenser liquidiert, und die israelische Luftwaffe nahm sich das Recht heraus, Vergeltungsanschläge gegen Stellungen der Hisbollah im Libanon zu fliegen.

Dennoch liefen die Verhandlungen über ein »Interimsabkommen« in Taba weiter. Arafats Vorschlag, gemeinsame israelisch-palästinensische Patrouillen für alle Zonen in der Westbank einzurichten, lehnten die Israelis ab. Außenminister Peres gab im israelischen Fernsehen am 2. Juli 1995 zu, die enormen Probleme könnten nicht durch rhetorische Akrobatik übertüncht werden. Er betonte, die Streitkräfte würden aus den Städten nur umgruppiert, damit die Palästinenser ihre Wahlen abhalten könnten. Zum Schluß versicherte er, daß »der Friede nur eine Komponente in unserem Sicherheitskonzept spielt«. Soviel Ehrlichkeit war für die Öffentlichkeit neu: »Peres gibt zum ersten Mal in zehn Jahren zu, daß das ganze Suchen nach Frieden nichts mit hehren Idealen zu tun hat, sondern ausschließlich mit der alten Vorstellung von totaler Sicherheit für einige und geringfügiger Sicherheit für andere. «<sup>27</sup>

Der Selbstmordanschlag zweier Palästinenser am 9. April 1995 im Gaza-Streifen, bei dem sieben Soldaten und ein amerikanischer Staatsbürger ums Leben kamen, löste in Israel eine intensive Diskussion über eine Abtrennung der Palästinenser aus. Während die Arbeitspartei, die immer die Idee einer Trennung vertreten hat, einen elektronisch überwachten Zaun um die Siedlungen der Palästinenser bauen wollte, befürchtete die Opposition, dadurch die Entstehung eines Palästinenserstaates zu begünstigen. Wie man mit den Siedlern verfahren wollte, blieb offen, Der Schriftsteller Abraham B. Yehoshua plädierte mit markigen Worten für diese Zaun-Lösung. »Gangbar ist allein der Scheideweg«, so der Schriftsteller im »Spiegel« vom 13. Februar 1995. Trotz der enormen internen Schwierigkeiten trafen sich Peres, Arafat und König Hussein bei Präsident Mubarak Anfang Februar in Kairo. Es gelang, die Verhandlungen fortzusetzen, die später in ein Abkommen mündeten, das den Palästinensern noch mehr Polizei bescherte und weiterhin garantierte, daß sie ihre Fahne zeigen und ihre Nationalhymne singen durften.

Der US-Wissenschaftler Amos Perlmutter vertrat während der Verhandlungen die These, der Friedensprozeß sei tot. Die Terroranschläge zeigten, daß die »Prinzipienerklärung« »weder die Realität

noch die Wahrscheinlichkeit« reflektiere. Diese Vermutung mag durchaus korrekt sein, aber die Vorstellung, daß Israel nach dem Handschlag im Weißen Haus bereit war, fast das gesamte eroberte Gebiet aus dem Juni-Krieg zurückzugeben, existierte nur in der Phantasie der Palästinenser. Perlmutter wirft Rabin vor, mit dem schwächsten Glied, das heißt mit Arafats todgeweihter PLO, verhandelt zu haben, anstatt mit der neuen Generation, die die Verhandlungen in Washington geführt hatte. Sie habe ihre Erfahrungen in der Intifada gemacht und repräsentiere einen radikalen Postnationalismus. Zu dieser Generation gehörten auch Hamas-Vertreter, die den Terror ablehnen. Nach Perlmutters Ansicht werden die Oslo-Vereinbarungen niemals Früchte tragen. Der Autor sagte voraus, daß der Likud nach einem Wahlsieg Israel wieder in den Status eines Paria-Staates zurückführen werde. Netanyahu ist sichtlich bemüht, diesen Zustand schnell zu erreichen.

 Israelisch-Palästinensisches Interimsabkommen über die Westbank und den Gaza-Streifen vom 28. September 1995 (Taba-Abkommen oder Oslo 2)

Das in Washington unter der Aufsicht Clintons unterzeichnete Abkommen hat die Hoffnungen der Palästinenser auf einen eigenen Staat ein für allemal beseitigt. Es verkörpert nicht das Ende der »Groß-Israel-Ideologie«, sondern eine neue Variante derselben, und zwar die der Arbeitspartei. »Westjordanland wird Trizonesien«, lautete die treffende Schlagzeile in der stageszeitung« vom 23. September 1995. Die israelischen Verhandlungsführer haben alles bekommen, was sie wollten, einschließlich der Änderung der Methoden der Kontrolle und Dominanz. Das heißt, daß Israel letztendlich alles entscheidet, obwohl dies nach außen auf den ersten Blick nicht so erscheint. Arafat mußte sich vertraglich verpflichtet, die Schmutzarbeit zu übernehmen: die Bekämpfung des Terrors und des Widerstandes. Aufgrund der miserablen Lage der Menschen ein fast aussichtsloses Unterfangen.

Als Rabin das Abkommen am 5. Oktober in der Knesset vorstellte, konnte er zufrieden registrieren, »daß Israel weiterhin über 73 Prozent des Bodens in den (besetzten) Gebieten, über 97 Prozent der Sicherheitskräfte und 80 Prozent der Wasservorkommen ver-

fügen wird«. Der Ministerpräsident entwarf seine »Friedensvision« einer künftigen palästinensischen Entität. »Wir wollen ein Israel, das zu 80 Prozent jüdisch ist. Wir wollen, daß es eine Autorität ist, aber weniger als ein Staat, der unabhängig das Leben seiner Bürger unter seiner Jurisdiktion bestimmen kann ... Wir werden nicht zu den Grenzen vom 4. Juni zurückkehren. « Im Rahmen einer endgültigen Regelung würden die Siedlungen Ma'ale Adumim und Giv'at Ze'ev zu Jerusalem gehören. »Die Sicherheitsgrenzen werden sich über das Jordantal erstrecken. Die Siedlungsblocks von Gush Etzion, Efrat, Beitar und anderer werden innerhalb der israelischen Grenzen liegen.« Journalisten diktierte Rabin: »Schreibt nicht › Abzug«, Es handelt sich lediglich um eine Umgruppierung unserer Truppen im Westjordanland.« Die Israelis legten ihre Karten wohlweislich erst kurz vor der Unterzeichnung auf den Tisch. Als Arafat sie zu Gesicht bekam, hatte er einen Tobsuchtsanfall, der ohne Konsequenzen auf das Endergebnis blieb. Diese »Karten-Krise« dauerte 42 Minuten und gehörte zur Dramaturgie der Verhandlungen, die sich in ihrer Endphase über neun Tage in Taba hinzogen. Arafat wurde beschwichtigt. Man versicherte ihm, dies sei nur eine Zwischenlösung. In der Tageszeitung »Yediot Aharonot« vom 8. Oktober 1995 tat Shimon Peres kund, daß »während der Verhandlungen Arafat mehrmals zu mir sagte: >Bitte, Herr Peres, geben Sie nur ein Feigenblatt.< Er meinte: Geben Sie mir eine Redewendung, die von meinem Volk akzeptiert wird.« Auf die Frage, ob die Israelis ihre Ziele erreicht hätten, antwortete der Außenminister: »Alles verlief nach der Strategie, die der Ministerpräsident und ich entworfen hatten. Natürlich konnten wir nicht unsere ganze politische Macht ausüben und die Palästinenser brechen. Dies wäre nicht im israelischen Interesse. In solchen Verhandlungen sollte man nicht zu viel erreichen. Man darf nicht zu gönnerhaft oder eitel sein.« De facto hatten die Israelis nach dem Rückzug ihrer Truppen aus den Städten mehr Militärstützpunkte in der Westbank als zuvor. Trotz der taktischen Zurückhaltung von Peres war es den Israelis gelungen, den Palästinensern fast alle ihre Vorstellungen aufzuoktrovieren. Die Palästinenser stimmten erneut einer begrenzten Umgruppierung der Truppen zu, zudem akzeptierten sie einen Autonomieplan, der ihnen keine geschlossenen Gebiete zubilligte, sondern eine Art Flickenteppich oder Inselreich.

Die Konzessionen, die die Palästinenser machen mußten, sprechen für die Unterwerfungsthese. Der Soziologe Baruch Kimmerling

schrieb am 3. Januar 1996 in der Tageszeitung »Ha'aretz«, daß die Bedingungen dieses Abkommens den berüchtigten Versailler Vertrag geradezu als ideal erscheinen lassen. »Die Wiederholung eines großen Palästinenseraufstandes, der die Intifada wie ein Kinderspiel erscheinen lassen wird und der – wie der arabische Aufstand von 1937 bis 1939 – sich gegen die palästinensische Führung und gegen die wirklichen Herrscher richten wird, ist nur eine Frage der Zeit.« Das Tragische an dieser Prophezeiung ist, daß Arafat dann den Aufstand seiner eigenen Landsleute niederschlagen muß. Sollte er sich mit seiner Polizeitruppe auf die Seite der Aufständischen stellen und sich gegen Israel wenden, wäre dies das Ende der Palästinenser in Palästina. Denn nur in einem neuen Krieg könnte Israel die von einem nicht geringen Teil der politischen Klasse des Landes vertretene Idee eines »Transfers« in Gang setzen.

Wie irrelevant ein Interimsabkommen ist, wird durch den Kommentar des ehemaligen Vize-Bürgermeisters von Jerusalem, Meron Benvenisti, am 6. Juli 1995 in »Ha'aretz«deutlich: »Die Bezeichnung der Situation in den Gebieten als >Besatzung < beruht auf mehreren Bedingungen, und zwar auf der Übernahme der Hälfte des Landes in der Westbank, den Siedlungen in aneinandergereihten Blöcken, dem Gebrauch des meisten Wassers durch Israel, der wirtschaftlichen Ausbeutung, der Behinderung der palästinensischen wirtschaftlichen Entwicklung, des bürokratischen Terrorismus, der brutalen Gewalt und der totalen Unterdrückung jeglicher palästinensischer politischer Aktivität. Keine einzige dieser Bedingungen wird sich durch die erwartete Unterzeichnung des Interimsabkommens ändern, außer der letzten. In den anderen Bereichen wird die israelische Kontrolle weniger direkt sein. Statt die Dinge selber zu regeln, werden >israelische Verbindungsoffiziere (für die palästinensischen Angestellten die Entscheidungen treffen, gerade wie es im Gaza-Streifen geschieht.« Rechtfertigt das »Interimsabkommen« diese skeptische Beurteilung?

Das 314 Seiten umfassende Abkommen liest sich wie das Diktat eines Siegers über den Besiegten. Die Bestimmungen mit ihren zahlreichen Kreuz-, Quer- und Rückverweisen lassen sich schwerlich in die Praxis umsetzen. Wo dies geschieht, entsteht ein administratives Chaos. Das Abkommen umfaßt 31 Artikel, die sich auf fünf Kapitel verteilen: die Aufgaben des Rates; die Umgruppierung der Truppen und Sicherheitsvereinbarungen; rechtliche Angelegen-

heiten; Zusammenarbeit sowie verschiedene Bestimmungen. Hinzu kommen sieben Anhänge. Anhang 1 – Sicherheitsfragen und Umgruppierung der Armee, das Herzstück des Abkommens – enthält sechs Anlagen. Im Anhang 2 sind drei Anlagen beigefügt, darin sind die Modalitäten der Wahlen festgelegt. Anhang 3 mit einer Anlage regelt die zivilen Angelegenheiten sowie die Verantwortlichkeiten. Anhang 4 betrifft Rechtsfragen. Anhang 5 enthält das Wirtschaftsprotokoll von Paris, das auch dem »Gaza-Jericho-Abkommen« beigefügt war. Im Anhang 6 sind die Modalitäten der israelisch-palästinensischen Zusammenarbeit formuliert, und der Anhang 7 regelt die Freilassung der palästinensischen Häftlinge. Neun Karten dokumentieren, wie sich das Abkommen in praxi auswirkt.<sup>29</sup>

Laut Vertrag haben sich die israelischen Truppen bis zum 22. Tag vor den palästinensischen Wahlen aus den Städten Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem zurückzuziehen. Sie bilden Zone A und machen 3,5 Prozent des gesamten Gebietes aus. Palästinensische Polizisten dürfen bei Vorfällen unter keinen Umständen Israelis verhaften oder einsperren. Es ist ihnen lediglich gestattet, Paß und Autopapiere zu kontrollieren. Ist ein Israeli involviert, müssen die israelischen Sicherheitskräfte informiert werden. Laut Vertrag geht in dieser Zone die Zivilverwaltung und die gesamte Sicherheit auf die Palästinenser über.

In der Zone B, in der 420 Kleinstädte und Dörfer liegen, wird den Palästinensern nur die Zivilverwaltung übertragen. Hier werden 25 palästinensische Polizeistationen errichtet. Die übergreifende Verantwortung und Sicherheit bleibt bei Israel. Angelegenheiten, die ausschließlich die Palästinenser betreffen, kann deren eigene Polizei allein entscheiden. Sie darf sich auf den palästinensischen Durchgangsstraßen bewegen, auf allen anderen Straßen braucht sie eine israelische Genehmigung, die sie von den israelischen Militärbehörden erhält.

In der Zone C, sie umfaßt 73 Prozent der Westbank, bleibt alles beim alten. Hier liegen die Siedlungen, und den Großteil betrachtet Israel als Staatsland. 62 Prozent davon sind bereits konfisziert. Das »Interimsabkommen« kann von der israelischen Regierung jederzeit außer Kraft gesetzt werden, da sie die Macht und das Recht hat, jede Enklave völlig abzuriegeln. Davon macht sie bei jedem Terroranschlag Gebrauch. Dann können zum Beispiel die Bewohner die »Insel Bethlehem« nicht verlassen. Eine wesentliche Verschlechterung gegenüber den Bedingungen vor dem Abkommen, als sich die

Menschen wenigstens frei in der abgeriegelten Westbank bewegen konnten. In dieser Zone werden den Palästinensern nur solche Verantwortlichkeiten übertragen, die nicht den Statusendverhandlungen vorbehalten sind.

Die Stadt Hebron bildet einen Sonderfall. Für die Sicherheit der etwas mehr als 400 Siedler, die unter mehr als 100 000 Palästinensern leben, ist ausschließlich Israel zuständig. Die Stadt wurde in eine H-1- und eine H-2-Zone geteilt. In der H-1-Zone haben die Palästinenser eine de facto eingeschränkte Autorität, in allen anderen Bezirken müssen sie die Zustimmung des gemeinsamen Ausschusses einholen. Die übergreifende Sicherheit wird weiterhin von Israel garantiert. Selbst wenn das separate Straßensystem fertiggestellt sein wird, wird sich das israelische Militär nicht aus Hebron zurückziehen. Die Netanyahu-Regierung will sogar die Zahl der Siedler auf 4 000 erhöhen. Netanyahu hat sich geweigert, das von der Rabin-Regierung ausgehandelte Hebron-Abkommen umzusetzen.

Nach den palästinensischen Wahlen und der Einsetzung des Autonomierates beginnt Israel mit einer zweiten umfassenden Umgruppierung der Streitkräfte, die sich in drei Abschnitten jeweils in einem Sechsmonatsrythmus über 18 Monate erstreckt. Der palästinensischen Jurisdiktion werden nur solche Gebiete unterstellt, deren Status nicht erst in den Endverhandlungen festgelegt wird.

Zur Verhinderung von »Terrorismus und Gewalt« sollen in der Westbank 12 000 Sicherheitskräfte tätig sein, insgesamt – inklusive Gaza – 30 000. Diese Zahl hat Arafat aber schon lange überschritten. Israelis und Palästinenser haben einen gemeinsamen Sicherheitsausschuß eingerichtet, der die Maßnahmen zwischen der palästinensischen und der israelischen Polizei koordiniert. Ein separates, 400 Kilometer umfassendes Straßensystem in der Westbank soll die Siedlungen miteinander verbinden. Diese Trassen umgehen palästinensische Dörfer und Städte, auf einigen Abschnitten dürfen nur jüdische Israelis fahren. Es gibt somit erstmals ethnisch reine Straßen! Eine Übergabe weiterer Gebiete an die Palästinenser hätte keinerlei Konsequenzen für die Siedler. Wie sich Oslo 2 konkret auswirkt, ist aus nachfolgender Karte ersichtlich:

Die gestrichelte »grüne Linie« umfaßt das Gebiet, das Israel im Sechstagekrieg vom Juni 1967 erobert hat. Die Zonen A und B heben sich deutlich von Zone C (helle Fläche) ab. Die Inseln umfassen nur etwa 30 Prozent des palästinensischen Gebietes, in dem aber mehr als



Karte 2

90 Prozent der palästinensischen Bevölkerung leben. Sieben Prozent der Palästinenser bleiben unter direkter israelischer Besetzung, und zwar in Hebron und Ost-Jerusalem. In Zone C bilden die Ortschaften der Palästinenser nur kleine Inseln in einem ausschließlich von Israelis kontrollierten Gebiet. Der Zeitung »Ha'aretz« vom 22. November 1995 zufolge hat Peres stets betont, daß »der Palästinenserstaat nur im Gaza-Streifen und Jericho entstehen wird, während der Rest der Westbank für einen überschaubaren Zeitraum - und ich meine eine sehr lange Zeit - ein autonomes Gebiet bleibt«. Ähnlich offen äußerte er sich in einem Interview in der »Welt« vom 14. Juli 1995, in dem er davon sprach, daß Gaza ein Erfolg werde. Israel könnte sich ohne großen Aufwand auf die Grenzen von 1967 zurückziehen. Das Oslo-2-Abkommen hat den in der UN-Resolution 242 ursprünglich vorherrschenden Ansatz zur Lösung des bilateralen Konflikts aufgehoben. Die Palästinenser sind nunmehr gezwungen, mit den Israelis über ein Gebiet zu verhandeln, in dem sie nicht mehr als Bürger anerkannt sind. Vielleicht hatten sie gehofft, die jüdischen Siedler würden in einem palästinensischen Meer leben, wenn sich die israelische Armee Schritt für Schritt aus der Zone C zurückziehen würde, doch das Gegenteil trat ein. Die Palästinenser können, wie bereits gesagt, nur in den ihnen ausschließlich zugewiesenen Gebieten die volle Souveränität ausüben. Ein weiterer Gebietstransfer wäre aufgrund des separaten Straßensystems eine reine Formalität und hätte keine Konsequenzen für die Siedler. 30 Des weiteren muß die Autonomiebehörde die Rechte Israels. die sich auf Staatsland und das Land von Abwesenden beziehen, unter seiner territorialen Jurisdiktion respektieren.

Der springende Punkt in diesem Abkommen sind die geopolitischen Konsequenzen, die sich aus dieser Kantonisierung für eine eigenständige palästinensische Wirtschaft ergeben: die Kontrolle über das Wasser und die territoriale Zerstückelung. Die jüdischen Siedlungen im Osten der Westbank versperren den Palästinensern den Weg zum Jordan. Das Wasser aus den Zuflüssen des Flusses wird zwischen Israel und Jordanien aufgeteilt. Daß die Palästinensernicht über das Grund- und Oberflächenwasser verfügen können, stellt eines der größten Hindernisse für eine eigenständige landwirtschaftliche Entwicklung dar. Die Kontrolle des Jordantals durch Israel schneidet die Palästinenser von ihrem arabischen Hinterland ab. Dies wirkt sich ebenfalls negativ auf die palästinensische Landwirtschaft aus. Die Aufteilung der Westbank in vier unzusammen-

hängende Gebiete zerschlägt einen einheitlichen palästinensischen Lebensraum.

Von den palästinensischen Kommentatoren ist das »Interimsabkommen« als »Meilenstein« zur Staatswerdung gepriesen worden, obwohl sich nach dem Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den Städten und umliegenden Dörfern die Lage nicht verändert hat. Folgendes Resümee eines Workshops, der von der israelischen Menschenrechtsorganisation Ha Mohed am 7. November 1995 im Ambassador-Hotel in Ost-Jerusalem veranstaltet worden ist, beschreibt die Realität nüchtern: »Die Vereinbarungen haben die tatsächliche Kontrolle der meisten Aspekte des täglichen Lebens der Palästinenser in israelischer Hand gelassen. Da Israel die Befugnis über die Reisefreiheit - durch Ein- und Ausreisegenehmigungen -, behält sowie Aufenthaltsgenehmigung und die Erlaubnis der Familienzusammenführung erteilt, kontrolliert es auch zentrale Bereiche der Wirtschaft, der Gesundheit, der Berufsausbildung, des Familienlebens und der Kultur im allgemeinen. Extensive Macht der israelischen Sicherheitsdienste und dauerhafte Abriegelungen unterstreichen und verschlimmern nur diese Situation. Die Basis der Menschenrechtssituation und das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen haben sich durch die Abkommen nicht verändert.«31

Arafat hatte in Gaza gezeigt, daß er ebenso rücksichtslos gegenüber seinem Volk vorgehen konnte wie das israelische Militär. Die Israelis hofften, daß sich diese Synthese aus »Unterdrückung und Korruption« auch auf die Westbank übertragen ließe. Uzi Dayan drohte den Palästinensern bei den Verhandlungen zum »Interimsabkommen«: »Meine Herren, falls Sie Ihr Verhalten nicht wie in Gaza und Jericho ändern, wird es kein zweites Abkommen geben.« Israels Generalstabschef Amnon Lipkin Shahak äußerte am 24. September 1995 in »Yediot Aharonot«: »Das Schicksal des Abkommens hängt davon ab, wie effektiv die Palästinenser den Terrorismus bekämpfen.« Auch Rabin schloß sich in der Zeitung » Ma' ariv « vom 24. September 1995 diesem Tenor an: »Ich spreche nicht zu den Palästinensern im Namen der Menschenrechte und der Demokratie. Ich spreche zu ihnen im Namen von Frieden und Sicherheit. Es geht uns nichts an, wie sie ihre Prozesse durchführen, solange die Urteile adäquat sind und die Haftstrafen real.« Die palästinensische Opposition wirft Arafat vor, er sei »Israels neuer militärischer Arm und ein Instrument des Staates Israel«. Hamas-Sympathisanten verbreiteten Flugblätter, in denen Arafat als »Verräter« bezeichnet worden ist. Dies zeigt exakt, in welch heikler Situation sich der PLO-Chef befindet. Seine Opponenten sind bislang eine reale Alternative schuldig geblieben.

Das Oslo-2-Abkommen war der Ausdruck einer Politik, die die Kolonisierung weiter vorantrieb, sich gegen das Rückkehrrecht der Flüchtlinge aussprach und auf die Durchsetzung der eigenen ökonomischen Interessen setzte. Die Schwierigkeiten, vor denen die beiden Kontrahenten heute stehen, resultieren in erster Linie aus den ungleichen Abkommen. Ob die Arbeitspartei oder der Likud-Block die Regierung stellen, ist zweitrangig. Weil beide das gleiche Ziel verfolgen und sich nur in ihren Methoden unterscheiden, kann Meron Benvenisti am 26. Oktober 1995 in »Ha'aretze schreiben, daß der Unterschied zwischen beiden politischen Lagern ungefähr darin besteht, den Palästinensern eine bedingungslose Kapitulation aufzuerlegen oder ihnen eine etwas großzügigere Form der Kapitulation zuzumuten.

Die Schlüsselbegriffe der Vereinbarung sind also »Umgruppierung« und »Autonomie«. Das Abkommen wurde mit 61 zu 59 Stimmen angenommen, ohne »jüdische Mehrheit«, wie die Rechtsopposition bemerkte. Obwohl Israel schon seine Verpflichtungen aus dem »Gaza-Jericho-Abkommen« nicht eingehalten hat, akzeptierten die Palästinenser alle weiteren israelischen Forderungen. Der Verfasser schrieb dazu: »Die Abkommen stellen somit nur die alte Okkupation in neuem Gewand dar, sprich eine Besetzung de luxe.«<sup>32</sup>

Man könnte auch argumentieren, das Oslo-2-Abkommen sei die Belohnung für Arafats Gehorsam gegenüber israelischen Forderungen gewesen. Die israelische Regierung befahl Arafat am 18. August 1995, nach Wa'el Nassar zu suchen, da dieser einen Anschlag in Tel Aviv plane. Sollte er nicht binnen vier Tagen gefaßt sein, werde der Gaza-Streifen hermetisch abgeriegelt. Nachdem das Ultimatum verstrichen und Nassar immer noch nicht gefunden war, riegelte Israel den Streifen für zwei Wochen ab. Arafats Sicherheitsdienste umstellten ein Haus in Sheikh Raduan und forderten die Bewohner zur Aufgabe auf. Herbeigeeilte Demonstranten beschimpften die Palästinenser als »Verräter! Kollaborateure! Juden!« Es kam zu heftigen Gefechten. Schließlich ergaben sich die Bewohnern, nachdem man ihnen versichert hatte, Nassar werde nicht vor das »Staatssicherheitsgericht« gestellt, sondern nur für »einige Wochen verhört«. Arafat hatte seinen Test bestanden. Der Journalist Dan Margalit

schrieb am 21. August in »Ha' aretz«: »Eine Schwalbe macht noch keinen Frühling, aber Arafat hat sich stärker erwiesen als gedacht.« An diesem Tag explodierte in Jerusalem eine Bombe in einem Bus, wodurch vier Israelis sowie ein US-Bürger starben und über 100 Israelis verletzt wurden. Schon am 24. Juli war in Tel Aviv eine Bombe in einem Bus explodiert und hatte sechs Israelis getötet und 28 verwundet. Während Arafat und Rabin sich in Washington die Hand reichten, war die Westbank und der Gaza-Streifen wegen der jüdischen Feiertage vom 24. September bis 17. Oktober total abgeriegelt.

Daß Israel weiter bereit war, gegen den Terror und seine Drahtzieher konsequent vorzugehen, zeigte die Ermordung des Generalsekretärs des Islamischen Jihad, Scheich Fathi Shakaki, Ende Oktober auf Malta, der vermutlich von Mossad-Agenten durch Kopfschuß getötet worden ist. Shakaki galt als strategischer Kopf hinter den Terroranschlägen des Jihad in Beit Lid und Kfar Darom. Noch am 25. Juli 1995 hatte der Scheich in einem Interview mit der \*\*az\*\* weitere Anschläge \*\*zur Befreiung Palästinas\*\* angekündigt. Rabin stellte lapidar fest: \*\*Wer sich mit Mord beschäftigt, muß mit seiner Ermordung rechnen. \*\*Eine solche Existenz könne keine zivilisierte Gesellschaft dulden, so Rabin. Die Vergeltungsschläge ließen nicht lange auf sich warten. Am 1. November explodierten zwei Autobomben im Gaza-Streifen, wobei nur die Attentäter ums Leben kamen. Nachfolger von Shakaki wurde Abdallah Shalah, ein in England ausgebildeter und promovierter Wirtschaftswissenschaftler.

Während der zweiten Mena-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Amman, die vom 29. bis 31. Oktober 1995 stattfand, sollten konkrete Projekte vereinbart werden. Wie von Israel vorgeschlagen, wurde eine regionale Entwicklungsbank mit einem Stammkapital von fünf Milliarden US-Dollar eingerichtet. Einige Länder, darunter auch Deutschland, beteiligten sich auch nicht an ihrer Finanzierung, da sie die Gründung dieser Bank für überflüssig halten. Die USA wollen mit diesem Projekt europäische Investitionen in der Region kontrollieren, und Israel hofft, neben seinen erheblichen Transferzahlungen aus den USA auch an westeuropäischen Investitionen zu partizipieren. Einige Staaten befürchteten, eine amerikanisch-israelische Hegemonie in der Bank werde dem Friedensprozeß schaden.

Zwischen den Teilnehmerstaaten herrschte alles andere als Einig-

keit. So empfahl der ägyptische Außenminister Amr Musa, die arabische Zusammenarbeit neu zu beleben, die allein einen umfassenden und gerechten Frieden in der Region garantieren könne, anstatt die Beziehungen zu Israel überstürzt zu normalisieren. Israel müsse sein Atomwaffenmonopol in der Region aufgeben, König Hussein widersprach und entgegnete, falls das Problem in der Überstürzung des Friedens liege, sei Jordanien Ägypten um 17 Jahre zuvorgekommen. Arafat erinnerte daran, daß er mit dem Ausgleich zwischen der PLO und Israel den »Frieden« erst ermöglicht habe. Gedankt sei es ihm nicht worden, die Investitionen blieben weiter aus. Shimon Peres erklärte gegenüber der Versammlung, sein Land richte sich auf Europa aus, es sei nicht vom Handel mit den arabischen Staaten abhängig. Er wies die Ansprüche der Palästinenser auf Ost-Jerusalem und ihre Kritik an der Entscheidung des amerikanischen Kongresses zurück, die US-Botschaft bis zum Jahre 1999 von Tel Aviv wieder nach Jerusalem zu verlegen. Syrien und der Libanon nahmen an diesem Spektakel nicht teil. Der syrische Rundfunk kritisierte die Veranstaltung als eine »Abart des Kolonialismus mit wirtschaftlichem Gesicht«.

Auch in Israel und in den Autonomiegebieten geriet der Friedensprozeß immer stärker unter Druck. Die Rechte in Israel organisierte Großdemonstrationen, auf denen sie die Regierung und insbesondere Ministerpräsident Rabin verteufelte. So beschlossen einige Politiker der Regierung und ihr nahestehender Organisationen, für den 4. November 1995 eine Friedensdemonstration in Tel Aviv zu organisieren, auf der mehr als 100 000 Menschen erwartet wurden. Stand Rabin dieser Idee anfangs skeptisch gegenüber, so ließ er sich von seinen Mitarbeitern schließlich überzeugen. Die Demonstration geriet zu einer eindrucksvollen Veranstaltung und zeigte, daß ein gro-Ber Teil der israelischen Gesellschaft immer noch bereit war, den Weg des Ausgleichs mit den Palästinensern zu suchen. Als die Veranstaltung zu Ende war und Rabin in sein Auto steigen wollte, wurde er von einem Attentäter hinterrücks erschossen. Schlagartig wurde klar: es gibt in Israel ein rechtsnationalistisches Lager, das vor nichts zurückschreckt. Selbst das Tabu, ein Jude dürfe niemals einen Juden töten, wurde im Haß auf die Regierung beiseite geschoben. Das Attentat war ein Angriff auf die Legitimität der Regierung selbst. Der gesellschaftliche Konsens in Israel wurde stark erschiittert.

Von offizieller Seite wurde versucht, den Mord als die Tat eines

»Wahnsinnigen« einzustufen. Doch bald stellte sich heraus, daß der Attentäter Yigal Amir kein verwirrter Einzeltäter war, sondern eine ideologische Massenbewegung repräsentierte. Amir gehörte zur jüdischen Kampforganisation Eyal, einer Splittergruppe der verbotenen Kach, und Kahane-Chai-Gruppen. Diese Gruppen verschanzen sich nicht selten hinter bürgerlichen Parteien. Daß ihr radikales Gedankengut auch von vielen Rabbinern und Politikern geteilt wird. machte die Vernehmung Amirs deutlich. 33 Amir studierte Jura an der namhaften religiösen Universität Bar-Ilan in Tel Aviv, einem Zentrum des religiösen Fundamentalismus und extremistischer Gesinnung. Vorher hatte er eine paramilitärische Talmudschule besucht. Er habe die Tat für » Thora Israel. Volk Israel und Eretz Israel« begangen. Vor Gericht erklärte Amir, daß ein Jude, der »sein Volk und sein Land dem Feind überläßt, wie Rabin es getan hat«, nach der Halacha (Jüdisches religiöses Gesetz) getötet werden müsse. Rabin sei persönlich für die Ermordung von Juden durch palästinensische Terroristen verantwortlich, »Als ich zielte, war es, als zielte ich auf einen Terroristen.« Ohne die religiöse Dispens zweier Rabbiner hätte er den Mord nicht begangen, Nach Aron Ronald Bodenheimer ist Amirs religiöse Argumentation logisch und stringent. Gott sei der eigentlich Verantwortliche.<sup>34</sup> Die religiös-nationalistischen Rabbiner haben immer die These vertreten, die »Heiligkeit des Landes« stehe über dem Recht und den Entscheidungen der Regierung.

Sofort nach dem Ende der Trauerphase begannen die gegenseitigen Schuldzuweisungen. Die Linke beschuldigte die Rechte mit ihren diffamierenden Angriffen die Saat der Gewalt gesät zu haben, wohingegen die Rechte den Mord auf die Politik des Ausverkaufs jüdischen Landes an die PLO-Terroristen zurückführte. Daß auch die Arbeitspartei mit zu dieser Radikalisierung beigetragen hat, kann nicht geleugnet werden. Durch die Oslo-Abkommen wurden die Siedlungen noch besonders legitimiert. Die Arbeitspartei hat die Siedler immer wieder als »zionistische Pioniere« gelobt, ihre »zionistischen Motive« und ihren »Patriotismus« gerühmt, ohne wahrhaben zu wollen, daß sie so in einigen Siedlungen eine Mentalität gefördert hat, die mit rechtsnationalistisch nur unzureichend umschrieben ist. Wer geglaubt hatte, die neue Regierung Peres würde massiv gegen jene rechten Kreise vorgehen, aus denen Amir hervorgegangen war, wurde enttäuscht. Wegen des bevorstehenden Wahlkampfes wollte man sich nicht mit dem militanten jüdischen Fundamentalismus und seinen säkularen rechtsradikalen Allijerten auseinandersetzen, schreibt der Journalist Amos Wollin in der »taz« vom 6. Dezember 1995. Der Sumpf wurde also nicht trockengelegt und stellt weiterhin eine Gefahr für die israelische Demokratie dar. Daß es dazu nicht kam, liegt in der Spaltung der israelischen Gesellschaft in ein rechtes und ein linkes Lager begründet. Die delegitimierende Rhetorik der Rechten hat mit dazu beigetragen, daß die Rabin-Regierung nur minimale Kompromisse machen konnte. Darüber hinaus war der Friedensprozeß von der Tatsache geprägt, daß Israel ein »Friedens«-Abkommen mit Teilen der PLO unterzeichnet hat, das die nationalen Rechte der Palästinenser nicht anerkennt. Dieses Volk wird von großen Teilen der Israelis immer noch als eine »Bande von Terroristen« angesehen.

Wie in Oslo festgelegt, fanden am 20. Januar 1996 die ersten »freien« Wahlen in Palästina statt. Die israelische Armee hatte sich vertragsgemäß aus den Städten zurückgezogen. 2000 Soldaten wurden zusätzlich für die Wahlen aufgeboten. Insbesondere in Ost-Jerusalem war die Einschüchterungstaktik erfolgreich. Dort lag die Wahlbeteiligung mit 40 Prozent am niedrigsten. Im Gaza-Streifen war sie mit 90 Prozent am höchsten. Es wurden sowohl ein palästinensisches »Parlament« als auch ein »Präsident« gewählt. Von den knapp über eine Million abgegebenen Stimmen erhielt Arafat 88,6 Prozent, seine Gegenkandidatin Samiha Khalil 11,5. Arafats Fatah-Bewegung errang 51 der 88 Sitze. 34 waren unabhängige Kandidaten, wovon noch 14 mit Fatah verbunden waren. Jeweils einen Sitz errangen Fida und der NDC. Die Vorwürfe der Wahlmanipulation bestätigten sich nicht. Die Wahlbeobachter der Europäischen Union nannten die Wahlen zum »größten Teil fair«35. Der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter verurteilte die vehementen Einschüchterungsversuche der israelischen Sicherheitskräfte gegenüber den Wählern in Ost-Jerusalem. Moshe Shahal interpretierte die niedrige Wahlbeteiligung auch als Zeichen für Israels »legitime« Herrschaft über Jerusalem. »Es zeigt, daß die Palästinenser in Jerusalem wollen, daß die Stadt vereint und unter israelischer Souveränität bleibt.« Arafats Gegenkandidatin brachte den wahren Sachverhalt zum Ausdruck: »Die Palästinenser mögen es nicht, unter Besetzung zu wählen.« Daß Arafat und der an seine Person gebundene Friedensprozeß endlich von einer Mehrheit legitimiert waren, besaß für die USA und Israel große symbolische Bedeutung.

Die auf Mai vorgezogenen Wahlen in Israel warfen umgehend

ihre Schatten auf den Fortgang des Friedensprozesses. Seine Unterstützung unter der jüdischen Bevölkerung hatte konstant nachgelassen. Obwohl Peres zu Beginn des Jahres noch um zirka 20 Prozentpunkte vor seinem Herausforderer Netanyahu gelegen hatte, versuchte dieser schon im Vorfeld eine Koalition zwischen den rechten und den religiösen Parteien zu vereinbaren. Da erstmals der Ministerpräsident direkt vom Volk gewählt wurde, mußte Netanyahu verhindern, daß er einen rechten Mitkonkurrenten bekam. So konnte er Raphael Eitan von Tzomet überreden, nicht zu kandidieren. Als sich dann auch noch Rechawan Zeevis Moledet-Partei, die für einen Massentransfer der Palästinenser eintritt, Netanyahu öffentlich andiente, schien diese Strategie zu scheitern. Da die Moledet-Partei David Levys Pläne, moderate Nationalisten anzuziehen, konterkariert hätte, wurde Zeevis Angebot abgelehnt. Seine Transfer-Vorstellungen stehen in der Tradition des ursprünglichen Zionismus. Zeevis Begründung der Transfer-Idee hat eine bestechende Logik: »Wir sind gekommen, um zu besetzen und zu besiedeln. Wenn ein Transfer nicht ethisch ist, dann ist alles falsch, was wir hier in den letzten 100 Jahren getan haben.« Die Wiederauflage des nationalen Konsenses zwischen den zionistischen Parteien wirkte sich für die Palästinenser negativ aus.

Gefährlicher als diese Koalitionsspielereien im Vorfeld der Wahlen waren für Peres die Terroranschläge der islamistischen Gruppen. Am 5. Januar 1996 wurde Yahya Ayyash, bekannt als der »Ingenieur«, durch eine ferngezündete Bombe, die in seinem Handy plaziert war, getötet. Das Mobiltelefon wurde Ayyash von einem palästinensischen Kollaborateur, Kamal Hammad, übergeben. Israel wirft Ayyash vor, für den Tod von mindestens 55 Israelis verantwortlich zu sein. Die Beerdigung geriet zu einer Massendemonstration, an der sich zirka 120 000 Menschen beteiligten, die lauthals Rache forderten. Hamas-Sprecher Mahmoud Zahar sagte gegenüber Reportern: »Der einzige Weg, Israel zu veranlassen, diese Attacken zu stoppen, ist, den Preis für sie selber zu erhöhen. « Die Palästinenser vermuteten, Peres habe die Tötung von Ayyash angeordnet, um das Vertrauen in den israelischen Geheimdienst wiederherzustellen, das durch die Ermordung Rabins schwer in Mitleidenschaft gezogen worden war. Seitdem wußten die Israelis, daß weitere Terroranschläge folgen werden. Die Regierung veranlaßte umgehend eine totale Abriegelung der Gebiete, die am 12. Januar aufgehoben wurde, Am 16. Januar wurden zwei israelische Soldaten auf der Straße nach Hebron von einem palästinensischen Kommando getötet. Auch Arafats Sicherheitsdienste blieben nicht untätig. Sie erschossen am 3. Februar zwei Mitglieder des Islamischen Jihad. Daraufhin forderten »Die freien Mujaheddin« in einem Flugblatt zur Tötung Arafats auf. Vom 11. Februar bis zum Ende des Festes Eid al-Fitr, das den Fastenmonat Ramadan abschließt, wurden die Gebiete ohne Erklärung erneut abgeriegelt.

Die Abriegelung war gerade wieder aufgehoben, da explodierte am 25. Februar 1996 eine Bombe in einem Bus im Zentrum von Jerusalem, tötete 24 Israelis und verwundete 55, davon 19 schwer. Kurze Zeit darauf tötete eine zweite Bombe einen israelischen Soldaten und verwundete weitere 35 an einer Kreuzung bei Ashqelon. Beide Anschläge waren Racheakte für das Massaker Baruch Goldsteins vor genau zwei Jahren und für die Tötung Ayyashs im Januar. Islamische Selbstmordkommandos sprengten sich am 3. und 4. März in Jerusalem und Tel Aviv in die Luft, töteten dabei 32 Menschen und verwundeten mehr als 100. Peres hatte keine andere Wahl mehr, als die besetzen Gebiete und die Autonomieenklaven einzeln abzuriegeln. Arafat verurteilte im Namen seiner Behörde diese Anschläge auf das schärfste und sprach den Hinterbliebenen sein Beileid aus. Daneben verbot er folgende Organisationen: Fatah-Falken, Schwarzer Panther (Fatah), Qassem Brigaden (Hamas), Roter Stern (DFLPnahe), Rote Falken (PFLP-nahe) sowie Qassem (Islamischer Jihad). Für Israel waren diese Maßnahmen jedoch nicht ausreichend. Arafat wurde zu Massenverhaftungen unter den Sympathisanten dieser Gruppen gedrängt. Peres rechtfertigte die massiven Kollektivstrafen gegenüber den Palästinensern mit dem Hinweis, »Israel stehe einer kollektiven Terrorgefahr gegenüber.« Direkter drückte es Staatspräsident Ezer Weizman aus: » Wenn man eine Nadel im Heuhaufen sucht und die Nadel nicht gefunden werden kann, muß man den ganzen Heuhaufen anzünden.« Mit dem Heuhaufen waren die Palästinenser und mit der Nadel Hamas gemeint.

Neben diesen Maßnahmen wurde auch der von Rabin in die Diskussion eingeführte Trennungsplan wieder zum Leben erweckt. Peres ordnete am 3. März an, einen zwei Kilometer breiten »Sicherheitssaum« entlang der 350 Kilometer langen »grünen Linie« einzurichten. Die Palästinenser konnten ihr Gebiet nur über 18 Übergangsstellen verlassen. Damit war der im Wirtschaftsprotokoll zugesagte freie Fluß von Waren und Menschen obsolet. Arafats Autonomiebehörde reagierte darauf ebensowenig wie auf weitere

Landenteignungen und den verstärkten Ausbau der Umgehungsstra-Ben.

Der Palästinenserführer hatte die massive Machtdemonstration der israelischen Regierung verstanden. Wenn er in den Autonomieinseln nicht für Ordnung sorgen könne, würde Israel dort einmarschieren. Die Autonomiebehörde rief eine Dringlichkeitssitzung mit Hamas ein und stellte ihnen ein Ultimatum: Entweder Hamas kontrolliere seinen radikalen Flügel, oder die Organisation werde verboten. Gleichzeitig wurden die islamische Universität in Gaza durchsucht und 200 Hamas-Sympathisanten verhaftet. Überall im Gaza-Streifen und der Westbank gab es Verhaftungen in großem Stile, die in Kooperation mit den israelischen Streitkräften vorgenommen wurden. Am 10. März erklärte Ministerpräsident Peres, daß die israelische Regierung von Arafat »100 Prozent Unterstützung« bekomme. Ende März saßen über 1500 Hamas-Sympathisanten in Arafats Gefängnissen. Während der Totalabriegelung war seine Funktion, jeglichen Protest niederzuschlagen. Außer einigen Fatah-gesteuerten »Protesten« unter dem Motto »Ja zum Frieden, Nein zur Belagerung« blieb es in den Autonomieenklaven ruhig.

Peres forderte Arafat ultimativ auf, die PLO-Charta endlich abzuändern. Da Arafat diese Änderung nicht eigenmächtig durchsetzen konnte, mußte er den Palästinensischen Nationalrat zu seiner ersten Sitzung auf palästinensischem Gebiet seit 1964 einberufen. Das Exilparlament zählte ursprünglich 483 Mitglieder. Hinzu kamen 186 aus den »befreiten Gebieten«. 448 waren bei der Eröffnungssitzung am 22. April 1996 anwesend. Am zweiten Sitzungstag erhöhte sich die Zahl auf 536. George Habash und Naif Hawatmeh erschienen nicht, obwohl sie die israelische Einreisegenehmigung hatten. Die Versammlung stimmte mit 504 gegen 54 Stimmen für die Änderung der Charta, in der in einigen Artikeln Israel das Existenzrecht abgesprochen wurde. 36 Peres begrüßte die Entscheidung als »die wichtigste ideologische Veränderung in diesem Jahrhundert«. Mit dieser Einschätzung hatte der Ministerpräsident durchaus recht. Damit haben sich die Palästinenser dem zionistischen Geschichtsentwurf gebeugt und ihren Anspruch auf Palästina aufgegeben. Dies bedeutet, daß sie - gemäß dem Mythos vom leeren Land - ihre eigene Geschichte nur als Ergänzung zur jüdischen Kolonisierung ihres Landes sehen. Arafat konnte der Versammlung auch nicht gestatten, die Charta durch die »Uabhängigkeitserklärung« von 1988 zu ersetzen. Die Einwände von Haidar Abd Al-Shafi und Hanan

Ashrawi, daß die Palästinenser ihr eigenes Programm aufstellen sollten, bevor sie es sich von den Israelis diktieren ließen, blieben ungehört.

Arafat mußte erhebliche Überzeugungsarbeit leisten, um eine große Mehrheit hinter sich zu bringen. Die Alternative zur Beibehaltung der Charta sei nur der kollektive Selbstmord der Palästinenser an allen Fronten. Konkret hieße dies das Ende der Friedensgespräche sowie die Fortdauer der Abriegelung. Die Autonomiebehörde erhielte keine finanziellen Mittel mehr, die Israelis bekämen einen Vorwand, sich nicht aus Hebron zurückzuziehen. Selbst den drakonischen Maßnahmen Israels in den besetzten Gebieten gewann man nur Positives ab, da ja die Umgehungsstraßen und das enteignete Land sowieso den Palästinensern in ihrem Staat zufallen würden. Die PLO müsse sich nur an die Amerikaner halten, dann würde sie ihre Ziele schon erreichen. Eine solche Haltung kann man nur infantil oder verantwortungslos nennen.

Peres konnte seinerseits die Attacken des Likud nur abwehren, wenn er zeigen konnte, daß Arafat ein zuverlässiger Partner ist. Die Terroranschläge, die integraler Bestandteil der Gewalt sind, die Israel seit dreißig Jahren durch seine Besetzung mitverursacht hat, sollten ihre Wirkung in der israelischen Öffentlichkeit nicht verfehlen. Die Abriegelung hilft zwar dem Shin Bet und der Polizei, einige Anschläge zu verhindern, verstärkt aber zugleich die Verzweiflung. Die Arbeitspartei/Meretz-Regierung war nicht an einer Opposition interessiert, die die palästinensischen Interessen vertritt.

Ayyash-Einheiten, die die Verantwortung für die letzten Terroranschläge übernommen hatten, veröffentlichten ein Flugblatt, in dem sie ihre Vergeltungsanschläge für die Tötung von Ayyash für beendet erklärten und Israel aufforderten, über die Autonomiebehörde mit der Hamas einen Waffenstillstand zu vereinbaren. Wenn der Shin Bet die »gesuchten Helden« der Qassam-Einheiten angreife, »wird uns keine Sicherheitsmaßnahme daran hindern, überall zuzuschlagen«. An das israelische Volk gewandt, erklärten sie, daß weder die Arbeitspartei noch der Likud Sicherheit garantieren könnten, solange die israelische Regierung eine Politik des Terrors gegen das palästinensische Volk verfolge. <sup>37</sup> Israel ignorierte dieses »Angebot« wie alle vorherigen der Hamas, da es nicht mit einer »Bande von Mördern und Terroristen« verhandele.

Der pompöse »Gipfel der Friedensstifter« am 13. März im ägyp-

tischen Sharm al-Shaikh, zu dem mehr als dreißig Staatschefs aus arabischen Ländern und Westeuropa sowie Bill Clinton kamen, hatte eher den Charakter einer Wahlveranstaltung für Shimon Peres. Clinton konnte nur drei magere Allgemeinplätze als Kommuniqué verkünden: den Friedensprozeß zu fördern, die Sicherheit zu erhöhen und den Terror zu bekämpfen. Über die wahren Ursachen des Terrors wurde nicht gesprochen. Am 14. März reiste Clinton nach Israel, wo er den Bürgern versicherte, er werde mit ihnen Arm in Arm gegen den Terror vorgehen und ihre Sicherheit garantieren. Im Center for Performing Art in Tel Aviv begrüßte Peres Clinton als »den größten Präsidenten, den die USA jemals hatten«. Vom israelischen Standpunkt war diese Ehrung gerechtfertigt. Serge Schmemann schrieb in der »New York Times« vom 15. März, daß »der Präsident keine Anstalten machte, seine Unterstützung für Israel durch eine Geste gegenüber Arafat etwas auszugleichen, wie das bei Staatsbesuchen üblich ist. Er unterstützte selbst Israels harte Maßnahmen in der Westbank und dem Gaza-Streifen öffentlich, einschließlich der belagerten palästinensischen Siedlungen.« Und Nahum Barnea schrieb unter der Schlagzeile »Der letzte Zionist« am gleichen Tag in » Yediot Aharonot«: »Es gibt andere Länder auf der Welt, die ähnlich unter Terror zu leiden haben und einen ähnlichen Preis zahlen. Aber keines von diesen hat die umfassende, inbrünstige und uneingeschränkte Unterstützung, die Israel vom amerikanischen Präsidenten erhalten hat.«

Die Kollektivstrafe war drakonisch. Zuerst erklärte Peres der Hamas den »totalen Krieg«, dann wurden die Grenzen bis nach den Wahlen vom 29. Mai geschlossen. Jegliche Reisen innerhalb der Gebiete waren für zwei Wochen absolut verboten, über die Flüchtlingslager wurde eine totale Ausgangssperre verhängt, alle männlichen Verwandten von Verdächtigen wurden verhaftet, sechs Kolleges in Ost-Jerusalem und der Westbank sowie die Universität von Hebron geschlossen. Peres ließ einige Lebensmitteltransporte zu, damit keine Hungersnot in Gaza ausbrach. Auch die für den 28. März geplante Truppenverlegung aus Hebron wurde wegen der »sicherheitspolitischen Lage« bis nach den Wahlen verschoben. Die Abriegelung der Gebiete kostete die Autonomiebehörde täglich sechs Millionen US-Dollar. Die Verluste beliefen sich in dieser Zeit auf das Doppelte dessen, was die Geberländer zur Aufrechterhaltung von Arafats Herrschaft beisteuern.

Nach Aktionen der Hisbollah in der »Sicherheitszone«, bei denen

einige israelische Soldaten, Zivilisten und einige Hisbollah-Kämpfer umkamen und der Beschießung Nordisraels durch Katjuscharaketen, die nur geringen Schaden anrichteten, setzte Peres seine ganze Militärmaschinerie in Gang und ließ nicht nur die Stellungen der Hisbollah, sondern Gebiete im Südlibanon bombardieren. Die Operation »Früchte des Zorns«, die am 11. April begann, sollte sich gegen seinen Initiator wenden. 400 000 Menschen mußten fliehen. Am 18. April griff die israelische Luftwaffe »versehentlich« einen UNO-Stützpunkte an, in dem die Einwohner des Dorfes Qana Zuflucht gefunden hatten. 120 Zivilisten wurden getötet. Der öffentliche Protest veranlaßte Peres, den Krieg schnell zu beenden. Nachdem US-Außenminister Warren Christopher Vermittlungen aufgenommen hatte, stellten beide Seiten am 23. April ihre Aktionen ein. Die Bilanz dieses Kurzkrieges: 500 Katjuscharaketen der Hisbollah, 1500 schwere Artillerieangriffe und 1500 Luftangriffe der Israelis, zwei israelische Soldaten und sieben Hisbollah-Kämpfer tot, vier syrische und zwei libanesische Soldaten tot; 40 israelische Zivilisten wurden verwundet, mehr als 160 libanesische Zivilisten getötet und 300 verwundet.

Ein Interview, das Gil Riba am 10. Mai 1996 in »Kol Ha'ir« veröffentlichte, offenbart, wie zwei beteiligte Soldaten über das Massaker in Qana dachten: »Unser Kommandeur rief uns zusammen und sagte, daß dies ein Krieg sei und wir weiterkämpfen sollten wie gute Soldaten. Wenn die Hisbollah in ein Dorf gegangen seien, in dem Araber lebten, war das ihr Problem. Ein Araber mehr oder weniger, Sie verstehen. Unser Kommandeur sagte: Um alles in der Welt, die Bastarde schießen auf dich, was kann man tun? Er sagte uns, daß wir ausgezeichnet schießen würden und damit fortfahren sollten, und die Araber, Sie wissen, von ihnen gibt es Millionen.« Der andere Soldat: »Wir taten, was von uns verlangt wurde, und wir hatten keinen Grund, uns schuldig zu fühlen. Selbst S. (der Kommandeur -L. W.) erzählte uns, daß wir die Besten seien und sie nur >arabushim« (eine abfällige Bezeichnung für die Araber).« Hatte keiner etwas gegen diese Bezeichnung einzuwenden, wollte Riba wissen. »Nein, sagen Sie nicht, Sie sind einer dieser Linken oder so.« Der andere Soldat ergänzte: »Wie viele Araber und wie viele Juden gibt es? Einige Arabushim starben, dies ist kein wichtiges Thema.«

Die Hisbollah blieb intakt, die libanesische Regierung wich nicht zurück, und die Bevölkerung rückte gegen den externen Aggressor wieder zusammen, trotz aller Gegensätze. Für Israel und Peres war dieser Krieg ein Desaster. Er wollte Sharon oder Rabin überlegen sein, die beide für Aktionen gegen die Zivilbevölkerung im Libanon verantwortlich waren. Sharon hatte die »Operation Frieden für Galiäa« sowie 1982 das Massaker in den Flüchtlingslagern in Sabra und Shatila gebilligt, Rabin im Juli 1993 die Operation »Verantwortlichkeit«, bei der mehr als 500 000 Libanesen vertrieben wurden. Die linksliberale israelische Öffentlichkeit hielt sich mit Kritik zurück. Netanyahu wäre der »Kriegsverbrechen« bezichtigt worden, wenn er das Massaker in Qana zu verantworten gehabt hätte. Ohne einen Abzug der israelischen Besatzungstruppen aus dem Süden des Libanon wird es an der Nordgrenze Israels keinen Frieden geben.

Die Aktionen der Hisbollah gegen die israelische Besetzung des Südlibanon hängen im wesentlichen von der Zustimmung Syriens ab. Der syrische Außenminister Faruq Shara erklärte im April 1996, mit dem Abzug der Israelis erlösche auch das Recht auf »Widerstand«. Noch erklärt die Hisbollah, sie wolle Israel »ausradieren« und »Jerusalem befreien«. Dies sollte als Rhetorik aufgefaßt werden, weil die Organisation keinerlei Mittel in der Hand hat, Israel ernsthaft zu bedrohen. Hassan Nasrallah ist Realist genug, um zwischen diesen rhetorischen Wunschvorstellungen der Hisbollah und einem Ausgleich zwischen dem Libanon, Syrien und Israel zu unterscheiden.

Bill Clinton setzte sich massiv für die Wiederwahl von Peres ein. Als erster amtierender US-Präsident hielt er eine Rede vor dem American Israel Public Affairs Committee (Aipac), der mächtigsten jüdischen Lobbyorganisation, in Washington. Clinton sprach die israelische Regierung von der Verantwortung für das Bombardement im Libanon frei. Dieses »tragische Versagen durch Israel geschah in der Ausübung seines legitimen Rechtes auf Selbstverteidigung«, die Hisbollah habe ihre Raketenstellungen in der Nähe von Dörfern und Städten aufgestellt. Der »größte Führer der freien Welt und treue Freund Israels«, so Peres auf einem Empfang in Washington, demonstrierte bei Arafats Besuch am 1. Mai, daß die USA die einseitige Dynamik dieses Prozesses weiter unterstützten, in dem die israelische Seite die Bedingungen bestimmt. Clinton lobte Arafat für sein radikales Vorgehen gegen die Islamisten. Der Dank für die endgültige Liquidierung der PLO-Charta fiel eher mager aus. Clinton versprach lediglich, er wolle die anderen Geberländer an die Einhaltung ihrer Zusagen erinnern. Die US-Administration änderte ihre Haltung gegenüber dem palästinensischen Recht auf Selbstbestimmung nicht. Der angekündigte amerikanisch-palästinensische Ausschuß, der die bilateralen Beziehungen regeln sollte, wurde nie ins Leben gerufen.

Peres drohte sowohl bei der arabischen Bevölkerung als auch bei einem Teil der Linken in Israel Wählerstimmen zu verlieren. Um diese möglichen Verluste auszugleichen, ließ er seinen Minister ohne Geschäftsbereich, Yossi Beilin, mit den Siedlern verhandeln, Beilin gelang es, eine Vereinbarung mit dem Rabbiner Yoel Ben-Nun zu schließen, der zu den erbittertsten Gegnern des Oslo-Prozesses zählte. Darin sagte die Regierung zu, die Interessen der Siedler zu verteidigen, keine Siedlung aufzulösen und ein »natürliches Wachstum« zu garantieren. Größere Siedlungsblöcke sollten annektiert werden. Peres bekräftigte mit diesem Kontrakt nur die Position seines Vorgängers, der die Siedler zwar des öfteren beschimpft hatte, sich aber konstant weigerte, auch nur eine Siedlung aufzulösen. Diese Zugeständnisse bedeuteten paraktisch nichts anderes als die Übernahme des von Ariel Sharon schon vor Jahren in die Debatte eingeführten Enklavenprojektes, das auch als »Sharon's Star War«38 bekannt geworden ist. Diese politischen Winkelzüge und Zugeständnisse an einen für die Siedler-Bewegung nicht repräsentativen Vertreter konnten die Niederlage von Peres nicht verhindern. Warum sollten die Siedler eine Kopie wählen, wenn sie auch das Original bekommen konnten? Darüber hinaus bewahrheitete sich wieder einmal, daß Peres ein »Verlierertyp« ist. Er genießt unter den Israelis kein Vertrauen. Bei allen Wahlen, zu denen er angetreten war, ging er als zweiter Sieger hervor.

## Das Protokoll über die Truppenverlegung in Hebron vom 15. Januar 1997 und Netanyahus »Friedensvision«

Die internationale Öffentlichkeit war geschockt, als sie vom Wahlsieg Netanyahus erfuhr. Dazu bestand auch Anlaß, denn die Mannschaft, mit der er sich umgab, verhieß für die Palästinenser nichts Gutes. Neben Arafat war auch Clinton enttäuscht, hatten doch beide ausschließlich auf den vermeintlichen » Visionär« und nicht auf den » Hardliner« gesetzt. »Die Zusammensetzung der Netanyahu-Regierung zeigt, daß die Extremisten das Sagen haben ... Der Westen

und auch die Palästinenser sollten sich keinerlei Hoffnungen auf Fortschritte hingeben, solange sich Netanyahu mit Leuten wie Zevulun Hammer, Ariel Sharon und Raphael Eitan sowie militanten Siedlervertretern und extremistischen Rabbinern umgibt, die den Massenmörder Baruch Goldstein zu ihrem Idol erkoren haben. Der Friedensprozeß ist am Ende, weil er von Anfang an kein Prozeß zwischen Gleichen gewesen ist. Er konnte nur fortgesetzt werden, weil er auf der Unterwerfung der Palästinenser beruhte, und dies ironischerweise von diesen auch akzeptiert worden war. Es wird zwar irgendeine Entwicklung weitergehen, die aber mit Frieden wenig zu tun haben wird.«<sup>39</sup>

Netanyahu gewann die Wahlen nicht aufgrund seines Programmes, sondern wegen der Ängste, die er gegenüber der Peres-Regierung schürte. Niemand wußte, wofür er stand. Die Bücher, die er über den Terrorismus oder Israels Rolle in der Welt<sup>40</sup> geschrieben hat, geben Aufschluß über sein Weltbild. Daß man ihn im Westen als einen »Pragmatiker« bezeichnete, zeigt, wie wenig man ihn hier kannte.

Ganz in der Tradition seiner Wahlkampfrhetorik veröffentlichte Netanyahu am 18. Juni die Richtlinien seiner Politik gegenüber den Palästinensern. Sie wirkten in der arabischen Welt und bei den Palästinensern wie ein Trauma. Dabei unterschieden sie sich nicht von den Zielen der Arbeitspartei: Netanyahu lehnte einen souveränen Palästinenserstaat westlich des Jordans ebenso ab wie die Rückkehr der Flüchtlinge von 1948 und 1967, weil sie eine Gefahr für die »demographische Sicherheit« Israels darstellten. Jerusalem sollte unter der »exklusiven Souveränität« Israels bleiben und der »soziale und ökonomische Status von Groß-Jerusalem« gefördert werden. Die UNO-Resolutionen und die darauf fußenden Statusendverhandlungen wurden mit keinem Wort erwähnt. In seiner »Jungfernrede« betonte Netanyahu, daß die Siedlungen überall in »Israel, Judäa, Samaria und Gaza« gefördert würden. Diese schrillen Töne schreckten die USA auf. Nach dem Besuch Warren Christophers begann Netanyahu seine Positionen rhetorisch etwas zu glätten. So kündigte er am 28. Juni in einigen Interviews an, »Kommunikationskanäle« zur Autonomiebehörde zu eröffnen. Er schickte in geheimer Mission seinen Berater Dore Gold zu Arafat, um ihm versichern zu lassen, die Likud-Regierung wollte die Statusendverhandlungen fortsetzen.

Netanyahu war wie die Peres-Regierung primär an der Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen interessiert. Diese Kooperation schloß

auch die Frage ein, wie Arafat selber geschützt und seine eigene Herrschaft gefestigt werden kann. Wie wichtig dieser Aspekt seit den Geheimverhandlungen in Oslo für Israel war, beweist das Treffen zwischen dem ehemaligen Leiter des Shin Bet, Ya'acov Peri, dem damals noch stellvertretenden Generalstabschef, Amnon Lipkin-Shahak, mit den Chefs der Preventive Security Services (PSS) von Gaza, Muhammad Dahlan, und Jibril Rajoub für die Westbank im Januar 1994 in Rom. Seit diesem Treffen hatte die PSS gegenüber der eigenen Opposition und der Hamas freie Hand. Wie die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen belegen, nahmen sie ihre Aufgaben ernst. Am 18. September 1994 bestätigte Rabin offiziell, daß die »Sicherheitsdienste der Autonomiebehörde« in »Kenntnis und Kooperation mit Israels Sicherheitsdiensten israelische Sicherheitsinteressen« garantierten. Netanyahu wußte vom Shin Bet-Chef Ami Ayalon, daß die Erfolge gegen die Hamas und den Islamischen Jihad nicht möglich gewesen wären ohne die Hilfe der palästinensischen Sicherheitsdienste. Er führte die Sicherheitskooperation weiter, da Arafat die 1500 verhafteten Islamisten nach der Niederlage von Peres nicht freiließ.

In anderen Fragen weigerte sich Netanyahu, dort anzuknüpfen, wo die Vorgängerregierung aufgehört hatte. Sein Antrittsbesuch bei Präsident Clinton am 9. und 10. Juli war ein Triumph für Israels aggressive Politik. Netanyahu hatte noch eine offene Rechnung mit Clinton zu begleichen, hatte dieser doch seinen Rivalen Peres im Wahlkampf bis zur Selbstverleugnung unterstützt. Clinton verhielt sich gegenüber Netanyahu äußerst zuvorkommend. So durfte der israelische Ministerpräsident vor beiden Häusern des Kongresses sprechen. Diese hohe Auszeichnung wird einem ausländischen Staatsgast selten zuteil. Für Clinton war der tosende Beifall, den Netanyahu jeweils für seine Rede erhielt, eine Ohrfeige. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz gab sich Netanyahu selbstbewußt. Er warnte die USA vor zu hohen und zu schnellen Erwartungen und schrieb dem sichtlich irritierten US-Präsidenten ins Stammbuch, daß die Rabin/ Peres-Regierung in den letzten vier Jahren die Zahl der Siedler von 96 000 auf 145 000 erhöht habe, ohne daß die USA darüber auch nur ein Wort verloren hätten. »Ich nehme an, daß keiner von Ihnen von uns weniger erwartet.«

Solche Offen- und Direktheit hinterließ bei den arabischen Regenten eine gewisse Ratlosigkeit, waren sie doch schon an die diplomatisch unverbindlichen Worte der Peres-Regierung gewöhnt. Vom 21. bis 23. Juni fand in Kairo ein arabisches Gipfeltreffen statt, das erste seit dem Golfkrieg, der zur Spaltung der Gruppe geführt hatte. Dieses Treffen war von Mubarak, Assad und dem saudischen Kronprinzen Abdullah Anfang Juni in Damaskus vereinbart worden. Die Warnung an Israel, falls es den Friedensprozeß nicht fortsetze, müßten die arabischen Staaten ihre Aussöhnung mit dem Land überdenken, war das einzig greifbare Resultat. Arafat war zufrieden. Sein Besuch bei Assad im Juli in Damaskus brachte noch weniger ein. Eine Reise Mubaraks nach Washington veranlaßte Netanyahu immerhin zu der Ankündigung, die israelisch-palästinensischen Verhandlungen wiederaufzunehmen.

Arafat beschrieb seine erste offizielle Unterredung mit dem israelischen Außenminister David Levy am 23. Juli in Gaza als »gut, nützlich, offen und positiv«. Dabei hatte Levy nichts anzubieten als den Hinweis, den Terror zu bekämpfen. Über die Wiederaufnahme der Statusendverhandlungen und die Umgruppierung der Streitkräfte in Hebron konnte er keine genauen Angaben machen. Nur auf Druck von seiten der USA, der Europäischen Union und einiger arabischer Staaten kam es am 4. September in Gaza zu dem lang erwarteten Treffen zwischen Arafat und Netanyahu. Seit seiner Wahl Ende Mai hatte Netanyahu versucht, dem »Terroristen« Arafat aus dem Weg zu gehen. Weder diese erste Begegnung noch die wenigen weiteren haben zu konkreten Ergebnissen geführt.

Netanyahu ließ von Beginn seiner Amtszeit keinen Zweifel daran aufkommen, daß er als israelischer Ministerpräsident israelische Interessen zu vertreten habe. Diese Ankündigung unterlegte er mit konkreten Taten. Obwohl seine Regierung von einem Skandal zum nächsten stolperte, erweist sich die Prognose von einer großen Koalition als falsch. Netanyahu ist direkt vom Volk gewählt worden, doch seine Minister erpressen ihn mit immer neuen Forderungen. Auch der Rücktritt seines Außenministers David Levy konnte ihn nicht stürzen. Gegen den Rat seiner Sicherheitsberater ließ Netanyahu am 23. September einen unterirdischen Tunnel unter der Al-Aqsa-Moschee öffnen. Die Vorgängerregierung hatte dies wegen des zu hohen Risikos abgelehnt. Daraufhin lieferten sich die israelische Armee und die palästinensische Polizei Gefechte. 86 Palästinenser und 15 Israelis kamen ums Leben, zirka 1 000 Palästinenser wurden verwundet. Diese Zusammenstöße brachten den Friedensprozeß wieder einmal an den Rand des »Scheiterns«. Umgehend kursierten Gerüchte, Arafat habe den Konflikt bewußt eskalieren lassen, um Netanyahu wieder an den Verhandlungstisch zu zwingen. Sie sind nicht ganz unbegründet. Ein in Washington hastig einberufener Gipfel zwischen Clinton, Netanyahu, Arafat und König Hussein führte dazu, daß am 5. Oktober die Verhandlungen über die Umgruppierung der Streitkräfte in Hebron aufgenommen wurden. Die Gespräche wurden immer wieder von Zwischenfällen in den besetzten Gebieten unterbrochen.

Ursprünglich war der Truppenrückzug aus Teilen Hebrons für den 28. März 1996 vorgesehen. Wegen zweier Terroranschläge im Februar und März wurde die Aktion ausgesetzt. Benjamin Netanyahu hatte die Abkommen seiner Vorgänger bekämpft und als unzureichend kritisiert, ergo mußte er gegen den Willen der USA über das »Interimsabkommen« neu verhandeln. Das Hebron-Protokoll unterscheidet sich in der Substanz nur unwesentlich von den im »Interimsabkommen« vom 28. September 1995 niedergelegten »Richtlinen über Hebron«, die noch die Rabin-Regierung ausgehandelt hatte. Arafat mußte seine Ziele drastisch zurücknehmen. Es ist ihm nicht gelungen, die Oslo-Vereinbarungen noch zu verbessern.

Bei einigen wichtigen Punkten machte Arafat Zugeständnisse, die er nicht einhalten kann und die die Lage der Palästinenser verschlechtern. Netanyahu seinerseits lehnte es ab, die Ibrahimi-Moschee in die Verhandlungen mit einbeziehen und eine Verbindung zu anderen bereits vereinbarten Projekten wie die Eröffnung des Flughafens in Gaza oder den Bau eines Tiefseehafens herzustellen.

Es war letztlich Netanyahu, der die USA an den Verhandlungstisch zurückbrachte und damit die amerikanisch-israelische Partnerschaft wiederbegründete. Netanyahu nahm die abgeschlossenen Abkommen an, interpretierte sie aber in seiner legalistischen, engen Sichtweise, um eine palästinensische Souveränität zu verhindern und Israels Kontrolle über die Westbank zu sichern. Folglich kreisten die Verhandlungen auch nur um Sicherheit, und zwar diejenige Israels. Dennis Ross stand bei den Verhandlungen um das Hebron-Protokoll eindeutig auf seiten Israels. Er hat den Palästinensern die israelische Sicherheitsagenda aufgezwungen. Das Hebron-Protokoll ist das Muster für eine administrative und territoriale Teilung der Westbank und des Gaza-Streifens.

In den 20 Artikeln dieses Protokolls geht es zum einen um Sicherheitsfragen und zum anderen um die Regelung der Zivilangelegenheiten nach der Umgruppierung der israelischen Truppen. Zum Pro-

tokoll gehören ein Vermerk von Dennis Ross, in dem die israelischen und palästinensischen Verantwortlichkeiten aufgelistet werden, eine kurze Protokollnotiz über die Normalisierung des Lebens in der Altstadt von Hebron, die auf Druck der USA zustande kam, sowie ein Brief des amerikanischen Außenministers Warren Christopher an Netanyahu.<sup>41</sup>

Auch nach Unterzeichnung und Umsetzung des Hebron-Protokolls ist kein Optimismus angebracht. 450 Siedler blockieren 20 Prozent der Stadt, insbesondere den Geschäftsbereich, und werden von mehr als 1 000 israelischen Soldaten bewacht, wohingegen die mehr als 100 000 Palästinenser dort quasi in einer israelischen Enklave leben. Die israelische Siedlung im Zentrum ist durch das Abkommen legitimiert worden. Israel zog sich zwar aus 80 Prozent der Stadt zurück (H-1-Zone), hat aber über die Siedlung und die Pufferzonen, in denen über 20 000 Palästinenser leben (H-2-Zone), weiterhin das alleinige Sagen. Eine »schnelle Eingreiftruppe« (Rapid Response Teams/RRTs) zur Terrorbekämpfung, die aus acht Israelis und acht Palästinensern besteht, ist an vier zentralen Punkten in der H-1-Zone stationiert. Hebron war keinesfalls »befreit«, wie Arafat durch seine triumphalistischen Reden glauben machen wollte. Wie die anderen Abkommen wird das Hebron-Protokoll den Konflikt letztendlich verschärfen und beide Kontrahenten noch weiter entfremden. Dies läßt sich täglich beobachten.

Netanyahu wollte ursprünglich einen Teil Hebrons an die Palästinenser abtreten, den bis September 1997 zugesagten Rückzug aus der Westbank auf Mai 1999 verschieben und sofort über die zentralen Streitfragen wie Jerusalem, Siedlungen, Flüchtlinge und Grenzen verhandeln. Er mußte zugestehen, den Rückzug in drei Etappen bis August 1998 zu vollziehen und die Statusendverhandlungen zwei Monate nach der Umgruppierung der Streitkräfte in Hebron wieder aufzunehmen.

Warum ist das Hebron-Protokoll dennoch ein großer Erfolg israelisch-amerikanischen Verhandlungsgeschicks? Benjamin Netanyahu sagte am 16. Januar 1997 in der Knesset, dem israelischen Parlament: »Wir verlassen Hebron nicht. Wir verlegen nicht unsere Truppen aus Hebron, sondern nur in Hebron ... Wir wollen nicht die jüdische Gemeinde aus Hebron entfernen. Wir wollen sie erhalten und sie konsolidieren. Wir selbst wollen nicht aus Hebron weggehen; wir wollen dort bleiben.« Die Konsequenz für die Palästinenser ist dem Bürgermeister von Hebron, Rafiq Natsche, zufolge klar: »Hebron

war und ist der Fehler des Interimsabkommens. Es hat uns eine geteilte Stadt beschert. « Der Bürgermeister hatte vergeblich versucht, Arafat von der Unterzeichung des Abkommens abzuhalten.

Benjamin Netanyahu erreichte auch bei den gegenseitigen Verpflichtungen weitere Konkretisierungen. Die Palästinenser mußten nochmals schriftlich zusichern, endlich ihre Charta abzuändern, die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen zu intensivieren, die feindselige und aufrührerische Propaganda einzustellen, die Terrororganisationen und deren Infrastruktur systematisch zu bekämpfen, die Terroristen zu verfolgen, sie anzuklagen und zu bestrafen, Verdächtige an Israel auszuliefern sowie Waffen zu beschlagnahmen. Netanyahu konnte die Umgruppierung um ein Jahr hinauszögern und sein Prinzip der »Gegenseitigkeit« durchsetzen, auf dem in Zukunft die Einhaltung und Umsetzung aller anderen Abkommen beruhen wird. Wer kann eine hundertprozentige Umsetzung dieses Prinzips garantieren, das nur auf die Sicherheit der Israelis ausgerichtet ist und z. B. den notwendigen Schutz der Palästinenser vor der Gewalt des Militärs und der Siedler ausklammert? Daß ein großer Teil der Siedler mit diesem Ergebnis unzufrieden ist, resultiert aus ihrem Fanatismus, der für Außenstehende nicht nachvollziehbar ist.

Der größte Erfolg der israelischen Regierung ist jedoch das Schreiben des ehemaligen amerikanischen Außenministers Warren Christopher, in dem es u. a. heißt: »Herr Ministerpräsident, Sie können sicher sein, daß die amerikanische Verpflichtung in bezug auf die Sicherheit Israels unumstößlich ist und einen fundamentalen Bestandteil unserer besonderen Beziehungen darstellt. Das zentrale Element in unserer Einstellung zum Frieden, einschließlich der Verhandlungen und der Umsetzung der Abkommen zwischen Israel und seinen arabischen Partnern, war immer die Berücksichtigung der israelischen Sicherheitsanforderungen. Mehr noch, ein Kennzeichen der amerikanischen Politik bleibt unsere Verpflichtung, kooperativ zusammenzuarbeiten, um die Sicherheitsbedürfnisse zu erfüllen, die sich Israel vorstellt. Letztendlich möchte ich nochmals unsere Position wiederholen, daß Israel ein Recht auf sichere und verteidigbare Grenzen hat, die es mit seinen Nachbarn in Übereinstimmung direkt aushandeln soll.« Der Brief Christophers an Netanyahu läßt Arafat als einen amerikanischen Vasallen erscheinen. Er enthält Sätze, die sich wie ein Diktat lesen. »Ich habe dem Vorsitzenden Arafat eingeschärft ...«; »Ich habe den Vorsitzenden Arafat angewiesen ... « und »Ich habe ihm nachdrücklich klargemacht ... «

Diese Diktion zeigt, daß die weitere Umgruppierung israelischer Truppen keine Sache von bilateralen Verhandlungen ist, sondern die alleinige Angelegenheit Israels. Von Arafats Bereitschaft hinge nicht nur die Erfüllung des »Interimsabkommens« ab, sondern auch der Friedensprozeß generell. Der PLO-Vorsitzende hat dieses Schreiben nie veröffentlicht. Netanyahu konnte in der Tat Verbesserungen gegenüber den ursprünglichen Modalitäten anführen, insbesondere was die angeblichen »mündlichen Zusagen« der Vorgängerregierung betrifft, auf die er in seiner Rede in der Knesset Bezug genommen hat. Das Abkommen war Netanyahu kein Herzensanliegen, sondern er schloß es nur ab, weil er keine andere Option hatte. Zu groß war das Interesse der USA, daß die Zusage der vorherigen Regierung auch eingehalten werde. Durch die amerikanischen »Annexe« gelang es der israelisch-amerikanischen Verhandlungsdelegation, die »Schlupflöcher«, die noch im »Interimsabkommen« waren, zu beseitigen. Den USA ging es nicht mehr um die UN-Resolutionen, sondern nur noch um Israels Sicherheit. Dieses Sicherheitsdenken wurde zur bestimmenden Größe des Friedensprozesses. Die völkerrechtswidrigen Aktionen Israels wie Häuserzerstörungen und Landenteignungen werden nicht einmal mehr erwähnt. Ross gesteht der Autonomiebehörde in dem »Vermerk« sogar zu, die Menschenrechte der eigenen Landsleute zu verletzen, um die Sicherheit der Israelis zu garantieren. »So gibt das ›Prinzip der Gegenseitigkeit« Israel nicht nur die letzte Kontrolle über den Prozeß, sondern wird auch dazu führen, daß sich die Bedingungen für die Einhaltung der Menschenrechte in den palästinensischen Autonomiegebieten verschlechtern.«42 Die »israelischen Verantwortlichkeiten« sind fakultativ und hängen von der israelischen Sicherheit ab, wohingegen die »palästinensischen Verantwortlichkeiten« Verpflichtungen darstellen, die die Palästinenser einzuhalten haben. So war es nicht verwunderlich, daß das Votum in der Knesset so eindeutig ausfiel: 87 stimmten dafür und nur 17 dagegen. Dieses Ergebnis zeigt, daß es einen übergreifenden Konsens auch über die Gebiete gibt, die von Siedlern bevölkert sind. In dieser territorialen Frage wird es auch in den Endverhandlungen keinen Kompromiß geben. Konkret heißt das: Teilung der besetzten Gebiete zwischen Israel und den Palästinensern nach der Formel: das Maximum an Land für Israel und das Maximum der Menschen für die Autonomiebehörde.

Für die Palästinenser bedeutet das Hebron-Protokoll einen weiteren Rückschlag auf dem Weg zur Eigenstaatlichkeit, weil darin

erstmalig die israelischen Siedlungen als ein De-facto-Teil Israels und nicht als Teil eines besetzten Gebietes betrachtet werden. Damit wird die völkerrechtliche Position der Palästinenser weiter geschwächt. Die Umsetzung der diversen Bestimmungen aus den Abkommen benachteiligt die Palästinenser ebenfalls.

Die USA, vertreten durch Dennis Ross, sehen zwar in den Siedlungen »ein Hindernis zum Frieden«, bewerten sie aber nicht mehr als »illegal«, sondern nur noch als »umstritten«. Teile der amerikanischen Administration sehen das im Hebron-Protokoll fixierte Teilungsmodell als zukunftsweisend für Gaza und die Westbank an. Die Palästinenser behaupten zwar, sie würden sich einem solchen Ansinnen widersetzen, überschätzen dabei aber ihre reale Macht. Selbst wenn sich Israel aus der Zone B zurückziehen würde, behielte das Land dort die übergeordnete Sicherheit. Weder die Abkommen noch das Hebron-Protokoll definieren den Grad der Autorität der Palästinenser, wenn die einzelnen Phasen der Umgruppierung abgeschlossen sein sollten. Netanyahu wird den gesamten Prozeß auf die UN-Resolution 242 und das Prinzip »Land für Frieden« reduzieren, das heißt, daß die Besetzung nicht beendet wird, weil die Resolution 242 weder etwas über die Palästinenser noch etwas über den Rückzug aus allen besetzten Gebieten aussagt. Die Hoffnung der Palästinenser, ein Stück von »Palästina« könnte sich als Kern eines palästinensischen Staates erweisen, hat getrogen. Die Berater Netanyahus prognostizieren für die Palästinensergebiete künftig keine Souveränität, sondern einen Status, der dem Puerto Ricos vergleichbar ist. Ob die Palästinenser eine symbolische »Unabhängigkeit« akzeptieren werden, ist die Frage<sup>43</sup>.

Nach Abschluß des Hebron-Protokolls reiste Netanyahu am 13. Februar 1997 in die USA, dort bereitete Clinton ihm einen herzlichen Empfang. Beide konferierten mehr als drei Stunden. Auf einer Pressekonferenz machte Clinton einen möglichen Verkauf von F-16-Bombern an Saudi-Arabien von möglichen Sicherheitsbedenken Israels abhängig. Dies war auch eine offene Brüskierung der Saudis, die sich ebenfalls als »Freund der USA« verstehen. Clinton sagte, er würde jeden Plan der Israelis zur Sicherung ihrer Nordgrenze unterstützen. Er billigte damit indirekt sogar die Besetzung Südlibanons durch Israel, obwohl die USA diese Aktion auf der Grundlage der UN-Charta ablehnen. Dieser vierte Besuch Netanyahus fand in einer freundlichen Atmosphäre statt. Am nächsten Tag warnte der israeli-

sche Ministerpräsident in einer Rede vor dem Institute for Near East Policy die Palästinenser davor, einen eigenen Staat auszurufen, da dies zum völligen Zusammenbruch des Friedensprozeses führen würde. Politisch gestärkt, traf Natanyahu nach seiner Rückkehr eine weitere Entscheidung, die die Palästinenser brüskieren mußte.

Er genehmigte am 26. Februar den Bau einer weiteren israelischen Siedlung auf dem Berg Abu Ghneim (israelisch Har Homa) in Ost-Jerusalem. In der israelischen Presse war nur von Har Homa die Rede. Der kulturellen Inbesitznahme folgte logischerweise die territoriale. Tausende palästinensische Orte wurden durch Umbenennung in die jüdische Tradition eingegliedert und mit Zähnen und Klauen verteidigt. Dies sollten die Palästinenser und die Weltöffentlichkeit mit in Betracht ziehen, wenn sich solche Vorgänge ereignen. Rabin hatte diese Siedlung genehmigt, die Planungen waren bereits unter Wohnungsbauminister Benjamin Ben Eliezer abgeschlossen worden, doch mit dem Bau wurde aus Opportunitätsgründen noch nicht begonnen.

Mit Netanyahus Entscheidung war der Siedlungsring um die Stadt geschlossen. Für die Palästinenser war es ein erneuter Beweis für die Unglaubwürdigkeit von Netanyahus Politik. Ihre Frustration nahm weiter zu. Ergebnis dieser Hoffnungslosigkeit war der Terroranschlag am 21. März in einem Tel Aviver Café, bei dem drei Israelinnen umkamen und 61 verletzt wurden. Das für den 18. März vorgesehene Treffen zwischen Arafat und Netanyahu platzte. Es kam zu Protesten und Zusammenstößen, bei denen über 400 Palästinenser verletzt wurden. Arafat war aber nicht an einem größeren Konflikt wie im vergangenen September bei der Tunnelöffnung interessiert. Seine Strategie zielte auf die diplomatische Isolierung Israels und die internationale Unterstützung für seine Position. Mit dieser Intention reiste er am 3. März zu Clinton. Dieser äußerte sein Bedauern über die israelische Entscheidung, da sie nicht zu Vertrauen, sondern zum Mißtrauen beitrage. Eine bemerkenswerte Aussage Clintons im Lichte seiner ansonsten proisraelischen Statements. Der Journalist William Safire hatte Clinton einen Tag vor Arafats Ankunft in der »New York Times« ermahnt, ihm keine »falschen Hoffnungen« zu machen. Falls die Palästinenser darauf bestehen würden, Ost-Jerusalem als ihre Hauptstadt zu beanspruchen, würde dies »eine fremde Insel innerhalb Jerusalems schaffen. die ebenso provokativ wäre wie die israelische Annexion der ganzen Westbank«. Dieser Vergleich ist eine bewußte Irreführung

der amerikanischen Öffentlichkeit. In der Tat zeigte sich schon am 6. März, auf wessen Seite die USA stehen. An diesem Tag legten sie gegen eine UN-Sicherheitsratsresolution, die den Siedlungsbau auf dem Berg Har Homa verurteilen sollte, ihr Veto ein.

An dem Beispiel Har Homa läßt sich der »Unterschied« zwischen der Strategie der Arbeitspartei und der Likud-Regierung verdeutlichen, deren Endziel identisch ist. So sagte Yossi Beilin in einer Fernsehdiskussion am 17. März 1997: »Ich befürworte die Bebauung überall in Jerusalem, einschließlich Har Homa, da es unser Recht ist. Wir (die Rabin-Regierung - L. W.) erhöhten die Zahl der Siedler um 50 Prozent. Wir bauten in Judäa und Samaria, aber wir taten es leise und mit Weitsicht. Sie (die Netanyahu-Regierung-L. W.) verkündet jeden Morgen ihre Absichten, erschreckt die Palästinenser und macht Jerusalem als die vereinigte Hauptstadt Israels - worüber Einigkeit unter allen Israelis herrscht - zu einem weltweiten Streitpunkt. Das Hauptanliegen muß es sein, die Palästinenser davon zu überzeugen, daß Jerusalem die Hauptstadt Israels ist. Ohne ihre Zustimmung dazu, wird es kein weiteres Abkommen geben. Was ich vorschlage, ist eine Übereinkunft mit den Palästinensern: Wir anerkennen einen palästinensischen Staat, und sie müssen Jerusalem als die vereinigte Hauptstadt Israels anerkennen.«

Daß sich auch arabische Herrscher mit der Linie der Arbeitspartei abgefunden hatten, zeigt das Statement des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak: »Sie haben die ganze Zeit in Jerusalem gebaut, aber Sie haben darüber nicht gesprochen. «Eine solche insgeheime Übereinkunft kam bereits am 23. Februar 1996 zwischen Beilin und Mahmoud Abbas zustande, was aber letzterer bestritt. Im einzelnen erzielte man in drei Streitfragen »Kompromisse«:

- Die Siedlungen bleiben erhalten. 300 qkm, in denen die meisten Siedlungen liegen, werden von Israel annektiert.
- Die palästinensischen Flüchtlinge müssen sich um die Einbürgerung in ihrem jeweiligen Aufenthaltsland bemühen, konkret heißt das, kein Rückkehrrecht.
- Ein Kompromiß über Jerusalem sieht wie folgt aus: Arafat erhält ein Gebiet, das al-Quds – die Heilige – genannt wird und zu dem alle von Palästinensern bewohnten Dörfer gehören, die um Jerusalem herum liegen. Israel erhält die Souveränität über die Altstadt von Ost-Jerusalem und die israelischen Siedlungen, die Jerusalem umgeben.

Am 28. März 1997 legte Beilin in »Ha'aretz« nochmals die zen-

trale Grundlage für einen Statusendvertrag: »einen demilitarisierten Palästinenserstaat mit begrenzter Souveränität und im Gegenzug die Anerkennung des vereinigten Jerusalem«. Auf dieser Grundlage trafen sich auch Beilin und Michael Eitan vom Likud-Block, um einen Konsens über die weitere Politik zu erzielen. Vertreter beider Lager glauben bis heute, sie könnten diese völkerrechtswidrige Position auf Dauer aufrechterhalten, ohne den Zorn und die Ablehnung der internationalen Staatengemeinschaft hervorzurufen. Clintons Nachsicht nährt diese Illusion.

Zugleich versuchen die USA, durch ihre Vermittlungsbemühungen den Friedensprozeß am Leben zu erhalten. So reiste Dennis Ross im Mai und Juni 1997 mehrmals in die Region. Nach Treffen mit Mubarak, Netanyahu, Arafat und König Hussein verkündete er, daß der »Friedensprozeß noch am Leben ist, weil es zu ihm keine Alternative« gebe. Die Palästinenser waren weniger tautologisch. Saeb Erekat warf den USA vor, keine Strategie zu haben. Und nach dem Treffen zwischen Ross und Arafat am 8. Mai gestand er die Verärgerung der Palästinenser über Ross und seine Delegation offen ein. Der amerikanische Unterhändler warnte die Palästinenser davor, auf den Sturz der Netanyahu-Regierung zu hoffen und ihre Pflichten in Fragen der Sicherheit zu vernachlässigen.

Von der unprofessionellen Leitung seiner Regierung und den zahlreichen Skandalen, die ihm um Haaresbreite eine Anklage eingebracht hätten, abgesehen, sind Netanyahus außenpolitische Ideen wenig inspirierend. So ist er mit seinem Vorschlag, direkt mit den Statusendverhandlungen zu beginnen, gescheitert und hat mit der Wiederauflage seines »Allon-plus-Planes« am 4. Juni wenig Unterstützung erfahren. Die Medien sahen darin einen erneuten Beweis für Netanyahus legendäre Verschlagenheit. Im einzelnen schlug er vor: Israel behält Groß-Jerusalem, einschließlich der 1967 ausgedehnten Stadtgrenzen, die im Norden bis Beit El, im Osten bis nach Ma'ale Adumim und im Süden bis zum Etzion-Block sich erstrecken; der Korridor zwischen Jerusalem und Tel Aviv wird über die Grenzen von 1967 hinaus ausgedehent; das Jordantal wird annektiert, einschließlich der existierenden und neuen Siedlungen: ein »Sicherheitsgürtel« von 15 Kilometern parallel zur »grünen Linie« wird sich ostwärts ausdehnen, um alle Siedlungen jenseits dieser Linie einzuschließen. Nach diesem Plan würden die Palästinenser höchstens 40 Prozent ihres Landes zurückerhalten. Nach Aussagen von Sicherheitsminister Avigdor Kahalani können die

Palästinenser ihre eigene Fahne und Nationalhymne haben. »Wir sind aber gegen eine palästinensische Armee. Ohne eine solche können sie alle ihre Rechte bekommen.« Die palästinensische Seite betrachtete diesen Plan als eine Beleidigung. Ebenfalls heftige Kritik erntete Netanyahu von rechtsnationalistischer Seite. Der fanatischste Likudabgeordnete Michael Kleiner warf dem Ministerpräsidenten »Verrat« am revisionistischen Traum von Eretz Israel vor. Außenminister David Levy rügte den Plan am 6. Juni öffentlich. Die Beziehung zwischen Netanyahu und seinem Außenminister ist generell gestört, da Levy das Nachsehen hatte, als es um den Vorsitz des Likud-Blocks ging.

Nicht nur die Veröffentlichung dieses Planes, sondern auch die Tötung von palästinensischen Grundstücksmaklern, vermutlich durch Arafats Sicherheitsdienste, trugen zu erneuten Spannungen zwischen Israelis und Palästinensern bei. Die Grundstücksmakler hatten Hausverkäufe von Palästinensern und Juden vermittelt. Die israelische Regierung warf Arafat vor, für den Tod dieser Menschen verantwortlich zu sein. Angeblich existiere eine Liste mit 16 Namen. Die Arafat-Behörde bestritt jede Verwicklung in die Tötungen. Justizminister Frei Abu Middein löste indirekt die Jagd auf diese Grundstücksmakler aus, als er öffentlich bekanntgab, wer Land an Juden verkaufe, müsse mit der Todesstrafe rechnen. Der ehemalige Generalstaatsanwalt Khaled Al-Qidrah bestand auf dem Recht, »jeden überführten Verräter zu bestrafen«. Keiner habe jedoch das Recht, das Gesetz in seine eigenen Hände zu nehmen. Die Spannungen zwischen Israel und den Palästinensern hielten auch im Juli und August an. Es kam zu heftigen Zusammenstößen in Hebron und Jerusalem, bei denen Hunderte Palästinenser verletzt wurden. Verschärft haben sich die Spannungen, als israelische Sicherheitskräfte in Nablus drei palästinensische Polizisten festnahmen. Israel warf ihnen vor, einen Anschlag auf eine Siedlung geplant zu haben. Die Regierung behauptete, die Polizisten hätten gestanden. Arafats Behörde forderte die sofortige Überstellung gemäß den Vereinbarungen von Oslo. Der palästinensische Vertreter im Sicherheitsausschuß, Khaled Tantash, wies die Anschuldigungen Israels zurück und behauptete, die Israelis wollten das Image der Autonomiebehörde beschädigen. Die Polizisten hätten nach Drogenhändlern gefahndet. Die israelische Regierung warf den Palästinensern weiter vor, die Vereinbarungen von Oslo seit der Unterzeichnung

des Hebron-Protokolls 22mal verletzt zu haben. Arafat legte eine Liste mit 30 nicht gehaltenen Zusagen vor.

Zwei Selbstmordattentäter sprengten sich am 31. Juli 1997 auf dem Mahne-Yehuda-Markt in die Luft, töteten dabei 16 Menschen und verwundeten über 170. Zwei Tage vor diesem Anschlag hatten sich Netanyahu in einem Fernsehinterview damit hervorgetan, daß sein Konzept von »Friede durch Sicherheit«, was er im Wahlkampf versprochen hatte, aufgegangen sei. Dieser Terroranschlag führte zur drastischen Abriegelung der Autonomiegebiete. Der militärische Arm der Hamas übernahm die Verantwortung. Während zahlreiche palästinensische Politiker den Anschlag verurteilten, stufte Arafat die miltärische Belagerung als »Kriegserklärung« ein. Israel und die USA forderten von der Autonomiebehörde die totale Zerschlagung der »Infrastruktur des Terrors«, sprich der Hamas und des Islamischen Jihad. Alle Gespräche wurden ausgesetzt, und die israelische Regierung beschloß zwölf drakonische Maßnahmen. Dazu gehörten Sanktionen jeder Art. Niemand durfte die Gebiete verlassen. Die Palästinenser und ihre Autonomiebehörde saßen in einem Käfig. Die Wirtschaft, das Bildungs- und Gesundheitssystem sowie alle Aspekte palästinensischen Lebens waren total paralysiert. Da die israelischen Maßnahmen jeder Logik entbehren, sind sie im Endeffekt immer wieder Wasser auf die Mühlen der radikalen Opposition gegen den Friedensprozeß. Arafat befand sich ebenfalls in einer mißlichen Lage. Seine Bewegungsfreiheit sowie die seiner Sicherheitsdienste war stark eingeschränkt, so daß er der Aufforderung nach effektiver Terrorbekämpfung nicht nachkommen konnte. Auch übte er dieses Mal Zurückhaltung bei Verhaftungen von Hamas-Aktivisten, da nicht sicher war, ob die Terroristen aus den Autonomiegebieten gekommen waren. Arafat wollte sich nicht einem israelischen Befehl beugen, da dies die radikalen Kräfte gestärkt hätte.

Auch die internationalen Medien übernahmen wieder die israelische Position: Sie fragten Arafat, warum er nicht genug gegen den Terror tue oder ob er gar selber grünes Licht für den Terror gegeben habe. Keiner fragte nach den Versäumnissen Israels. Haben die repressiven Maßnahmen seitens Israels nicht gerade seit dem Oslo-Prozeß zugenommen? Liegen nicht die Ursachen des Terrors in der Dehumanisierung, der Repression und der täglichen Erniedrigung der Palästinenser begründet? Sind vielleicht die Expansion der Siedlungen, die Landenteignungen und die Transformation der Palä-

stinensergebiete in isolierte Enklaven eine humanitäre Politik? Ist nicht die rassistische Erziehung, die zu einer Verunglimpfung des Islam führt, der beste Nährboden für Extremismus und Terrorismus? Netanyahu und auch die USA wollten fortan mit Arafat nur noch über Terrorbekämpfung und die Sicherheit Israels reden, ohne auch nur im entferntesten die Frage nach der Mitverantwortung Israels zu stellen.

Zu den wenigen Einsichtigen gehörte Nurit Elhanan-Peled, Mutter der 14jährigen Smadar Elhanan, die bei dem Terroranschlag ums Leben kam. Sie war die Enkelin von General Matti Peled, dem Vorsitzenden und Gründer des Israeli Council for Israeli-Palestinian Peace. Elhanan-Peled sagte am 7. September 1997 gegenüber »Ma'ariv«: »Ich glaube immer noch, daß mein Vater recht hatte. Die letzten Bombenanschläge sind ein direktes Resultat der Unterdrückung, der Unterwerfung, der Demütigung und der Belagerung, die Israel über die Palästinenser ausübt. Unsere Regierung ist schuldig, weil sie das Äußerste tut, um den Friedensprozeß zu zerstören. Sie bringen Tod und Zerstörung über uns. Ich kritisiere nicht die Terroristen. Sie sind unsere Kreation. Fast jede palästinensische Familie wurde durch uns verletzt, und sie leben in Schmutz und Verzweiflung. Die Selbstmörder sind unser Spiegel.« Der Kolumnist Haim Baram schreibt dazu: »Vielen wird jetzt bewußt, vielleicht zum ersten Mal, daß Aggression ein zweischneidiges Schwert ist und daß Terror und Furcht uns alle treffen kann, Israelis und Araber gleichermaßen.«44 Ironischerweise werde jedem Israeli von klein auf indoktriniert, daß die Araber nur die Sprache der Gewalt verstehen, so Baram. Dies bestätigt auch eine Untersuchung von Daniel Bartal von der Tel Aviver Universität. Ihr zufolge werden die Araber in den Schulbüchern als »Räuber«, »Mörder« und »Pogromisten« dargestellt. Die israelische Unterdrückung kann die Tötung von Unschuldigen niemals rechtfertigen, aber sie ist ein Grund für solche Anschläge. Wenn Menschen an den Rand der Verzweiflung getrieben werden, reagieren sie unberechenbar.

Netanyahu benutzte die Bedrohung der Sicherheit als einen Vorwand, von seiner desaströsen Politik abzulenken. Er hatte mehrmals erklärt, Hauptziel der Oslo-Vereinbarungen sei es, den palästinensischen Widerstand zu brechen. Er gab später zu, daß er dem Shin Bet freie Hand gegeben habe, alle religiösen und Frontorganisationen von Hamas in der Zone B zu schließen. Als Arafat ihm sein Beileid aussprechen wollte, erwiderte Netanyahu: »Erfüllen Sie

Ihre Verpflichtungen. Erzählen Sie mir nichts von Beileid.« Arafat sagte: »Ich werde die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen verstärken.« Netanyahu antwortete: »Zuerst müssen Sie Ihr eigenes Haus in Ordnung bringen.« Israel nannte Arafat 30 Personen, die ausgeliefert werden sollten. Auf der Liste standen weiter 150 Namen, deren Verhaftung Israel verlangte. Auch die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright bekam eine Liste mit 1500 Personen, die von Arafat verhaftet werden sollten. Erstmalig seit der Besetzung waren sogar die Allenby-Brücke zu Jordanien und der Übergang nach Ägypten für eine Woche geschlossen. Der Druck auf Arafat war enorm, so daß auch er Massenverhaftungen vornehmen mußte.

Die am 9. August begonnene Nahostmission von Dennis Ross ventilierte das Sicherheitsproblem nur im israelischen Sinne. Somit war es Netanyahu gelungen, diese Problematik von der Realität vor Ort abzukoppeln. Bereits die Rede von Madeleine Albright am 6. August hatte dies signalisiert. Bis zum 14. August bemühte sich Ross vergebens, die Verhandlungen wieder zu beleben. Sicherheit nach den Oslo-Vereinbarungen ist aber eine bilaterale Angelegenheit. Sie betrifft auch die Sicherheit der Palästinenser, und die ist nicht gewährleistet. So erregten der Tod eines 10jährigen Palästinensers, der durch einen Siedler erschlagen wurde, oder der Tod eines Tankwarts am 12. August keinerlei Aufsehen oder Aufmerksamkeit im In- und Ausland.

Arafat wurde von Ross und Netanyahu so in die Ecke gedrückt, daß er intern geschwächt ist. Um diese Blöße zu übertünchen, ist er gezwungen mit der Opposition einen Dialog zu führen und martialische Reden zu halten, anstatt sich um Wirtschaftsfragen zu kümmern. Die Amerikaner ignorieren, daß der Friedensprozeß auch Erstebenswertes für die Palästinenser bereithalten muß. Anstatt Arafat ständig zu demütigen, sollten sie ihm positive Perspektiven bieten, mit denen er gegenüber der Opposition wuchern kann. Die Kooperation in Sicherheitsfragen mit Israel sollte sich auch für die Palästinenser auszahlen.

Albrights Nahostreise vom September, geplant als »Deus ex machina«-Trip, war ein glatter Fehlschlag. Albright mußte einsehen, daß man einen langen Atem benötigt, um die Dinge im Positiven zu verändern. Sie übernahm die israelische Position und erschien dadurch den Palästinensern als »unehrliche Maklerin«. Sie hätte jedoch eine Mittlerrolle einnehmen und allen Beteiligten klarmachen müssen, daß die Sicherheitsfragen nur bilateral zu bewältigen sind. Die Verschlechterung der Sicherheitslage ist die Folge des Niedergangs auf politischem Gebiet. Albright sprach auch nie direkt die einseitigen Maßnahmen wie Siedlungsbau oder Landenteignungen an. Wenn sie einmal beide Seiten kritisierte, verband sie die Kritik an den Palästinensern immer mit Druck, indem sie versuchte, ihre Sicht der Dinge durchzusetzen. Völlig unverständlich war ihre Rede in Ramallahs »Friends school«, wo sie den Palästinensern erzählte, ihre größten Feinde seien Hamas und Islamischer Jihad! Folglich hinterließ sie mehr Enttäuschte als Unterstützer. Einen Tag nach Albrights Abreise besetzten jüdische Siedler Häuser im Ost-Jerusalemer Stadtteil Ras Al-Amud. Netanyahu hatte gebeten, mit der Aktion bis nach dem Besuch zu warten. Die Siedler wurden finanziell von dem Amerikaner Irving Moskowitz unterstützt, der sich zum Ziel gesetzt hat, im arabischen Teil Jerusalems jüdische Wohneinheiten zu errichten. Der Ministerpräsident verhandelte mit Moskowitz und erreichte einen »Kompromiß«. Zehn Siedler durften bleiben, um über das Anwesen zu wachen und das »Recht auf Besitz« zu wahren.

Arafat nützt den Interessen der USA in dreifacher Weise: Erstens indem der den Kampf gegen die Hamas und ähnliche Organisationen führt, die eventuell die Stabilität anderer Staaten, insbesondere Saudi-Arabiens, gefährden könnten; zweitens indem die USA den anderen proamerikanischen arabischen Regimen gestatten, gleichzeitig etwas für den Kampf der Palästinenser zu tun, und dabei alle anderen Aspekte geringschätzen, die den Status quo fördern, und drittens durch die Erhaltung des Status quo unter den Palästinensern selbst. Sollte Arafat eines dieser Ziele, insbesondere das erste, verfehlen, werden sich die Amerikaner gegen ihn stellen. Selbst einen begrenzten militärischen Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern würden die USA in Kauf nehmen, wenn dies ihren Interessen nützen würde. Im Augenblick ist dem PLO-Chef aber daran gelegen, die Stabilität seines Regimes zu sichern, um die Gunst der USA nicht zu verlieren.

Einer der größten politischen Fehler Netanyahus war der Befehl, ein Mitglied der Hamas, Khaled Masha'al, am 25. September 1997 in Amman durch Mossad-Agenten ermorden zu lassen. Die Ermordung unliebsamer Palästinenser gehörte zwar immer zum Reper-

toire des israelischen Auslandsgeheimdienstes, aber dieses Mal lagen die Dinge etwas anders. Erstmalig wurden die mit gefälschten kanadischen Pässen ausgestatteten israelischen Agenten gefaßt. Damit war der Beweis erbracht, daß die israelische Regierung Killer in andere Länder entsendet, um unliebsame Personen liquidieren zu lassen. Masha'al ist ein nachgeordnetes Mitglied der Hamas: er stellte keine Gefahr für Israel dar. Die Agenten wollten ihn mit einer Giftspritze umbringen, was nicht gelang, da sie von einem Leibwächter in die Flucht geschlagen und von der Polizei direkt verhaftet wurden. König Hussein schaltete sich umgehend ein und forderte von Netanyahu, sofort das Gegengift zur Verfügung zu stellen. Der Ministerpräsident reagierte unverzüglich, da er erkannte, was für einen Schaden er angerichtet hatte. Er erfüllte auch eine andere Forderung Husseins, und zwar ließ er den paralysierten Scheich Ahmad Yasin, der seit Jahren im israelischen Gefängnis saß, nach Jordanien ausreisen, von wo er nach Gaza zurückkehrte. Zusätzlich wurde vereinbart, 22 weitere Gefangene freizulassen. Durch die Aktion des Mossad desavouierte Netanyahu Israels einzigen Freund in der Region. Der König war so erzürnt, daß er Netanyahu nicht sehen wollte, Yitzhak Mordechai und Ariel Sharon mußten durch Besuche Abbitte leisten, um den Schaden in Grenzen zu halten. Letztendlich werden die Beziehungen zwischen Israel und Jordanien aber nicht unter diesem Zwischenfall leiden, weil Jordanien selbst dem Mossad ein Gebäude im Zentrum von Amman für seine Operationen zur Verfügung gestellt hat. Jordanien ist schon aus eigenem Interesse heraus an der Weiterarbeit des Mossad in seinem Land interessiert. Auch die kanadische Regierung fühlte sich durch den Akt diplomatisch beleidigt. Arafat ist mit Scheich Yasin ein politischer Gegenspieler entstanden, der die Position von Hamas stärken wird. Für ihn war die Befreiung Yasins durch König Hussein eine große Niederlage. Er mußte auf Anweisung Israels Hamas-Mitglieder verhaften, wohingegen es dem König gelang, den geistigen Inspirator der Organisation freizubekommen.

Wie ging die israelische Presse mit dem mißglückten Mordanschlag israelischer Agenten um? Verurteilten sie ihn als einen Akt von Staatsterrorismus, oder rechtfertigten sie ihn? Israel Shahak schreibt, daß solche Fragen nicht gestellt wurden. »Die Tatsache, daß Israel ein terroristischer Staat ist, ist nicht neu; er hat seit seiner Gründung seinen Geheimdienst dafür eingesetzt, Menschen in anderen Ländern durch Gewalt und Terror zu töten.«<sup>45</sup> Ähnlich ging

der israelische Geheimdienst gegen Yahya Ayyash und Fathi Shakaki vor. Die Presse diskutierte nicht, ob dieses Attentat ein Akt von Staatsterrorismus war, sondern befaßte sich mit der Frage, ob es zu diesem Zeitpunkt »klug« war und wer die Verantwortung für den Fehlschlag trage. Am 25. Februar 1998 flog eine geplante Abhöraktion israelischer Mossad-Agenten in der Schweiz auf. Obwohl der israelische Ministerpräsident die endgültige Entscheidung über einen Einsatz des Geheimdienstes fällt, wurde Netanyahu im Masha'al-Fall von einer Untersuchungskommission freigesprochen. Mitte Februar kündigte er öffentlich an, daß sich Israel auch weiterhin das Recht herausnehme, »Terroristen« in anderen Staaten zu jagen. Warum sich souveräne Regierungen dieser anmaßenden Haltung nicht widersetzen, ist unverständlich. Für Israel gelten keine Sondergesetze, sondern das Land muß sich ebenfalls dem Völkerrecht und den international akzeptierten Normen unterwerfen.

Auf die Frage, warum Netanyahu so viele innenpolitische Mißgriffe unterlaufen wie bei der Öffnung des Tunnels unter der Al-Aqsa-Moschee, der Besetzung der Häuser in Ras Al-Amud, der Baugenehmigung für 300 Wohnungen in der Siedlung Efrat, dem Treffen zwischen Sharon und Mahmoud Abbas oder der Masha'al-Affäre gibt Ze'ev Shiff, der militärpolitische Kommentator, im »Ha'aretz« vom 21. November 1997 die Antwort, daß Netanyahu ein gestörtes Verhältnis zum Sicherheitsestablishment habe.

Netanyahu hat mit innenpolitischen Problemen zu kämpfen. Auch Druck seitens der Europäischen Union und in gemäßigter From von den USA haben ihm deutlich gemacht, daß man mit seinem Vorschlag, umgehend über den Endstatus zu verhandeln, nicht einverstanden ist. So unterbreitete er nach tagelangen internen Kabinettsberatungen den Palästinensern seinen Rückzugsplan, der weder einen genauen Zeitplan noch den Umfang des Gebietes genauer bestimmte. Diesen Vorschlägen Netanyahus liegt der »Allon-plus-Plan« als endgültige Lösung zugrunde. Sie beruht nach Aussagen von Verteidigungsminister Mordechai auf »Israels nationalen und Sicherheitsinteressen«. Nach diesem Plan würden 70 Prozent der Westbank unter totaler Kontrolle Israels bleiben, nur ein kleines Gebiet - konzentriert um Nablus, Hebron und Jenin - fiele an die Palästinenser. Ariel Sharon beansprucht 60 Prozent der Westbank. Zum Jahresende 1997 begab sich Netanyahu mit seinen Ministern Mordechai und Sharon auf Inspektionsreise in die Westbank um die Gebiete festzulegen, die für Israel nicht verhandelbar sind. Beschlossen wurde im Januar 1998, daß das Grenzgebiet entlang des Jordans, eine Zone entlang der alten Grenze von 1967, die Umgebung von Groß-Jerusalem und die jüdischen Siedlungen zu den »nationalen Interessen« gehören. Wichtig seien ferner die Militärbasen, jüdische historische Stätten, die Wasserressourcen, das Stromnetz und die wichtigsten Verkehrswege, zu denen auch die Umgehungsstraßen für die Siedler gehören. Die Palästinenser lehnten dieses Angebot ab und beanspruchen 90 Prozent des Gebietes nach dem Rückzug. Eine solche Zahl ist aber in den Abkommen nirgendwo genannt. Madeleine Albright verlangte von Israel einen »glaubhaften« zweiten Rückzug und eine »Auszeit« für den Siedlungsbau.

Bevor Israel an Rückzug denke, müßten die Palästinenser nach David Bar Ilan, Medienberater Netanyahus, »alle Teile des Hebron-Protokolls erfüllen«. Dazu gehöre auch, daß Arafat Hamas entwaffenet, die »terroristischen Mörder« an Israel ausliefert und die Artikel der PLO-Charta vollständig eliminiert. Netanyahu gehört zwar nicht zu den Fanatikern der »Groß-Israel-Ideologie« oder den Vertretern eines »Kein-Zentimeter-Land-Ansatzes«, aber bevor er letztendlich Gebiete zurückgibt, wird er aus den Palästinensern jede irgend mögliche Konzession herauspressen und Arafats Behörde weiter demütigen.

Wie die Ereignisse und die Dokumente zeigen, bestand von Beginn des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses an keinerlei Grund, auf einen souveränen Palästinenserstaat zu hoffen. Dennoch verbreiten einige Wissenschaftler und Kommentatoren bis heute diesen Glauben und diffamieren Kritiker der Abkommen als »Friedensfeinde«. So wirft Bassam Tibi dem palästinensischen Literaturwissenschaftler Edward Said vor, in den USA »Pamphlete gegen den Friedensprozeß« zu veröffentlichen und die Oslo-Abkommen zu diskreditieren. 46 Said hat zu Recht unter anderem in einem Interview mit Focus vom 24. Februar 1997 den Friedensprozeß als eine »zynische Idee« bezeichnet, die »keine Vision für die Zukunft der beiden Völker« biete. Er verweist in seinen Publikationen stets auf die Einseitigkeiten der Abkommen sowie auf die Fehler der Palästinenser.<sup>47</sup> Hätte Tibi die Abkommen unvoreingenommen gelesen, so hätte er 1997 nicht mehr ein Buch aus »arabischer Perspektive«. d. h. ethnozentrischer Sicht schreiben können. Wer nicht ein einziges Mal auf die Dokumente Bezug nimmt und diese noch verwechselt, muß völlig neben der Wirklichkeit liegen. In der Tat läßt sich aus den Oslo-Dokumenten auch beim besten Willen keine Perspektive für einen Palästinenserstaat herauslesen. Selbst Mahmuod Abbas war sich dessen bewußt. »Wir behaupten nicht, daß wir ein Abkommen unterzeichneten, das einen unabhängigen Staat schaffen würde; keine Bestimmung der Prinzipienerklärung erhebt solch einen Anspruch. «<sup>48</sup>

Bassam Tibi gehörte immer zu den europhorischen Befürwortern des Friedensprozesses. Als er seine Position jüngst revidierte, verfiel er wie viele andere in den Denkfehler, die Schwierigkeiten allein der Politik Netanyahus anzulasten. 49 Die Öffentlichkeit hat an der »linken Regierung« unter der Führung der Arbeitspartei kaum Kritik geübt. Als wäre unter ihr alles zum besten bestellt gewesen und als hätte sie nicht ähnliche Ziele wie die Likud-Koalition verfolgt - nur mit anderen Methoden. Wer ist denn für das Chaos in den autonom-besetzten Gebieten verantwortlich? Wer hat denn die Abkommen ausgehandelt, die zur Bantustanisierung der Westbank und des Gaza-Streifens führten? Die gesamte politische Klasse Israels muß sich von ihren Eroberungsplänen in der Westbank verabschieden. Erst dann kann die Vision eines »Palästinenserstaates« entstehen. Den »Revisionisten« ging es um die Wiederherstellung des »biblischen Israel«, während die Arbeitspartei aus »Sicherheitsgründen« nach mehr Land strebte. Shimon Peres meint, die Unterzeichnung des Hebron-Protokolls habe die seit der Gründung Israels bestehende ideologische Kluft zwischen beiden Lagern beseitigt. Zwischen einer eingeschränkten Kolonisierung durch die Arbeitspartei und einer totalen, wie sie die nationalistisch-religiöse Rechte anstrebt, bestehen jedoch Unterschiede.

Udo Steinbach fragt, welche Alternative es zum Friedensprozeß gegeben hätte. Die Antwort kann nur lauten: Es gab nicht allein die Option Krieg oder diesen Frieden. Die israelischen Oktrois, die die Palästinenser aufgrund ihrer schwachen Position hinnehmen mußten, sind Dokumente der Unterwerfung. Israel hat keinerlei substantielle Konzessionen gemacht. Es hat sich immer geweigert, das Ziel des Prozesses zu nennen. Arafat wurde permanent öffentlich gedemütigt und damit in den Augen seines Volkes lächerlich gemacht. Nicht von ungefähr ist gegen ihn der Vorwurf der Kollaboration erhoben worden. Uri Avnery gibt zu bedenken, daß die Israelis die Palästinenser bei den Verhandlungen »aus der Sicht von überheblichen Herrenmenschen« betrachten und sie »gewissermaßen als Ungeziefer auf dem Boden umherkriechen sehen«51. Solange

diese Herr-Knecht-Attitüde die Beziehungen prägt, wird kein Vertrauen entstehen.

Auch Wolfgang Günter Lerch betont: »Zunächst einmal ist es wichtig, daß beide Völker sich auch innerlich akzeptieren. Die Israelis... müssen zu wissen begehren, wer die Palästinenser sind, wie sie leben, welche Werte sie haben, was sie innerlich bewegt; welche Feste sie feiern und wie sie ihre Toten begraben. Und umgekehrt müssen die Palästinenser das gleiche tun.«52 Lerch betont, beide Parteien müßten sich fragen, warum nach fast fünf Jahren Friedensprozeß von dem »neuen Nahen Osten« kaum etwas zu merken sei und sich »vielmehr der alte, problembeladene, gewaltbereite ... immer wieder zu Wort meldet«53. Der Konflikt werde nur dann nicht in einem Desaster enden, wenn die Palästinenser einen unabhängigen Staat erhalten, der gleichberechtigt an der Seite Israels existieren könne. 54 Dies wissen sicherlich auch die Israelis, die sich zum Teil noch immer auf den Standpunkt stellen, sie als militärisch weit überlegene Macht brauchten den Palästinensern keine Zugeständnisse zu machen. Ist somit der »ganze sogenannte Friedensprozeß im Nahen Osten doch nichts anderes als eine Fortsetzung des Konflikts mit anderen Mitteln«, wie Victor Kocher vermutet?55

Die Befürworter der Abkommen beharren darauf, daß eine neue Realität geschaffen worden sei. Uri Avnery wischt alle Bedenken beiseite: »Ganz egal, was die Fehler des Abkommens sind, die Dynamik des Friedens wird es überholen, «56 Amnon Neustadt erklärt, dieser Prozeß sei letztlich auch keine Frage des Vertrauens, hier walte von beiden Seiten das reine Kalkül, Vorteile für sich zu gewinnen.<sup>57</sup> Eine solche Argumentation unterschätzt die Bedeutung psychologischer Faktoren, dabei dominieren sie die Einstellung beider Kontrahenten seit über hundert Jahren. Wenn es jemals eine positive Dynamik des Friedensprozesses gegeben haben sollte, dann erlahmte sie bereits unter Rabin und Peres. Mit dazu beigetragen haben die Terroranschläge durch Hamas und den Islamischen Jihad. Sie waren Wasser auf die Mühlen der zahlreichen Friedensfeinde des rechtsnationalistischen Lagers in Israel. Die Positionen der Befürworter des Friedensprozesses können dessen Kritiker nicht überzeugen, solange vor Ort genau das Gegenteil von dem geschieht, was in den Verträgen vereinbart war. Oder geschieht nicht gerade das, was dort fixiert wurde? Dann haben die Kritiker die überzeugenderen Argumente.

Je mehr Zugeständnisse die Palästinenser machten, desto massi-

ver und diffiziler wurde die Kontrolle. Moshe Zuckermann spricht von der Fortsetzung der Okkupation mit anderen Mitteln und von einem »Kapitulationsfrieden«. 58 Bereits 1994 habe ich angemerkt: »Kritik am Abkommen ist mehr als berechtigt ... Israel hat kein einziges Essential geopfert und dennoch alles von den Palästinensern erhalten... Die Vorteile des Abkommens liegen für Israel darin, daß es die unangenehmen Seiten der Besatzung des Gaza-Streifens losgeworden ist, ohne dafür einen adäquaten Preis zu zahlen. In der westlichen Öffentlichkeit wurde der Eindruck erweckt, als seien die israelischen Besatzungstruppen abgezogen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Im Gaza-Streifen ist eine Situation entstanden, die an Zeiten des klassischen Kolonialismus erinnert. Israel als Besatzungsmacht beherrscht und kontrolliert die 850 000 Palästinenser durch eine kleine palästinensische Elite. Diese sindirect rules wurde auch von den Engländern in ihren Kolonien praktiziert ... Das Autonomiemodell von Gaza ist auch das Modell für die Westbank ... Der Händedruck von Washington symbolisiert somit die Aufgabe der Souveränität für alle Zeit.«59

Ghassan Salamé fragt zu Recht: »Weshalb lehnen die Israelis einen ›Frieden‹ ab, den sie ihren Nachbarn aufzwingen wollen?«60 Alle arabischen Staaten betrachten die Bildung eines unabhängigen Palästinenserstaates in den Grenzen von 1967 als vorteilhaft für Israel. Es behielte mehr als 70 Prozent des palästinensischen Mandatsgebietes, von der stark eingeschränkten palästinensischen Souveränität gar nicht zu sprechen. Mit Netanyahu und seiner Likud-Mehrheit in der Knesset sei eine dauerhafte Lösung zu einer reinen Utopie verkommen.

Arafat selbst erklärt immer wieder, die veränderte Weltlage habe ihm keine Alternative gelassen. Die Palästinenser hätten die neue Machtkonstellation im Nahen Osten bejaht, die durch die israelischamerikanische Achse symbolisiert wird. Dies ist zwar ein gewichtiges Argument, aber es darf nicht vergessen werden, daß sich die PLO seit ihrer unheiligen Allianz mit Saddam Hussein allmählich auflöste. Die Unterstützung Saddams hatte desaströse Folgen für die Organisation. Die arabischen Länder, allen voran Kuwait und Saudi-Arabien, stoppten die Transferzahlungen. Der Einfluß der PLO in den besetzten Gebieten ging gegen Null. Hamas und andere islamistische Gruppen gewannen zusehends an Macht. Hätte Arafat nicht den rettenden Strohhalm ergriffen, der ihm mit dem Oslo-Abkommen gereicht worden ist, wäre er am Ende gewesen. Auch sollte der per-

sönliche Ehrgeiz eines Politikers nicht unterschätzt werden. In Anbetracht seines Alters und seiner Gesundheit stand Arafat vor der Frage, ob er als »Terrorist« oder als »Präsident Palästinas« Geschichte schreiben wollte. Da sich Arafat für letzteres entschied, mußte er alle israelischen Oktrois akzeptieren. Die PLO wollte Zeit gewinnen, um ihre Kräfte wieder bündeln zu können. Sie setzte all ihre Hoffnungen auf die Vereinbarungen von Oslo, doch sie übersah, daß gerade diese Abkommen den Weg zu einem eigenen Staat verbauten.

Edward Said führt das Verhalten der Palästinenser auf folgende Faktoren zurück: Solange der Friedensprozeß die Bedeutung der PLO und die ihrer Führung garantiert habe, schien alles mehr oder weniger so weiterzugehen wie bisher. Wenn man durch Israel so überlistet und übers Ohr gehauen wurde, sich chancenlos wähne, aber weitermache, müsse man sich gegenüber seinem Volk mit irreführenden Reden und utopischen Versprechungen legitimieren. Dann umgebe man sich mit Menschen, die einem nach dem Munde reden. Arafat habe immer mehr Konzessionen zu machen, in der Hoffnung, entweder eines Tages keine mehr machen zu müssen oder von Israel einige Zugeständnisse zu erhalten. Wer Politik für ein schmutziges Geschäft halte, verfahre mit den Israelis weiter nach der Devise: Sie haben zwar alle Vorteile bekommen, aber einige ökonomische Händel nützen auch uns. 61

Die »arabischen Bruderstaaten« hatten die Palästinenser bislang nur rhetorisch unterstützt. Arafat wußte, daß sich daran nichts ändern würde. Die Palästinenser nahmen erstmals ihr Schicksal in die eigenen Hände und fanden sich damit ab, daß sie Jordanien, Syrien und den Libanon desavouierten. Insbesondere der syrische Präsident Hafez al-Assad hat dies Arafat bis heute nicht verziehen, da er nach dem Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien vom 26. Oktober 1994 in Ein Avrona kurzzeitig isoliert war. Assads Haltung ändert sich zusehends zum Positiven, weil sich die Vereinbarungen zwischen der PLO und Jordanien zum alleinigen Nutzen Israels auswirken, was er von Beginn an voraussagte. Arafats Isolation und Abhängigkeit von Ägypten, Jordanien und Israel ist größer als je zuvor. Sein mehrmaliger Versuch, die Garantiemächte der Vereinbarungen, die USA und Rußland, in ihre Pflicht zu nehmen, brachte bisher keinen Erfolg. Die USA sind in diesem Konflikt kein »ehrlicher Makler«, und Rußland hat noch nicht wieder zu seiner alten, globalen Weltmachtrolle zurückgefunden.

Während der Oslo-Verhandlungen betrachteten sich die Palästi-

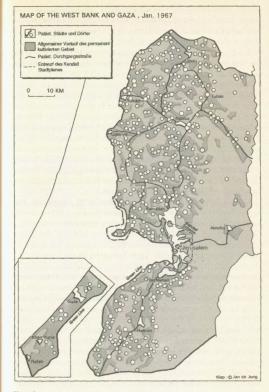
nenser immer als eine eigenständige Partei. Die USA förderten diese Selbsttäuschung. Sie lockten die PLO an den Verhandlungstisch, verlangten aber vor ihr einen hohen Preis für diesen Platz. Keine der UN-Resolutionen, die den Staat, das Land und die Palästinenser betrafen, wurde berücksichtigt. Selbst Resolution 181 der UN-Generalversammlung, auf der der Staatsanspruch des Palästinensischen Nationalrates beruhte, bleibt außen vor. Lediglich die Resolutionen 242 und 338, die sich auf den generellen israelisch-arabischen Konflikt beziehen, wurden einbezogen.

Nachdem das Kind in den Brunnen gefallen war, bemühte sich die palästinensische Führung um Schadensbegrenzung. Sie verfiel darauf, die »Prinzipienerklärung« von Oslo mit der Balfour-Deklaration gleichzusetzen, obwohl in der Osloer Erklärung nicht von einer »nationalen Heimstätte« der Palästinenser die Rede ist. Vielleicht glauben diese Politiker tatsächlich, sie könnten durch die Schaffung neuer Tatsachen bei den Statusendverhandlungen die Fragen der Eigenstaatlichkeit, Selbstbestimmung und Rückkehr auf die Tagesordnung setzen. Sie haben die israelische Verhandlungsstrategie noch immer nicht durchschaut. Selbst in den Gesprächen mit Syrien erfanden die Israelis immer wieder neue Positionen und Ziele, um von den eigentlichen Streitfragen abzulenken.

## 5. Die territoriale Realität des Friedensprozesses

Die Umsetzung der Verträge von Oslo zeigt das ganze Ausmaß der Katastrophe dieses Friedensprozesses für die Palästinenser. Die im folgenden beschriebenen Karten demonstrieren, worüber in Deutschland so gut wie nie gesprochen und diskutiert wird. Die Frage, was bleibt von den besetzten Gebieten, hat die Palästinenser seit nunmehr fast 31 Jahren beschäftigt. Im Augenblick hat sie eine dramatische Wende genommen, weil sich die Menschen der Tatsache bewußt werden, daß das Land wie eine Fata Morgana entschwindet, obwohl Palästinenser immer noch dort leben. Ausgangspunkt der Analyse soll eine Karte von vor dem Sechstagekrieg sein. Damals stand die Westbank noch unter jordanischer Souveränität und der Gaza-Streifen unter ägyptischer Verwaltung. Sie dokumentiert die offizielle palästinensische Position, die sich auch in der Resolution 242 wiederfindet.

Auf der Karte 3 sind zwei Linien zu erkennen: erstens die »grüne

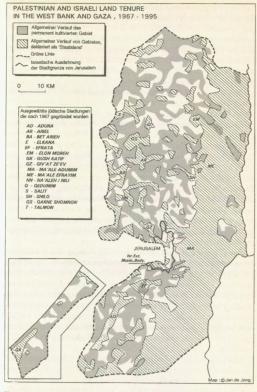


Karte 3

Linie«, die die Westbank, einschließlich Ost-Jerusalems, von Israel trennt; zweitens die sogenannte Kendall-Linie, die die Grenze für das arabische Ost-Jerusalem markiert und ein Planunginstrument darstellt, um das dringend benötigte städtische Zentrum für die Westbank bereitzustellen. Beide Faktoren sind wichtige Bestandteile für die Westbank und Gaza, um als eigenständiges palästinensisches Staatswesen bestehen zu können. Sie sind auch die Voraussetzung für eine ungehinderte Entwicklung der palästinensischen Landwirtschaft. Dies hängt natürlich von ausreichenden Wasservorräten ab. Ohne den Zugang zum Jordanwasser und zu Grundwasserreserven ist eine eigenständige Landwirtschaft unmöglich. Bei der Verdoppelung der Bevölkerung in den nächsten 15 Jahren ist eine solche Entwicklung der Landwirtschaft ein Muß. Die Karte zeigt die am stärksten bevölkerten Regionen; ihre Fläche entspricht ungefähr der des für die Landwirtschaft nutzbaren Landes. Schließlich ist noch ein Straßensystem erkennbar, das die bewohnten Regionen verbindet und in Ost-Jerusalem, dem wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum der Palästinenser, zusammenläuft.

Karte 4 zeigt die Entwicklung von knapp 30 Jahren auf. Die »grüne Linie« wird nicht länger als Grenze zwischen zwei souveränen Einheiten gesehen, sondern als das, was Israel die »verwalteten Gebiete« nennt. Eine deutliche Veränderung bedeutet die Eingemeindung von Ost-Jerusalem in israelisches Hoheitsgebiet. Im Laufe der Besatzungszeit hat sich Israel die gestrichelten Gebiete, die 50-60 Prozent der Westbank ausmachen, durch Militär- oder Zivilgesetzgebung als Staatsland angeeignet. Wegen der Abwesenheit einer arabischen Verwaltung und der daraus resultierenden Handlungsunfähigkeit in Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung war es für Israel relativ einfach, diese Enteignungsform der Öffentlichkeit zu vermitteln. Die palästinensischen Wohn- und Siedlungsgebiete wurden zunehmend unzusammenhängend und isoliert. Karte 4 zeigt deshalb deutlich den »Konflikt zwischen dem israelischen Bemühen, seinen souveränen Anspruch über das ganze Land zu etablieren, und der palästinensischen Notwendigkeit, die arabische Souveränität wiederherzustellen, um das Potential der natürlichen Ressourcen der Westbank und von Gaza zu entwickeln«62. Die Entwicklung, die sich in den Karten 1-4 widerspiegelt, bildet die Grundlage der vier Autonomiekonzepte für Palästina, die in Israel diskutiert und im folgenden vorgestellt werden sollen.

Plan A zeigt den bekannten Allon-Plan, genannt nach dem ehe-



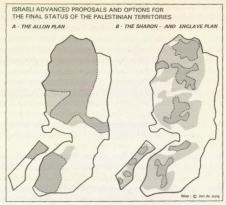
Karte 4

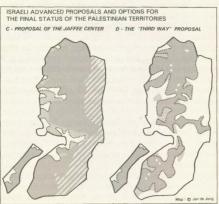
maligen Arbeitsminister Yigal Allon. Dieser Plan sah die Rückgabe des größten Teils der Gebiete unter jordanische Souveränität vor, mit Ausnahme des Jordantals, Groß-Jerusalems und der südlichen Hälfte des Gaza-Streifens. Dieser Plan entsprach der Siedlungspolitik der verschiedenen Arbeitsparteiregierungen, obwohl er niemals offiziell gebilligt worden ist. Mit diesem Plan wollte sich Israel die zentrale Lage des Gebietes sichern, aber mit der Bevölkerung im wesentlichen nichts zu tun haben.

Plan B scheint die geringste Unterstützung innerhalb der israelischen Elite zu besitzen. Er wurde von dem ehemaligen General und Verteidigungsminister Ariel Sharon, der die Libanon-Invasion von 1982 zu verantworten hatte und heute Infrastrukturminister ist, vorgelegt. Er entwarf einen Siedlungsplan zur Kolonisierung der besetzten Gebiete. <sup>63</sup> Den Palästinensern würden vier größere Enklaven bleiben, die sich um die Städte Nablus, Ramallah, Hebron und Gaza konzentrieren, während 90 Prozent der jüdischen Siedler innerhalb des israelischen Staatsgebietes beheimatet werden sollten. Sharons Plan sieht eine weniger starke Abschottung zwischen Israelis und den dicht besiedelten palästinensischen Zentren vor. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß sich Sharon mit seinen Vorstellungen durchsetzen wird. Diese Vermutung wird durch den vom israelischen Kabinett Mitte Januar 1998 beschlossenen Umgruppierungsplan bestätigt.

Plan C wurde von dem Jaffee Center für Strategische Studien unter seinem damaligen Leiter Joseph Alpher entworfen. Dieser Plan hat aber keinerlei Chance der Realisierung, weil die politische Entwicklung schon weiter fortgeschritten ist, als aus diesem Plan ersichtlich wird. 89 Prozent der Gebiete würden zwar unter palästinensische Souveränität fallen und Israels Bereitschaft zum Kompromiß dokumentieren. Ganz Ost-Jerusalem, die Siedlungsblocks Ma'ale Adumim, Giv'on, Etzion und Shomron wären nach diesem Plan allerdings nicht dabei. Gebiete von zentraler Bedeutung für die Palästinenser.

Plan D nimmt für sich in Anspruch, einen wirklichen Kompromiß zwischen israelischen Sicherheits- und Entwicklungsinteressen und den Vorstellungen der Palästinenser anzubieten. Diese Vorstellungen der Partei des »Dritten Weges«, einer Abspaltung der Arbeitspartei, die sich gegen die Rückgabe des Golan ausgesprochen hat, repräsentiert wohl den höchstmöglichen Konsens in Israel. Einer der Vorteile dieses Planes ist, daß er eine »relative Kontinuität« zwi-



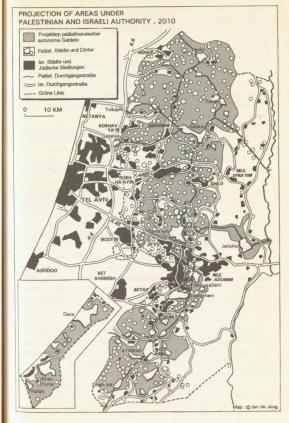


Karten 5 und 6

schen den von Palästinensern bewohnten Gebieten und den »jüdischen Nachbarn« garantiert. Inspiriert durch den Allon- und Enklave-Plan, wollte er die arabischen Wohngebiete zwar weiter einschränken, sie aber gleichzeitig der direkten Verwaltungskontrolle Israels entheben. Mit Ausnahme der Altstadt von Jerusalem sollte Ost-Jerusalem unter die autonome Verwaltung der Palästinenser gestellt werden. Außerdem war eine Landstraße vorgesehen, die den Norden mit dem Süden der Westbank sowie Jericho und die Autonomiegebiete mit Jordanien verbinden sollte. Es ist nützlich, Plan D in einen größeren Zusammenhang zu stellen, um besser verstehen zu können, wie die Palästinensergebiete in Zukunft aussehen werden. Hier unterscheiden sich die Vorstellungen der Arbeitspartei nur unwesentlich von denen des Likud-Blocks. Karte 7 gibt einen Ausblick bis zum Jahr 2010.

Wie aus dieser Karte zu ersehen ist, zerfällt das Palästinensergebiet in Kantone. Der erste im Norden zentriert sich um die Stadt Nablus, gefolgt von drei kleineren im Zentrum um die Städte Ramallah, Bethlehem und Jericho und einem südlichen Kanton um die Stadt Hebron. Diese Kantone könnten mit Gaza und Rafah durch einen schmalen Korridor verbunden werden. Allerdings wären Gebiete mit wichtigen Ressourcen von den Kantonen getrennt. Dazu gehören landwirtschaftlich nutzbare Flächen, Land für Bauzwecke und Wasserquellen. Durch diese Fragmentierung wären Ost-Jerusalem und der Gaza-Streifen benachteiligt, da beide das Potential zur Metropole besitzen, von der aus Handel getrieben und Industrieprodukte exportiert werden könnten. Am Beispiel des Jerusalem-Bezirks läßt sich dies gut verdeutlichen. Dieser Bezirk machte ursprünglich ein Drittel der Westbank aus. Nach vorliegenden Plänen würde er in drei Fragmente zergliedert und nicht mehr als 30 Prozent des ursprünglichen Gebietes umfassen. Durch die Expansion von jüdischen Siedlungen und den Bau der Umgehungsstraßen werden die palästinensischen Kantone noch stärker fragmentiert und zerstückelt. Zwischen Mittelmeer und dem Jordan-Fluß ist das Land für die Palästinenser durch die israelische Expansion weiter zusammengeschrumpft.

Deutlich sichtbar auf der Karte ist das metropolitane Herzstück der Region, das sich von Ashod im Süden bis nach Netanya im Norden und von dort ostwärts nach Nablus bis nach Efrata im Süden der Westbank erstreckt. Tel Aviv und Jerusalem bilden das ökonomische Rückgrat und Tor zum Hinterland. Dieses 60 mal 60 Kilometer



Karte 7

große Gebiet ist sowohl für Israel als auch für die Palästinenser von zentraler Bedeutung. Es steht augenblicklich unter starkem Expansionsdruck, um das bis zum Jahre 2010 prognostizierte israelische Bevölkerungswachstum von zirka zwei Millionen Menschen aufnehmen zu können. Bisher konzentrierte sich das metropolitane Leben auf Tel Aviv oder die Küste, aber die Siedlungen Bet Shemesh, Modi'in und Rosh Ha'ayin können in die Westbank, ins Hinterland, expandieren. Außerdem wird eine neue Straße Nr. 6 von Süden nach Norden gebaut. Das Straßensystem, das die Siedlungen und die militärischen Einrichtungen verbindet, sichert die Kontrolle der Palästinenser auch nach einer Truppenverlegung.

Geht man von der Annahme aus, daß Israel soviel Siedlungen unter seine direkte Kontrolle nehmen will wie möglich, so bleiben zirka zehn Prozent der Siedlungen in isolierter Lage, in denen nicht mehr als 7 000 Siedler leben. Sie würden unter palästinensischer Autonomieverwaltung leben. An Netanyahus »Allon-plus-Plan« überrascht, daß die Extremistensiedlungen in Kiryat Arba und Hebron von der Annexion ausgeschlossen sein sollen. 95 Prozent der palästinensischen Bevölkerung konzentrieren sich auf zirka 35 Prozent der Westbank. Die Palästinenser können von Israel maximal 40 bis 50 Prozent des Gebietes der Westbank als Autonomiegebiet erwarten. Wie wirken sich diese Planungen auf Ost-Jerusalem aus, das Israel ja als sein Hoheitsgebiet betrachtet?

Der palästinensische Distrikt Jerusalem umfaßt Ramallah, Bethlehem und den Distrikt Jericho. Auf diesen größeren Distrikt zielt der israelische Plan für Groß-Jerusalem, der von einem interministeriellen Ausschuß nach Unterzeichung des Oslo-Abkommens im Jahre 1994 entworfen wurde. Das bisher nicht veröffentlichte Dokument wird bereits realisiert, d. h. der Plan »Groß-Jerusalem« unter permanenter israelischer Kontrolle zu behalten.

Wie in Karte 9 zu sehen ist, stößt unten links die Straße Nr. 367 von Bet Shemesh mit Straße Nr. 369 in der Nähe von Efrata zusammen. Beide Straßen grenzen den »Trans-Judea«-Korridor von Siedlungen ein, der sich um den Etzion-Block gebildet hat. Die Straße Nr. 3 (im Westen) und Straße Nr. 90 (im Osten) mit Straße Nr. 5 im Norden bilden einen äußeren Ring um den »Trans-Samaria«- Siedlungskorridor. Ein inneres Straßensystem teilt Palästinensergebiete weiter auf, und zwar Straße Nr. 60, die um Ramallah und Bethlehem herumführt und Qiryat Arba (nicht im Bild) im Süden und Efrata mit Shilo und Ariel im Norden verbindet. Der zweite innere Sied-



Karte 8

lungsgürtel wird von Straße Nr. 45 begrenzt, die als zukünftige Lebensader gilt. Was sind die Auswirkungen dieser Planung?

Zunächst wird Groß-Jerusalem mit den übrigen israelischen Siedlungen verbunden. So wird Groß-Jerusalem seiner Isolation enthoben und zum Zentrum des Landes. Diese Entwicklung trägt weiter zur demographischen und ökonomischen Marginalisierung der Palästinenser bei. Dieser Entwicklungsplan zeigt zwei sich entgegengesetzt auswirkende Tendenzen für das jüdische und das palästinensische Wachstum in der Stadt. Er nimmt den Druck von Tel Aviv und leitet ihn nach Jerusalem auf Kosten der Palästinenser um. Denn für sie bleibt nur eine Entspannungsmöglichkeit, und zwar entlang der Straße Nr. 60, weg von Ost-Jerusalem.

Auch auf demographischem Gebiet ist diese Entwicklung nicht ohne Konsequenz für die Palästinenser. Die palästinensische Bevölkerung wird sich bis zum Jahr 2010 im Jerusalemer Distrikt verdoppeln. Gleichzeitig ist eine Zunahme der jüdischen Siedler um Ost-Jerusalem von jetzt 300 000 auf 800 000 geplant. Diese Bevölkerungsentwicklung kann aus zwei Blickwinkeln betrachtet werden: Aus der Sicht der Westbank würde sich der palästinensische Anteil im Distrikt auf 60 Prozent der Gesamtbevölkerung reduzieren, die sich dann wiederum auf nur 30 Prozent des Gebietes konzentriert. Betrachtet man die Bevölkerungsentwicklung des ganzen Gebietes, das israelisch bleiben soll (einschließlich der Siedlungen Bet Shemesh, Modi'in und Rosh Ha'ayin sowie West-Jerusalems), würde sich die jüdische Bevölkerung im Jerusalemer Distrikt auf 1,6 Millionen erhöhen, was einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit von 60 Prozent entspräche. Es braucht nicht ausdrücklich hervorgehoben zu werden, daß eine solche Entwicklung keinerlei eigenständige palästinensische Wirtschaftsentwicklung zulassen würde. Daß sich die geplanten Industrieparks am äußersten Rande des Gebietes in der Nähe der Siedlungen Ofarim, Modi'in und Betar befinden, wird die Ineffizienz der palästinensischen Ökonomie noch erhöhen.

Abschließend soll noch ein Blick auf die Entwicklung Ost-Jerusalems geworfen werden. Karte 8 zeigt das tatsächliche und das für die Zukunft vorgesehene Wachstum der Stadt, einschließlich des Straßensystems. Sie macht aber auch deutlich, wie die Zukunft der Palästinenser gebrochen und Ost-Jerusalem von den anderen arabischen Städten isoliert werden soll. Als Ausgangspunkt dient die Altstadt von Jerusalem mit der näheren Umgebung, die von der ge-



Karte 9

punkteten Linie umgeben wird. Diese Umgrenzung definiert das metropolitane Jerusalem, das als Unterscheidung zu Groß-Jerusalem dient, welches als primär jüdisches Einflußgebiet gilt. Eine eigenständige palästinensische Stadtentwicklung wurde dadurch unterbunden, daß man die Stadtgrenzen nach 1967 erheblich erweiterte und Ost-Jerusalem de facto annektierte, was aber erst 1980 durch ein Gesetz nachträglich »legalisiert« wurde. Der nächste Schritt war die Enteignung eines Drittels des neu hinzugekommenen Gebietes für »öffentliche Zwecke«, und zwar für den Bau der Siedlungen Ramot und Neve Ya'acov. Des weiteren wurde ein sich anschließender Teil als »reservierte offene Gebiete« deklariert, der für die Palästinenser ebenfalls nicht mehr zur Verfügung stand. Konkret blieben für sie nur noch 15 Prozent Ost-Jerusalems übrig, was für die augenblickliche Wohnungsnot dramatische Folgen hat. Dies kann in der Region zu einem natürlichen Bevölkerungsstop führen.

Obwohl die »Judaisierung« Ost-Jerusalems in vollem Gange ist, kann man sich von israelischer Seite letztendlich nie ganz sicher sein, ob Ost-Jerusalem auch in Zukunft zu Israel gehören wird. Deshalb kommt den Siedlungsblocks rund um die Stadt größte Bedeutung zu. Im Augenblick wird mit der Siedlung Har Homa der Ring geschlossen. Es werden Anstrengungen unternommen, weitere 120 000 Siedler nach Ost-Jerusalem zu holen, was die Gesamtzahl auf 300 000 erhöhen würde. Parallel dazu wird versucht, die anwachsende palästinensische Bevölkerung aus Ost-Jerusalem in die Vorstädte umzuleiten<sup>64</sup>. Hinzu kommt ein stille »ethnische Säuberung«, indem Bewohnern Ost-Jerusalems die Identitätskarte, die Wohnrecht garantiert, entzogen wird.

Die Aussicht auf palästinensische »Souveränität« über den Ostteil der Stadt dürfte sich zunehmend verringern. Wenn es überhaupt eine Möglichkeit für die Palästinenser geben sollte, die Entwicklung zu beeinflussen, dann nur in Form einer begrenzten Autonomie, wie sie sich in der Westbank und im Gaza-Streifen entwickelt hat.

Im folgenden Kapitel soll dargestellt werden, mit welchen Mitteln die israelische Politik versucht, den Palästinensern ihr Recht auf einen eigenen Staat vorzuenthalten. Es ist zu vermuten, daß eine solche Politik mit den Menschenrechten eines Volkes kollidiert, das seit fast 31 Jahren unter Besetzung leben muß. Es gibt zwar in dieser Region eine Entwicklung, die man »Friedensprozeß« nennt, sie hat aber mit Frieden in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes

nichts zu tun. Dieser Prozeß hat zur Einsetzung einer palästinensischen Verwaltung geführt, die ebenfalls mit den Rechten ihrer eigenen Bevölkerung nicht zimperlich umgeht. Die Autonomiebehörde ist verpflichtet, die ihr von Israel und den USA vorgeschriebene Sicherheitsagenda durchzusetzen, ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz. Obwohl es eine begrenzte palästinensische Selbstverwaltung in einigen Teilen der besetzten Gebiete gibt, beeinflußt Israel weiterhin das Leben des größten Teils der Palästinenser. Auch in den wautonomen Gebieten« entscheidet letztendlich Israel. Dabei kommt es immer wieder zu Verletzungen der Menschenrechte. Zunächst soll auf die völkerrechtlichen Grundlagen hingewiesen werden, an die sich Israel als Besatzungsmacht formal zu halten hat und die bis heute bestimmend für die Gebiete sind.